

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Geschäfts-Taglich außer Montage.

Die Infections-Gebühr
 beträgt für die sechsgepostete Kolonne
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für
 Secret- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsnachricht 20 Pf. Zulage
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1005.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerabend, den 17. Dezember 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Krisis in der englischen liberalen Partei.

London, den 14. Dezember.

Bombastus Puriosus, wie seine Gegner Sir William Harcourt nennen, hat einen Geniestreich gemacht. Auf dem nicht ungewöhnlichen Wege eines Briefes an seinen Freund John Morley, welcher Brief sammt der Antwort Morley's der Presse zugesandt wurde, hat er der liberalen Partei seine Stelle als parlamentarischer Parteiführer vor die Füße geworfen und damit die seit Jahren schleichende Krisis im liberalen Lager in ein akutes Stadium gebracht.

Der oder die Briefe enthüllen der Welt hinsichtlich der Zustände in der liberalen Partei nichts Neues. Daß es in den Reihen dieser Partei und ihrer Führer nicht „Lieb und friedlich“ zugeht, weiß jedes Kind. Wenn der Paal im Hause allein ein genügender Grund wäre, von der Führung zurückzutreten, würde Harcourt längst haben abdanken müssen. Es ist auch nichts Neues, daß eine starke Sektion innerhalb der Partei lieber Rosebery statt Harcourt an der Spitze sähe. Stimmen in diesem Sinne haben sich zu verschiedenen Zeiten erhoben, oder vielmehr, sie sind nie verstummt. Warum also der Brief?

Nun, die Sache ist ganz einfach die, daß die Rosebery-Fraktion in der letzten Zeit angefangen hat, ernsthaft für die Rückberufung des ehemaligen Premier ins Zeug zu gehen, und die Gefahr vorlag, daß sie die Mehrheit der Partei für ihren Paal gewinnen werde.

Im Grunde ist die Stelle des ersten Führers der Partei überhaupt noch unbesetzt. Als Rosebery vor zwei Jahren resignierte, trotzdem er wahrscheinlich noch immer die Mehrheit für sich hatte, verzichtete man angesichts der großen Erregung der Geister darauf, Sir William Harcourt — sein in jenem Moment einzig möglicher Nachfolger, zugleich aber auch sein entscheidendster Gegner — offiziell an seine Stelle zu setzen. Als Führer der Partei im Hause der Gemeinen war er von selbst nunmehr erster im Rath. Das reichte für gewöhnliche Zeiten aus und konnte erst dann zu ernsthaftem Konflikt führen, wenn außergewöhnlich wichtige Fragen der Taktik oder Strategie zur Entscheidung standen. Wie der englische Parlamentarismus heute beschaffen ist, ruht in solchen Fällen die letzte Entscheidung beim Parteiführer. Er bestimmt, wenn nicht über das Was, so doch über das Wie der Aktion, und wenn er auch den Führer zweiten Ranges zu Rathe zieht, so giebt er doch die Parole aus. Demokratisch oder nicht, die Klage im liberalen Lager ist seit Jahr und Tag nicht, daß die Partei zu viel, sondern daß sie zu wenig geführt wird. In der letzten Session war die Parteilosigkeit der Opposition gewöhnlich leer oder sehr spärlich besetzt. (Im Hause der Gemeinen sitzen die Minister, soweit sie nicht Peers sind und alsdann das Haus überhaupt nicht betreten dürfen, auf der ersten Bank — „front bench“ — der Regierungspartei, die Führer der Opposition auf der ihr gegenüberliegenden Bank, der „front opposition bench“.) Bei sehr wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik ertönte von dieser Seite her kein Sterbenslaut. Waren Harcourt und Morley abwesend, dann streikten auch die Parteigänger Rosebery's, die Asquith, Fowler, Chamberlain etc., soweit nicht Dinge in Frage kamen, die in das Gebiet der vorher von ihnen geleiteten Ministerien fielen. Aber selbst wenn sie sprachen, fehlte der Opposition der „Zug“.

Daher der immer dringendere Ruf in der Partei, die Führerfrage endlich zur Entscheidung zu bringen und damit die Disziplin wieder herzustellen. Bisher nur in der Presse und in Versammlungen laut geworden, hat er vorige Woche in der Form eines, von der Sektion Nottingham formulierten Antrages, die Frage der Führerschaft auf die Tagesordnung der am Freitag zusammenzutretenden Parteikonferenz zu stellen, bestimmte Gestalt angenommen. Ein unter partieller Flagge stehendes konservatives Blatt, die „Daily Mail“, hat sich den Weg gemacht, ein Preisausgeschrieben für Liberale zu veranstalten, das demjenigen Liberalen 2000 Mk. zuspricht, der auf drei gestellte Fragen die Antwort giebt, die dem Durchschnitt aller Antworten am nächsten kommt. Diese Fragen lauten: 1. Wer soll Führer der Liberalen sein? 2. Welche fünf Programmpunkte würden das zukünftigste Aktionsprogramm der Partei bilden? Und 3.: Soll die Partei eine neue Homerule-Vorlage einbringen? Trodem die liberale Presse und liberale Redner dies „Werbegeld“ als eine Poste verhöhnten und von der Theilnahme abmahnten, sind doch eine ganze Anzahl offenbar echter Anhänger von Mitgliedern liberaler Vereine und Komitees bei der „Daily Mail“ eingelaufen, die sich jetzt das Vergnügen macht, sie schon vor Ende der Abstimmung auszugeben zu publizieren. Von 14 heute veröffentlichten Antworten lauten bezüglich der Führerschaft drei für Harcourt und elf für Rosebery. Wenn das auch nicht als Reflex der Meinung in der Partei gelten kann, so zeigt es doch, wie weit verbreitet die Fraktion Rosebery ist.

Der Brief Harcourt's an Morley ist vom 8. Dezember datirt, d. h. zwei Tage nachdem die „Daily Mail“ ihr Werbegeld eröffnet hatte. Er enthält einen scharf zugespitzten Partiberdiesel gegen Rosebery. Nach der großen Niederlage von 1895, heißt es darin, die wir gemeinsam erlitten, fehlte es nicht an neuen starken Verlockungen für diejenigen, die nur ihre persönliche Bequemlichkeit und die Befreiung von Verantwortung und Mühen im Auge haben, eine geschlagene Armee ihrem Schicksal zu überlassen. Das war kein Verhalten, wie es Ihnen und mir zusagte. Wir sammelten die zerstreuten Reihen und nahmen unseren Platz wieder in der Vorhut des liberalen Kampfes ein. Das sind alles Kadelstiche an die Adresse Rosebery's, der damit als Ausreißer hingestellt wird. Und John Morley versteht nicht, die Stiche zu „vertiefen“. „Es ist meines Erachtens widerlich“, heißt es in seiner Antwort, „einem Mann, der beherzt allem die Stirn bot, der manhaft auf dem Schiffe aushielt, satt gemüthlich im Hafen zu bleiben, weil die See rauh und der Himmel schwarz war, — zu sagen, daß seine Position in seiner Partei unangenehm ein Gegenstand formaler Debatten und persönlicher Herausforderung sein soll.“ Harcourt wie Morley verstehen nicht, auf die Zurücksetzung des ersten der Gladstone's Rücktritt und seine Dienste um die liberale Sache, insbesondere beim Budget von 1894 (Erhöhung der Einkommens- und Erbschaftsteuer) gebührend anzuspielen.

Der Brief oder Briefwechsel ist ein Ultimatum, das die liberale Partei vor die Nothwendigkeit stellt, entweder Harcourt endgültig als Haupt der Partei anzuerkennen oder seine Resignation zu

akzeptieren. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß das erstere das Ende vom Liede sein wird. Rosebery mag die Mehrheit der Mitglieder für sich haben, Harcourt aber hat den rücksichtsloseren Flügel auf seiner Seite: die Anhänger der alten Schlagworte, die Temperenzler, die Reunionsformisten (die er erst jüngst wieder durch Briefe in den „Times“ gegen den Ritualismus in der Staatskirche entzündet hat) und das irische Element, das in ihm und Morley die unentwegten Verfechter Homerules erblickt. Alle diese Elemente können nun sehr unangenehm werden und das giebt ihnen erhöhten Einfluß. In kritischen Situationen spielt die Frage, wie sich bei einer bestimmten Entscheidung der eine oder andere Flügel verhalten wird, eine gewichtigere Rolle als die Frage, auf welcher Seite die zahlenmäßige Mehrheit sich befindet. Zudem ist die liberale Partei nicht derart konstitut, daß eine Urabstimmung überhaupt nur möglich wäre. Die Ueberlieferung verbietet sogar die Wahl des Parteihauptes durch Kongresse und dergleichen. Das Parteihaupt wird nicht vom Volk gewählt, sondern dies „anerkannt“. Es ist mit ihm wie mit der Liebe: es kommt und es ist da. Das heißt, es erobert sich allmählich seinen Platz, durch wirkliche Dienste und durch sonstige Einflüsse, bis im geeigneten Moment (wenn der bisherige Führer abtritt) in der ganzen Partei schon Einstimmigkeit darüber herrscht, daß dieser und kein anderer der berufene Nachfolger ist. Dies die Theorie. Wos damit keine Personenverwechslung stattfindet, wird in der Praxis die Sache jedesmal vorher im Rathe der Führer festgesetzt. Gewöhnlich ist der Leiter der Partei in einem der beiden Häuser des Parlamentes, auf den der Mantel fällt. Und da die liberale Partei nur im Hause der Gemeinen über eine streitbare Anhängererschaft verfügt, ist ihr dortiger Führer sozusagen von Natur zum Parteihaupt berufen. Dies ist vielleicht der größte Vortheil Harcourt's über Rosebery, den „Gefangenen der Peerskammer“, und mag auch die Waage für ihn zum Sinken bringen.

Inzwischen rast der Sturm in der Presse. Hier zeigt sich schon die oben geschilderte Untersehung. Die Rosebery-Presse (in London „Daily News“, „Westminster Gazette“, „Echo“) sanft, vermittelnd, vor zu schneller Entscheidung warnend, die Harcourt-Organen laut, drohend, schleunige Entscheidung heischend. Andere Blätter wieder haben im ersten Schreck ihren Kompaß völlig verloren. So das radikale „Daily Chronicle“, das einst für Rosebery war, dann, bei Anlaß der armenischen Frage, ihn über Bord warf und Harcourt allamirte, und jetzt Harcourt's Brief für eine endgültige Abdankung annimmt. In seiner Beskennung verländet es das Ende der alten liberalen Partei, und wer möchte ihm unrecht geben, wenn er in Harcourt's Brief von eben dieser Partei ließe: „Eine Partei zu leiten, die durch Fraktionsstreitereien und persönliche Interessenkämpfe zerissen ist, kann niemand mit Ehren für sich und zum Vortheil des Landes unternehmen“?

Aber in der Politik ist, wie in der Liebe, alles möglich. Nirgends haben so heftige innere Kämpfe gewüthet, wie im Schooße der beiden großen englischen Parteien, und doch haben sie sich bisher immer wieder zu zwei großen Deeren zusammengefunden. Allerdings hat die liberale Partei doch nie aus so vielen Wunden geblutet wie jetzt. Aber die Partei, die ihr Erbe ontreten könnte, die Sozialdemokratie, ist noch nicht stark genug dazu. Sie kann vorläufig nur dazu beitragen, sie zu schwächen. Und damit verlangsamte sie bis zu einem gewissen Grade sich selbst den Weg, denn beim richtigen Wahlsystem kann sie auf große Erfolge nicht rechnen, und von den Konservativen ist eine radikale Beseitigung der Mängel desfelden nicht zu gewärtigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Dezember.

Die neue Flottenvorlage

beschäftigt die Reichsregierung und könnte, da diese sich sträubt, möglicherweise zu einer Krisis führen.

Als voriges Jahr der famose Flottenplan in den Reichstag kam, war jedermann erstaunt über das Mißverhältniß der Motive zu den Forderungen. Nach den Motiven hätten die Forderungen das Zehnfache betragen müssen. Politiker, die weiter als bis drei zählen können, sagten sich deshalb, die Forderung, obgleich als endgültig bezeichnet, sei nur eine vorläufige. Das dicke Ende werde schon nachfolgen.

Und so ist's denn auch.
 Vor dem Zusammentritt des gegenwärtigen Reichstages erwartete man allgemein eine neue Marinevorlage. Die Thronrede blieb aber stumm. Dies überraschte. Jetzt kennen wir den Grund. Die Palästina-Reise hatte die Flottenpläne momentan in den Hintergrund gedrängt; und zwischen der Rückkunft des Kaisers und der Eröffnung des Reichstages war die Zeit zu kurz gewesen, als daß man zu einer Verständigung hätte gelangen können. Die Regierung, das heißt Herr von Hohenlohe, erklärte es für unmöglich, nach den unzweideutigen Versprechungen der vorigen Session mit einer neuen Flottenvorlage zu kommen. Inbezug der Kaiser hält an seinem Plane fest; er hat dem Reichstag wieder ein Flottenbild geschenkt und das bedeutet einen neuen Flottenplan, für den Herr Tirpitz eintreten wird.

Der Widerstand des Herrn von Hohenlohe wird vermuthlich nicht lange vorhalten. Zieht er es nicht vor zu gehen, so wird er ja sagen.

Jedenfalls steht uns eine neue Flottenvorlage bevor — neben der neuen Militärvorlage. Die Aerze soll an beiden Enden zugleich angesteckt werden.

Das deutsche Volk werde sich des Ernstes der Lage bewußt! Die Last des Militarismus ist schon unerträglich, und nun soll noch die zweite Schranke ohne Ende angelegt werden: die des Marinismus. Da gilt es, dem Gebot des

Selbsterhaltungstriebes folgend, energisch nein zu sagen. Nein! Und nochmals nein!
 Voll, sei auf der Wacht!
 Nieder mit dem Militarismus!
 Nieder mit dem Marinismus! —

Die Wirkungen des Falles Lippe.

Unter dem Titel: „Der lippische Thronstreit, die Grenzen der kaiserlichen Macht und deutsche Zustände“ hat der Detmolder Advokat Oskar Asenstift eine Broschüre erscheinen lassen, die den Lippe-Handel kritisch darstellt. Wir heben aus dem Nachtrag folgende Stellen hervor:

„Die Lage wird eine immer ungemüthlicher und unbehaglicher. Scharffer und Schroffer treten die persönlichen Gegenstände hervor. Im Bundesrathe soll der Gebrauch des Titels „Erzherzog“ und des Offiziers der Garnison Detmold der militärischen Genuß, die Annahme und das Tragen lippischer Orden oder Denkmäler u. s. w. verboten sein. Lippische Staatsdiener als Referendare-Offiziere dürfen nicht so grüßen, wie es ihnen Sitte und Gebrauch vorschreibt!“

Das Tragen lippischer Orden ist lippischen Soldaten oder Offizieren nur in Zivilkleidern gestattet, in Uniform machen sie sich einer schweren strafbaren Handlung schuldig, wenn sie ihre Brust mit den verbotenen lippischen Zeichen zu schmücken vermögen. In anderen Bundesstaaten nehmen die Offiziere gern Orden und Ehrenzeichen von den Bundesfürsten an und belunden ihre Freude auch darüber, wenn ihnen unterstellte Soldaten das Recht, einen kleinstaatlichen Orden zu tragen, erworben haben!

Auch in der Eisenbahn-Verwaltung sind den in Lippe angestellten, vom Graf-Regenten delorixten Beamten Schwierigkeiten wegen der Annahme von lippischen Orden gemacht. Ob von Seiten der lippischen Staatsregierung ähnliche Maßnahmen zu beabsichtigen sind, ist noch nicht bekannt geworden. Die lippischen Leihpferde verlangen beschleunigte Verbote des Tragens jeglicher nicht lippischer Orden innerhalb der gelb-rothen Grenzpfähle...“

Auch wird in der Broschüre auf die geheimnißvolle Laifch-Taktik hingewiesen, die den Zweck hat, den Diebsterfelder seinen „Landesfürsten“ zu entfremden:

„Jedermann weiß, daß die neuesten Skandal- und Klatschgeschichten mit raffinierter Bosheit verbreitet und angezogen sind, lang gehegter Feindschaft möglichst gilligen Ausdruck zu verleihen. Ganz unerklärlich bleibt dabei, daß nicht längst der Weg gefunden ist, solchen nur mit Verletzung von offenbaren Geheimnissen, theils vollständig erfindenden, theils aufgebauften Klatschereien ein Ziel zu setzen und eine alle Kreise des Volkes in gleicher Weise berücksichtigende Staatsleitung einzuführen.“

Und diese in Lippe beliebte Methode ist der Darstellung Asenstift's zufolge nicht wirkungslos geblieben. Der Diebsterfelder scheint ziemlich isolirt zu sein. Der Grafregent ist natürlich ebenso wie alle übrigen Fürsten voll menschlicher Zerrhömer, und die höfische Sitte und Politik mag in Lippe nicht besser sein als in irgend einer anderen Residenz. Indessen, während im übrigen Reich der fürstliche Nimbus durch die Staatsanwalt reichlich behütet wird, ist es in Lippe geradezu die Pflicht guter reichstreuere Befürworter, den Monarchenmantel zu zerfetzen und unter ihm die menschliche Blöße hämisch aufzuzeigen. Das gute Recht des Diebsterfelders aber wird dadurch nicht aufgehoben, daß er eben nur ein — Fürst ist und wie ein Fürst irrt. Genau dasselbe Schauspiel erlebten wir 1896. Während der preussische Hof und die Hohenzollern unter den kunstreichen Händen von geschäftigen Agenten in strafsender, makelloser Größe erschienen, wurde Ruf und Ansehen der Monarchen, die in Hannover, Sachsen, Kurhessen doch auch von Gottes Gnaden regierten, systematisch unterwühlt. Ueber die Stärkeren mußte man schweigen, lächeln, hinstellen, aber die Schwächeren waren vogelfrei, über sie durfte man die Wahrheit sagen und mehr als die Wahrheit, man durfte nicht nur ihre Schwächen geißeln, sondern auch ihre Vorzüge verleumben. So erleben wir es auch heute: Während überall im Reich der Majestätsbeleidigungs-Paragraphe brillend umgeht und steht, wen er verschlinge, ist es im Lande Lippe patriotisch und ehrenvoll, die Person des Regenten zu verunglimpfen. Wenn man in den übrigen Bundesstaaten die fürstlichen Persönlichkeiten mit lippischer Elle messen wollte!

Asenstift erkennt scharf, welche Folgen das monarchisch Gefürchten wohlgefällige und von ihnen unterstützte Treiben gegen den Diebsterfelder für den Monarchismus selbst haben muß. Im Kassandra-Tou ruft er am Schluß aus:

„Die Saat der jetzigen Vorgänge und des jetzt gestreuten Mißtrauens in alle öffentlichen Verhältnisse wird als Frucht der Sozialdemokratie ausfallen und veransichtlich werden bald alle Thronfolgestreitigkeiten, wenn nicht überall in Deutschland, so doch in Lippe überflüssig werden, wenn so weiter die Monarchie untergraben wird. Spätere deutsche oder lippische Thronprätendenten würden dann höchstens noch als Kandidaten sozialdemokratischer Republiken auftreten können.“

Die Entrüstung gebiert den Prophetengeist. Also selbst ein Prophet kann bisweilen, so verdächtige Verwandtschaft er gemeinhin mit den Karnelegirungen hat, ein — Seher sein, wenn Asenstift auch in einer Beziehung Unrecht haben dürfte. Thronprätendenten von heute pflegen — wie die Geschichte bisher wenigstens gezeigt hat — nicht die Präsidenten von morgen zu sein. —

Pofadotewsky's Zitate.

Die Herren von der Regierung und die ihnen dienenden Presseleute pflegen stets sehr empört zu sein, wenn irgend eine Einzelheit in einer von Sozialdemokraten im Reichstage vor-

gebrachten Beschwerde nicht ganz genau ist. Man müßte also annehmen, daß diese Genauigkeitsanakter nur auf Grund eines Materials Urtheile aussprechen, dessen Zuverlässigkeit sie auf ihren Eid zu nehmen vermögen.

Nun, Herr v. Posadowsky hatte gestern Gelegenheit, „Material“ gegen die Sozialdemokratie vorzubringen. Herr v. Posadowsky hat die Sozialdemokratie auf dem nicht ungewöhnlichen Wege des Zitats vernichtet. Es war zwar nur ein Zitat, dafür aber ein Bombenzitat, das der Staatssekretär gegen uns schleuderte:

„Ich habe hier einen Zeitungsausschnitt, wonach ein Angehöriger Ihrer Partei, ein Reichstagskandidat, gesagt hat:

„Die Sozialdemokraten seien Vertreter der beschlossenen Proletariat, sie seien gegen jeden, auch den kleinsten Besitz; erst dann werde es besser werden, wenn die jetzige Gesellschaftsordnung von oben bis unten umgestürzt sei. Daher sei der Umsturz von oben bis unten zu erstreben.“

Das hat der Herr in einer öffentlichen Versammlung erklärt. (Zitat bei den Sozialdemokraten.) — Ich zitiere noch einem Zeitungsausschnitt; es war der Reichstagskandidat Goerle (Charlottenburg); Sie finden das Referat im „Reichsbote“ vom 1. Mai 1898, 1. Beilage.

Man denke! Herr v. Posadowsky will ein Urtheil über unsere Partei-Anschauungen fällen und beruft sich dabei auf eine in Wahrheit gefallene Aeußerung! Das wäre schon an sich gerade kein klassisches Zeugniß; denn in der Hitze des Wahlkampfes sagt man manches, was man bei ruhiger Ueberlegung nicht verantworten könnte. Aber welches ist die Quelle, aus der der Staatssekretär seine Wissenschaft schöpft? Doch wohl ein Bericht eines sozialdemokratischen Partei-Blattes, der zwar auch nicht korrekt zu sein braucht, aber wenigstens seine tendenziösen Verdrehungen zu Ungunsten des Redners enthalten dürfte! O nein, Herr v. Posadowsky verfolgt eine andere Praxis in seiner Quellenforschung, er hat eine Methode historischer Feststellung, die einen Rast aus der Ruhe des Grabes aufstehen könnte: Herr v. Posadowsky benutzt sich — den Reporterbericht eines kleinen Kreisblattes, den der „Reichsbote“ übernommen hat. Der Kreisblatt-Reporter als klassischer Zeuge des Herrn Staatssekretärs, der Kreisblatt-Reporter als grimmiger und endgiltiger Vernichter der Sozialdemokratie, der Kreisblatt-Reporter als Erleuchter einer hohen Regierung, die auf ihn wie auf das Evangelium schwört! Warum er nennt man nicht lieber gleich den Kreisblatt-Reporter zum Staatssekretär? Dann hätten wir die Früchte seiner Auffassungsgabe aus erster Hand und bedürft nicht des Mittlers.

Das ist der Gewährsmann eines Ministers, wenn er einmal „Material“ vorbringt!

Kaum nöthig zu sagen, daß jener Bericht den Unsinn nicht etwa wiedergeben, sondern eigens fabrizirt hat. Aber um Herrn v. Posadowsky nicht nur über das von ihm angewendete Quellenforschungsprinzip im Allgemeinen aufzuklären, sondern auch im Besonderen ihn an einem Einzelfall zu zeigen, wohin diese Methode führt, thun wir ein übriges und drucken nachstehendes uns zugegangene Schreiben ab:

Es gehört nicht zu meinen Gepflogenheiten, auf jede Thorheit zu antworten, um so weniger, wenn ich den Namen des „Vorwärts“ in Anspruch nehmen muß, der besser ausnimmt ist. Wenn aber der Herr Graf von Posadowsky in seiner Donnerstags-Rede es für gut befindet, meinen Namen demütlich auf Grund eines Berichtes des „Ober-Barnimer Kreisblattes“ vom 28. April d. J. (Nr. 98) in die Debatte zu ziehen, so entschuldigen die Leser wohl mein Verlangen, dem Herrn Grafen zu antworten:

Ich entsinne mich einer Versammlung im Dorfe Neu-Tornow, Kreis Königsberg, einberufen vom Kreisamts-Richter'scher Richtung, in der ich gegen den freisinnigen Kandidaten Dr. Werner-Vorlin polemisirte und am Schlusse meiner Ausführungen ungefähr sagte, „daß es endgiltig besser werde, wenn die heutige Gesellschaft von Grund auf, oder auch „unten auf“ umgestaltet sei.“ Hieraus hat nun irgendwelche Reporterseele den blühenden Unsinn gemacht, wie ihn der Herr Graf zur Beweisführung gegen Bedel's Kennzeichnung der „freisinnigen Rechtszustände“ in Preußen-Deutschland anzuwenden nöthig hatte. Wenn das am grünen Holz geschieht

Es sei noch erwähnt, daß in Tornow bei der Hauptwahl 88, bei der Stichwahl 47 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, gegen 28 1898, trotzdem ich nur in einer gegnerischen Versammlung sprechen konnte. Das mag schmerzlich sein für Herrn v. Posadowsky, der wohl den Herrn Grafen auf den Reporterwies aufmerksam gemacht, beweist jedoch, daß die Sozialdemokratie auch in dieser Weise des Konservatismus, wenn auch langsam, so doch sicher vorwärts dringt.

Dem Herrn Grafen will ich persönlich noch bemerken, daß seine Stellung als Staatssekretär des Innern es erheischen sollte, etwas mehr Rücksicht auf außerhalb des Reichstags stehende Reichsbürger zu nehmen, wenn er weiter kein Material hat als Kreisblatt- oder ähnliches Geschwäg.

Otto Goerle, Buchdrucker, Charlottenburg.

Nun kann sich Herr v. Posadowsky nach einem anderen Kreisblattbericht umsehen, um „Material“ zu gewinnen! —

Deutsches Reich.

Zur neuen Flottenvorlage, die wir an anderer Stelle erörtern, macht die „Frei. Zig.“ darauf aufmerksam, daß Lieber's Versuch, die Regierung zu einer Keuherung über die Andeutungen Bedel's in der Donnerstags-Sitzung des Reichstags zu veranlassen, mißlang. Niemand an Regierungskreisen regte sich, um Bedel's Behauptung einer neuen Flottenvorlage zu widersprechen.

Die agrarische Interpellation über die Fleischnoth wird in der ersten Sitzung des Reichstags nach den Ferien am 10. Januar zur Verhandlung kommen. Die vom Vorsitzenden des Bundes der Landwirthe, von Wangenheim, gestellte Frage lautet jetzt folgendermaßen:

„Ist der Herr Reichszankler bereit, Auskunft über die Ergebnisse der Enquêtes zu ertheilen, die in verschiedenen Bundesstaaten über die angebliche Fleischnoth stattgefunden haben?“

In einer viel größeren Fassung war die Fleischnoth-Interpellation ursprünglich angeknüpft worden. Damals lautete sie:

„Ist der Herr Reichszankler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob die zur Zeit in verschiedenen deutschen Bundesstaaten stattfindenden Erhebungen über Vorhandensein und Ausdehnung einer angeblichen Fleischnoth von ihm veranlaßt worden sind, und wenn dies der Fall, aus welchen Gründen; gegenüber der Thatsache, daß nach den Ergebnissen der reichsamtlichen Statistik eine über die Vermehrung der Bevölkerung im Verhältnis hinausgehende Vermehrung der Viehbestände im Deutschen Reich und der Fleisch-einfuhr in das Reichsgebiet stattgefunden hat?“

Aus der Thatsache, daß es dem Bunde der Landwirthe nicht möglich war, die drei veröffentlichten Interpellationen auf einmal einzubringen und dadurch eine große agrarische Debatte zu entfesseln, und aus der Thatsache ferner, daß man die Fleischnoth-Frage in eine viel lösslichere Form kleiden mußte, geht hervor, daß man den Bund seitens der konservativen Partei stark abhalten lassen. Man wollte sich seitens der älteren konservativen Fraktion nicht einfach vom Bund der Landwirthe die Taktik vorzeichnen lassen. In der abgeschwächten Gestalt hat die Interpellation 108 Unterschriften gefunden, unter ihnen 85 von Deutsch-

konserverativen, 13 von Freikonserverativen, 7 von Antisemiten und 34 von Nationalliberalen.

Sehnsucht nach der Produktenbörse. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Die Presse beschäftigt sich in letzter Zeit mehrfach mit Verhandlungen, die über Wiederherstellung der hiesigen Produktenbörse stattfinden sollen. Dabei begegnet man in einigen Zeitungen der Bemerkung, daß „Verhandlungen“ in dieser Angelegenheit von vornherein aussichtslos sein würden. Wir vermögen dieser pessimistischen Auffassung nicht beizupflichten, glauben vielmehr, daß es bei einigem Entgegenkommen von beiden Seiten nicht unmöglich sein würde, unter voller Wahrung der gesetzlichen Bestimmungen eine dem wohlverstandenen Interesse aller Beteiligten entsprechende Lösung zu finden.

Man mißverstcht diese Notiz wohl nicht, wenn man annimmt, daß die Agrarier bei ihrer Herfürung der Produzentenbörse gründlich hineingefallen sind. Sie haben jetzt weniger Einfluß auf die Gestaltung der Preise wie früher, wo wenigstens eine gewisse Doffente sich für die Vorkaufgeschäfte herrschte. Die hineingefallenen Agrarier sehen sich nach der Produzentenbörse zurecht und lassen in dem offiziellen Blatt Stimmung für Unterhandlungen machen. Der wach aber, ob den „Bretterjuden“ der jetzige, ihre Geschäfte im Dammeln lassende Zustand nicht besser gefällt, als das frühere Licht der Doffentlichter.

Den Geheimverlaß über die eventuelle Verhaftung der sozialistischen Führer hat der Kriegsminister am Donnerstag im Reichstag laut Stenogramm in folgender Form in Abrede gestellt:

„Da schon heute Morgen aus einer Notiz des „Vorwärts“ zu entnehmen war, daß die Angelegenheit heute hier zur Sprache kommen werde, habe ich mich über dieselbe des näheren orientirt, nur bin ich anher stande gewesen, einen derartigen Erlass aufzuheben. (Gelächter rechts.) Das wundert mich auch gar nicht; denn es ist für jeden, der sich mit derartigen Sachen beschäftigt, von vornherein klar, daß ein solcher Erlass nicht wohl vom Kriegsminister und vom Chef des Militärkabinetts gemeinsam gezeichnet werden kann. Das wäre eine Verwirrung der Ressorts, die man meinem hochverehrten Herrn Amtsvorgänger und dem vortrefflichen Chef des Militärkabinetts nicht zumuthen kann. In welcher Weise Herr Bedel getäuscht worden ist, weiß ich nicht. Jedenfalls sind die Ausführungen, die er dieserhalb gemacht hat, vollständig hinfällig.“

Herr v. Gohler hat also lediglich erklärt, daß er den Erlass nicht gefunden hat, und er hat sich über diesen Mißerfolg nicht gewundert, weil ein dertart unterzeichneter Erlass eine „Verwirrung der Ressorts“ bereiten würde.

Wir erkennen diese Art der Beweisführung nicht an. Die Doffentlichter hat sich längst daran gewöhnt, in der Vertheilung der Ehre eines Erlasses nicht den Maßstab des Gewöhnlichen und Normalen anzulegen. Die Verwirrung der Ressorts (des Kriegsministeriums und des Militärkabinetts) gehörte gerade in jener Zeit gewissermaßen zu den Staats-einrichtungen, die man nicht verächtlich machen darf, und sie würde demgemäß eher ein Merkmal der Ehrelichkeit sein.

Die Einberufung des preussischen Landtags soll erst am 18. Januar erfolgen, wie die „Post“ hervorhebt, an dem „letzten verfassungsmäßig zulässigen Tag.“

Wahlpflicht. Liebermann v. Sonnenberg und Genossen beantragen, daß das allgemeine und gleiche Reichstagswahlrecht zu einer Reichstagswahlpflicht erweitert wird.

Noch arbeitsfähig. Wer etwa unseren Hohenlohe für zu alt hält, um zu registern, der wird jetzt eines Besseren belehrt. Er kann nicht nur registern, sondern er kann auch „als ausgezeichneter Soldat“, dem Zeugniß des „Pan. Cour.“ zufolge, noch eine größere Anzahl Säuen zur Strecke bringen. Also geschieden zur Zeit der Stabsdebatte im deutschen Reichstag auf der Kaiserjagd im Saupark zu Spryngel! —

Starke Verunreinigung haben, nach einem Telegramm der „Post. Zig.“, in Paris die Keuherungen des deutschen Kaisers gegenüber dem Reichstags-Präsidium hervorgerufen. Eine halbamtliche Mittheilung meint demgegenüber beschwichtigend, jene Keuherungen hätten wohl nur den Zweck gehabt, den Reichstag für die Bewilligung der Heredesverklärung geeigneter zu stimmen.

Medlenburgisches Sonntagsgesetz. Aus dem Lande des Dösenlochs ist zu berichten, daß das Sonntagsgesetz, über das wir bereits früher referirten, nunmehr von der medlenburgischen Volksvertretung angenommen worden ist. Der Landtag stimmte der Regierungsvorlage betreffend Abänderung der Verordnungen vom 8. August 1895, betreffend die Heilighaltung der Sonn- und Festtage (nichtgewerbetreibende Vertheilung von Druckmaschinen) mit dem Zusatz zu, daß das Austragen von Tageszeitungen durch Woten der Druckereien an die Abonnenten durch das Verbot nicht getroffen werden soll.

Sobald dies Sonntagsgesetz Gesetzeskraft erlangt haben wird, das heißt, sobald es in „Regierungsblatt“ veröffentlicht ist, darf also niemand an Sonntagen an einen andern eine Druckschrift versenden und vertheilen.

Der Hauptzweck dieses Gesetzes ist, den medlenburgischen Genossen die Vertheilung ihres Agitationskalenders zu erleichtern. Die Herren mögen sich jedoch keinen unbegründeten Hoffnungen hingeben. Unsere medlenburgischen Genossen werden dafür sorgen, daß die Landbewohner nach wie vor ihre aufblühenden Agitationschriften bekommen.

Zeitungsverleiher des Bundes der Landwirthe. Das Organ der weitpreussischen Geschäftsführung des Bundes der Landwirthe veröffentlicht folgende Aufforderung:

„Wir bitten unsere Herren Vertrauensmänner, in den von ihnen vertretenen Ortsgruppen freundlichst Umfrage darüber zu halten, welche politischen Zeitungen (abgesehen vom Bundesblatt) von den Bundesmitgliedern, den übrigen Orts-einwohnern und in dem Dorfwirthshaus gehalten werden, und uns das möglichst zuverlässige Ergebnis derselben dann mitzutheilen. Uns ist es in hohem Grade wünschenswert, dadurch einen Ueberblick über die auf dem platten Lande noch immer verbreitete gegnerische Presse und die Art und den Umfang ihrer Verbreitung zu erhalten.“

Die Herren vom Bunde der Landwirthe sind die ersten an der Spitze in dem Geheiß gegen den angeblichen Terrorismus der Arbeiter. Ueber den auf dem Lande vom Bunde ausgeübten Terrorismus wäre mehr und wahrheitsgemäheres zu berichten als über den der Arbeiter. Die Herren gebeten sich auf dem Lande, wo sie es sich leisten können, als förmliche Gefühnngspolizei. Welche dem irgendwie abhängigen Landwirth, dem ländlichen Geschäftsmann oder Gastwirth, der nicht dem alleinsehligmachenden Bunde angehört, oder wenigstens durch Abonnement der Bundeszeitungen den vorchristenmäßigen Jeshuten abliefern.

Es giebt keine Fleischnoth. Der ständige Ausschuß des deutschen Landwirtschaftsraths faßte eine Resolution, wonach von einer Fleischnoth in diesem Jahre ebenso wenig die Rede sein könne, wie im Vorjahr. Eine weitere Oeffnung der deutschen Grenzen dürfte im Interesse der Belämpfung der Viehheuden nimmermehr zugelassen werden.

Diesem Bortum der Interessenten an hohen Fleischpreisen sei der folgende Bericht entgegengehalten:

Eine vom Jänner Ortsverband der deutschen Gewerbevereine nach Badze einderufene, stark besuchte Versammlung der deutschen Bergarbeiter hat eine Resolution angenommen, worin sie erklärt, daß die theuren Fleischpreise es einem großen Theile der Arbeiter unmöglich machen, sich ausreichend und gesund zu ernähren, und daß sie in der künstlichen Zurückhaltung der Vieheinfuhr eine schwere

Schädigung der Arbeiterbevölkerung erblickt. Aus diesem Grunde richtet die Versammlung an die Regierung das dringende Ersuchen, die Vieheinfuhr-Verbote aufzuheben.

Die „Post“ des Herrn Stumm hat eine solche Freude an der „zufünftlichen“ Internierung verhärteter und gewaltthätiger Anarchisten, daß sie die gegenwartsstaatlichen Rezepte gegen „Anarchisten“ ganz aus dem Gedächtniß verloren hat. Wir wollen sie deshalb daran erinnern, daß von ihr selber und von ihren Gefühnngsverwandten die Einsperrung oder Verbannung aller sozialistischen und gewerkschaftlichen Führer befohlen wurde. Die Führer sollten „wie Rofinen aus einem Kuchen“ genommen und von den verführten Arbeitern entfernt werden u. s. w. Die „Post“ lese nur einmal ihre eigenen Artikel nach. Und wenn diese ihre zu langweilig sind, so findet sie im Leitartikel der „Kreuzzeitung“ vom 4. Dezember d. J. die Rofinen-Theorie prächtig entwickelt und zwar als „eine alte Lieblingsidee.“ Das Studium der gegenwartsstaatlichen Pläne bringt der „Post“ vielleicht einige Aufklärung über den „Zufünftstaat.“

Erleichterungen für den Bezug des russischen Petroleum gegenüber dem Wettbewerb des amerikanischen sollen in der Sitzung des Staatsministeriums vom Freitag erwogen worden und es soll eine bezügliche Vorlage für den Bundesrath in Aussicht genommen sein.

Herr v. Köller strahlt in voller Glorie. Die „Nord. Allg. Zig.“ schreibt darüber offiziös:

Wie die „Köffische Zeitung“ vernommen haben will, verlierte in „parlamentarischen Kreisen“, daß Herr v. Köller „des Mikrokosmos an entscheidender Stelle leinewegs sicher“ sei und daß die „Kösch-windigkeit seines Mikrokosmos“ erwohnen werde. Hier ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens, aus dessen Aeußerung die Enttäuschung derjenigen zu sprechen scheint, welche sich im Reichstag einen Vorstoß gegen die preussische Ausweisungspolitik versprochen hatten. In Regierungskreisen ist nicht das Geringste von einem Gegenstoß zwischen Herrn v. Köller und dem Staatsministerium bekannt. Die preussische Regierung wird im Landtag für die von Herrn v. Köller im nördlichen Schleswig befohlene Ausweisungspolitik unumwunden eintreten, wie es denn überhaupt keinen Augenblick zu bezweifeln war, daß der Oberpräsident von Schleswig-Holstein bei seinen thätkräftigen deutschen Vorgehen die Regierung sowohl, wie der weitläufigsten Theil des deutschen Volkes hinter sich hatte.

Herr von Köller ist also noch besser als der Auf, den er selbst über sich verbreitet. Er hatte bellamlich einem Interviewer erklärt, in der Ausweisungfrage selbständig und zwar verfuhrweise vorzugehen. Und hier wird ihm attestirt, daß er nicht nur die Regierung, sondern sogar den größten Theil des deutschen Volkes hinter sich habe. Das Oidium der ungeschickten Ausweisungen hebt also nicht mehr and dem fideles Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, sondern an der deutschen Reichsregierung. — Das deutsche Volk verwahren wir gegen die ihm gemachte Zumuthung.

Das Duell als Gottesgericht. Durch das gestern gemeldete Pistolenduell in Saarburg ist, so berichtet man uns, das Kapitel vom Duellmüßig um einen ebenso traugenen als bezeichnenden Fall bereichert worden. Der Eckranke — es handelt sich um eine Familienangelegenheit —, Rittmeister Söhde, trug eine Lebens-gefährliche Verletzung davon, während der Beleidiger, Hauptmann v. Planig, mit heiler Haut aus dem Kampf hervorging. Und da befreite noch jemand, daß das Duell ein Stück unserer „göttlichen Weltordnung“ sei! —

Germanisations-Erfolge in Elsas-Lothringen. Man schreibt uns: Die sehr das Ruitamer'sche Regiment der Diktatur und der Ausnahmegeetze einer Ausöhnung der reichsländischen Bevölkerung mit dem durch den Frankfurter Frieden geschaffenen neuen staatsrechtlichen Zustand des Landes hinderlich ist und bei derselben das Gefühl der Zugehörigkeit zum großen Reichsganzen immer wieder in keine erlösen muß, das geht mit aller nur münchenswerthen Deutlichkeit aus der Erklärung hervor, mit welcher der Führer des intransigenten Fühlers der Hierikalen elsas-lothringischen Landespartei, Adolph Stettel, der firtbare Redakteur des „Journal de Colmar“, seine ablehnende Haltung gegenüber der von altdeutscher Seite erstrebten Angliederung der Hierikalen Elsäler-Gruppe an das deutsche Zentrum motiviren zu müssen glaubt. Herr Stettel, der neugewählte Vertreter des Reichstags-Wahlkreises Colmar-Münster, schreibt:

„Der Frankfurter Friede besteht nun einmal, das ist sonnenklar. Man verlangt aber von uns, daß wir die gegenwärtige politische Lage Elsas-Lothringens mit allen ihren Nachwäsen, fortwährend Einwanderung, Verweigerung jeder Autonomie, Zurücksetzung der einheimischen Elemente im staatlischen und städtischen Dienste, Diktatur u. g. d. g. d. g. dazu geben wir uns aber nicht her, und so lange wir keine rechtliche Stellung im Deutschen Reich einnehmen dürfen, werden wir gegen diese Herabwürdigung eines friedlichen und werthvollen Volkes protestiren. Sind wir einmal Deutsche, wie die anderen, dann läßt sich über die Einfuhrung des deutschen Vortelbens in Elsas-Lothringen sprechen. So lange diese Bedingung nicht erfüllt ist, bleiben wir Elsas-Lothringer sans phrase. Diesen Standpunkt gebietet uns die Pflicht der Selbsterhaltung.“

Es gehört in der That kein besonders hohes Maß staatsmännlicher Klugheit dazu, um einzusehen, daß die Bevölkerung der Reichslande keine Sympathien für ein Regime empfinden kann, unter dem ihr immer wieder mit Gewalt die Thatsache zum Bewußtsein gebracht wird, daß sie eigentlich als Staatsbürger der 2. Klasse zu gelten hätte.

Ein Grenzverwechslung. Aus dem Elsas wird uns geschrieben: Der gestern gemeldete Zusammenstoß französischer Gendarmen mit einer Anzahl deutscher und luxemburgischer Arbeiter an der französischen Grenze hat doch weit ernstere Folgen gehabt, als anfänglich angenommen wurde. Ein Arbeiter wurde dabei getödtet, ein anderer erhielt einen Schuß in die linke Hüfte, einem dritten wurde der Arm von zwei Kugeln durchlöchert, von denen die eine ihren Weg noch durch die Wange nahm. Der Todte und die Verwundeten sind sämtlich Luxemburger. Ein vierter, den die Gendarmen mitgeschleppt, soll eine gefährliche Stichwunde erhalten haben. Einem Gerücht zufolge liegt auch einer der beiden Gendarmen schwer verlegt darnieder.

Aus Baden. (Fig. Ver.) Ausführungsbestimmungen zu Reichsgesetzen. Durch Ministerial-Erlassung vom 7. Dezember ging den Landständen ein neuer Gesetzesentwurf zu, der zunächst an die Justizkommission gelangte. Er enthält eines einheitlichen Titels und befaßt sich in seinen drei Abschnitten mit folgenden Materien: 1. Ausführung des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung, 2. Ausführung der Zivilprozeß-Ordnung, 3. Aenderung und Aufhebung von Gesetzen. Ausführungstermin. — In der Begründung ist gesagt: Nachdem durch die Aenderung der Zivilprozeß-Ordnung und durch das Gesetz vom 24. März 1897 die Zwangsvollstreckung über das unbewegliche Vermögen und das Aufgebotsverfahren umfassend reichsgesetzlich geordnet worden sind, erscheint die Aufhebung der bisherigen und die Erlaffung neuer landesgesetzlicher Vorschriften unabweisbar. Der Entwurf hat in der Hauptsache die Ausführung des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung und der Zivilprozeß-Ordnung zum Gegenstand. Bei dieser Gelegenheit soll auch, soweit erforderlich, die in dem Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vorbehaltene Revision des Einführungsgesetzes zu den Reichs-Justizgesetzen vom 8. März 1879 und des Gesetzes, die Einführung des Reichs-Gerichtshofen-Gesetzes betreffend, vom 22. Februar 1879 nachgeholt werden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Spryngel, wo kürzlich eine Hoggagd stattfand, wird gemeldet:

Im benachbarten Dorf Böffen, einer Station vor Springe, welche der kaiserliche Zug auf der Fahrt hierher passierte, ist ein Mann verhaftet worden, welcher verdächtige Äußerungen gethan haben soll. Er wurde in das hiesige Gefängnis eingeliefert. Der Verhaftete scheint jedoch nur ein harmloser Praxler zu sein, der wegen Majestätsbeleidigung zur Rechenschaft gezogen werden wird.

Man schreibt uns aus dem Elb: Wie verlautet, handelt es sich bei dem gegen den Reichstags-Abgeordneten Genossen D. u. e. eingeleiteten Strafverfahren wegen Majestätsbeleidigung um den Vortrag, den D. u. e. unmittelbar nach seiner am 9. Oktober erfolgten Entlassung aus dem Mülhauer Bezirksgefängnis in einer Protestversammlung in der Bogtehalle zu Basel gegen die in der Oehnhäuser Kaiserrede angekündigte Zuchtstrafvorlage gehalten hat.

Ausland.

Oesterreich.

Kabale und Liebe. Die „Neue Freie Presse“ brachte aus Ungarn folgende Depesche: „Vor dem hiesigen Garnisongericht fand Sonnabend eine Verhandlung gegen den Oberleutnant Mataffisch-Keglevich statt. Wie verlautet, wurde Mataffisch zu sechs Jahren Festungshaft verurtheilt und zur Strafverbüßung nach Peterwardein gebracht.“ Schon an sich wäre diese Mitteilung höchst merkwürdig; denn wenn man meldet, daß jemand zu sechs Jahren Kerker verurtheilt wurde, so pflegt man doch auch zu fragen, welche That der Verurtheilte begangen hat. Herr Mataffisch-Keglevich ist aber in gewisser Hinsicht eine interessante Persönlichkeit. Er war der Geliebte der Prinzessin Louise von Koburg-Gotha, die, wie man sich erinnert, von ihren Verwandten ins Irrenhaus gesperrt wurde, obwohl die Dame im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte war und hoffentlich auch noch ist. Ebenso unaufrichtig wie die Internirung der Prinzessin Louise in eine Irrenanstalt ist die gleichzeitig erfolgte Verhaftung des Oberleutnants Mataffisch-Keglevich, dem seinerzeit nichts anderes zur Last gelegt wurde, als daß eine hochgeborene Dame ihn mit ihrer Keigung zu beglücken für gut fand. Es wäre also recht gut, wenn die Welt erführe, warum denn Herr Mataffisch-Keglevich sechs Jahre Festungshaft erhielt.

Schweiz.

Bern, 15. Dezember. Die Bundesversammlung wählte zum Bundespräsidenten für 1899 den bisherigen Vizepräsidenten Müller-Vecer (radikal), zum Vizepräsidenten des Bundesrathes Häuser-Jürich (radikal).

Frankreich.

Die Sammlung der „Libre Parole“ für den Prozeß der Wittve Genet gegen Josef Reinach weist den Betrag von 22000 Fr. auf. General Recier zeichnete 100 Fr. Es subscribiren meist Monarchisten und nationalistische Antisemiten. Es sind viele Aristokraten darunter. Der Prozeß der Wittve gegen Reinach wird nicht stattfinden, da er juristisch unmöglich ist. Das ganze ist nur ein Mittel der Agitation.

Das Begräbniß Jean Dormon's gestaltete sich, wie man von Ronlucon (Frankreich) schreibt, zu einer großartigen Kundgebung. Die Zahl derer, die dem zu früh Verstorbenen das letzte Geleit gaben, belief sich auf mehr als 30000. Aus ganz Frankreich waren Delegationen, aus Frankreich und Deutschland Telegramme eingetroffen, und die Grabreden klangen aus in dem Ruf: Es lebe die soziale Republik! Es lebe die internationale Sozialdemokratie! Hoch die Verbrüderung der Völker!

England.

London, 14. Dezember. (Eig. Ber.) Die Sozialdemokratische Föderation hat durch plötzlichen Tod einen ihrer tüchtigsten und hingebendsten Mitstreiter verloren. Es ist dies der Genosse W. G. Pearson, ein Arbeiter von nicht gewöhnlicher Begabung. Pearson war mehrere Jahre Wanderredner der Englischen Landwirthschafts-Liga. Nachdem er sich jedoch von der Hoffnungslosigkeit, die Landarbeiter in einer aktionsfähigen Gewerkschaft zu organisiren, überzeugt hatte, gab er 1895 diese Thätigkeit auf und arbeitete seitdem in verschiedenen Beschäftigungen — zuletzt wieder als Dockarbeiter, was er schon vor Jahren gewesen. In dieser Thätigkeit fiel er am Montag beim Uebergang über einen Weg ins Wasser und ertrank. Er war im vorigen Jahre Kandidat für das Londoner Schulfach und ward angelehnt seiner Fähigkeit und seines sachgemäßen Auftretens von einem Theil der Progressiven unterstützt, ohne indeß gewählt zu werden. Er war ein Mann von seltener Unabhängigkeit des Charakters.

Italien.

Rom, 15. Dezember. Die Adreßdebatte der Kammer verlief im ganzen sehr ruhig. Ueber die innere Politik wurde ein Schlichter gehalten und über die auswärtige wurde ausführlich und gründlich gehalten. Bezüglich der Allianzen sowie bezüglich des Verhältnisses zu allen anderen Nationen sei alles vortrefflich — verführte heute der Minister Carnedard. Unter den Allianzen ist der „Dreibund“ verstanden, dem es allerdings „vortrefflich“ geht, fernermal die Todten keine Schmerzen mehr haben.

Portugal.

Aus Lissabon wird gemeldet: Gegenüber den aus Neu aufstehenden Nachrichten von der Verpachtung der Delagoa-Bai an ein Konfession oder Syndikat versichert man in hiesigen Regierungskreisen, daß alle solche Gerüchte gänzlich unbegründet seien.

Norwegen.

Christiania, 14. Dezember. (Eig. Bericht.) Die Gemeinderaths-Wahlen in Norwegen finden zum ersten Mal nach dem neuen Wahlgeseß statt, das seit der Störungs-Periode 1894—1897 besteht. Dasselbe ist zwar noch kein musterhaftes Gesetz, denn alle Dienstboten sind noch vom Wahlrecht ausgeschlossen, auch alle, die Armenunterstützung erhalten haben. Auch muß sich jeder Wähler 2—3 Monate vor der Wahl (S) in die Wahlliste eintragen. Infolge dieser letzten Bestimmung ist die Wahlbetheiligung eine sehr geringe gewesen, in Christiania z. B. statt sonst 18000 diesmal nur 16000 Stimmen. Aber das Gesetz hat die Proportionalwahl eingeführt, und das ist für die in Norwegen noch schwache sozialdemokratische Partei günstig. Deshalb hat sie diesmal auch über 400 Kandidaten aufgestellt; in Christiania z. B. sind 26 aufgestellt. An einigen Orten sind nun die Wahlen schon zum Abschluß gelangt: in Bergen hat unsere Partei 7 Mandate gewonnen (neben 32 Linken, 29 Rechten und 8 Enthaltensleisemännern), in Kragerø 3 Mandate, in Drammen 3 und in Trondhjem 2. Man haben auch die Wahlen in Christiania stattgefunden. Es sind dort Stimmen abgegeben: 6708 für die Rechte, 4528 für die Linke, 1104 für die Sozialdemokraten, 459 Enthaltensleisemänner, 77 Grundbesitzerwerb und 5 Wilde. Offenbar hat die Linke die bisher innegehabte Majorität verloren, hauptsächlich wohl, weil sie in der Zeit ihrer Macht alle Arbeiterforderungen unbeachtet gelassen hat.

China.

Ein französischer Missionar ist bekanntlich von chinesischen „Rebellen“ gefangen worden. Am Freitag wird dem Bureau Neuter aus Peking in der Sache gemeldet: Der Jung-li-Namen verlangte eine weitere Frist, um für die Freilassung des französischen Missionars Sorge zu tragen, welcher von den Szechuan-Rebellen gefangen genommen wurde. Der Jung-li-Namen erklärt, daß falls Gewaltmaßnahmen ergriffen würden, der Gefangene wahrscheinlich umgebracht werden würde und daß nur durch Unterhandlungen mit dem Rebellenführer die Freilassung des Gefangenen zu erreichen sei. Der französische Gesandte hat sich hiermit einverstanden erklärt.

Empfang bei der Kaiserin von China. Aus Peking wird vom Mittwoch, den 14. Dezember gemeldet:

Die Kaiserin-Wittve empfing gestern die Gemahlinnen der Gesandten der europäischen Mächte. Die Damen versammelten sich in der englischen Gesandtschaft und begaben sich von dort in den kaiserlichen Palast, wo feierlicher Empfang stattfand. Der Kaiser sah zur Linken der Kaiserin-Wittve. Die Gemahlin des englischen Gesandten Lady Macdonald als Dohenne verlas eine Adresse in englischer Sprache, in welcher die Kaiserin im Namen der Damen zu ihrem Geburtsstages beglückwünscht wird. Die Kaiserin zeigte sich außerordentlich huldvoll und herzlich.

Parlamentarisches.

Gegen die Wahl des Genossen Albert Schmidt (Mehrsleben) ist unter dem 13. d. M. von dem Vorstand der nationalen Mittelpartei Calbe-Mehrsleben zu Schönebeck a. Elbe ein Protest eingegangen, welcher der 3. Abtheilung resp. der Wahlprüfungs-Kommission überwiesen worden ist. — Wir sind neugierig, schreibt dazu die Magdeburger Volksstimme, wie der Vorstand der nationalen Mittelpartei den Protest begründet. Uns fehlt ein statisches Material zur Verfügung zur Kennzeichnung der von den sogenannten Mittelparteien betriebenen Agitation.

Verhütung von Schiffsunfällen. Im Reichstage hat Dr. Arendt (Dtsch. Reichsp.) mit Unterstützung seiner Fraktion den Antrag gestellt, bezugs Herbeiführung internationaler Maßregeln zur Verhütung von Schiffsunfällen und zur Sicherung des Lebens der Seeleute und der Seereisenden mit den übrigen Seemächten in Verhandlungen einzutreten.

Arbeitsnachweise. Im Reichstage ist vom Abg. Köstler-Dehau (lib.) ein Antrag eingebracht worden, bez. die Einrichtung von Arbeitsnachweisen.

Den Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit betreffend haben die Abgg. Dr. Gasse, Dr. Lehr und Graf v. Arnim im Reichstage einen Antrag eingebracht. Der Antrag hat die Form eines Gesetzesentwurfs, der 28 Paragraphen umfaßt. Wir heben daraus die nachstehenden hervor: § 1. Die Reichsangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben. Die Staatsangehörigkeit in einem oder mehreren Bundesstaaten erlischt durch den Verlust der Reichsangehörigkeit. — § 2. Zum Zwecke der Erwerbung der Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate bedarf es der Entlassung aus der Staatsangehörigkeit in einem anderen Bundesstaate nicht; auch geht die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate durch Erwerbung der Staatsangehörigkeit in einem anderen Bundesstaate nicht verloren. — § 3. Die Naturalisation soll Ausländern in der Regel nur dann ertheilt werden, 1. wenn diese Naturalisation im Interesse des Deutschen Reiches liegt; 2. wenn diese Ausländer deutscher Abkunft und der deutschen Sprache mächtig sind. — § 4. Die Ertheilung der Reichsangehörigkeit an solche Ausländer, die sich in einem deutschen Schutzgebiete niederlassen haben oder niederlassen wollen, erfolgt auf deren Antrag durch die Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes. — § 5. Die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate geht fortan nur verloren durch Verlust der Reichsangehörigkeit. — § 6. Die Reichsangehörigkeit geht fortan weder durch vorübergehenden, noch durch dauernden Aufenthalt im Auslande (Auswanderung), noch durch Erwerb einer fremden Reichsangehörigkeit verloren. — § 7. Die Entlassung aus der Reichsangehörigkeit auf Antrag der Beteiligten wird nach Gehör der höheren Verwaltungsbehörde des Heimathstaates oder, wenn der zu Entlassende die Staatsangehörigkeit mehrerer Bundesstaaten befaßt, dieser Heimathstaates, soweit sie altentwunden sind, durch eine vom Reichsamt des Innern ausgesetzte Entlassungsbekanntmachung ertheilt. — § 8. Die Entlassung auf Antrag wird nur denjenigen deutschen Staatsangehörigen ertheilt, die als Kinder deutscher Staatsangehörigen im Auslande geboren sind und im Auslande ihren dauernden Aufenthalt haben. Sie kann auch dann ertheilt werden, wenn ein deutsches Staatsinteresse vorliegt oder wenn sie durch Staatsverträge bedingt ist. Hierüber hat das Reichsamt des Innern nach Anweisung des Bundesrathes zu befinden. —

Partei-Nachrichten.

Bei der Stadtverordneten-Wahl in Offenbach a. M. wurden für die 10 Kandidaten unserer Partei, die beinahe sämmtlich segten, 2443 unabhängige Stimmzettel abgegeben, nur 67 weniger, als zur absoluten Mehrheit hingereicht haben würden. Die Vereinigte Bürgerpartei brachte es nur auf 1244 unabhängige Stimmzettel, das Centrum sammt den Handwerker nur auf 120. Im einzelnen erhielten unsere Kandidaten 2520 bis 2090 Stimmen, im Durchschnitt 2070, die Kandidaten der Vereinigten Bürgerpartei 1901 bis 2217, im Durchschnitt 2077, die 4 Kandidaten des Centrums 381 bis 687, im Durchschnitt 522 Stimmen. An der Abstimmung nahmen 4092 Wähler theil.

Das „Offenbacher Abendblatt“ schreibt über das glänzende Wahlergebnis:

Die Betrachtung des Wahlergebnisses lehrt auf den ersten Blick, daß die Sozialdemokratie ihren Sieg nur ihrer eigenen Kraft zu verdanken hat. Es werden die Gegner, die nicht eingeworfen konnten über die Vertheilung des Wählerfeldes, wohl sich gegenseitig die Schuld zuschieben an dem Resultat; sie werden sagen: Ja, wäre eine Einigung zu Stande gekommen, dann hätte die Sozialdemokratie doch nicht mit allen 10 Kandidaten siegen können! Das ist nun allerdings nachträglich ein billiger Trost. Er entbehrt aber auch jedes Grundes. Die Thatsache allein, daß der Sozialdemokratie nur 67 Zettel ohne Streichung fehlen, um die absolute Mehrheit zu haben, zeigt, daß sie jeder Koalition gewachsen ist.

Es ist das Proletariat der Stadt Offenbach, das hinter der Sozialdemokratie steht. Das Proletariat, das seine Interessen erkämpft hat.

Erste Arbeit erwartet die Erwählten der werkschäftigen Bevölkerung Offenbach's. Woher konnte der einzige Vertreter, Genosse Müllich, in der Hauptstadt nur agitatorisch wirken. Nun aber ist die Macht der Partei im Stadthaus gestärkt: 17 gegen 10 stehen dort die Parteien. Und die 17 Sozialdemokraten unter sich einig und fest auf dem Boden des Parteiprogramms stehend — die 17 aber von Interessen zerklüftet, hierhin und dorthin auseinander fahrend. Oft genug wird sich Gelegenheit bieten, sozialdemokratische Forderungen durchzusetzen.

Quers ist gut gemacht werden dieses schmäbliche Unrecht an den städtischen Arbeitern, die man für ihre Arbeit des Wahlrechts beraubt. Und der zweite Kampf wird entbrennen um das städtische Odtrot.

Der Arbeiterklasse freie Bahn — das ist die Frucht des heißen Kampfes!

Bei der Stadtverordneten-Wahl in Erfurt sind unsere beiden Kandidaten Tischlermeister Fritz und Tischler Pappert mit 494 und 491 Stimmen unterlegen. Die Kandidaten der Gegner erlangen mit 1134 und 1138 Stimmen den Sieg. Die Wahlbetheiligung war fast um die Hälfte schwächer als bei der Hauptwahl.

In die Redaktion der „Märkischen Volksstimme“ in Forst tritt am 1. Januar der Parteigenosse R. Wittlich ein. Er wird die Leitung des Blattes übernehmen und Genosse J. Pappert den lokalen und provinziellen Theil bearbeiten. Wittlich war früher in der Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ thätig und seit 1. Januar d. J. Redakteur am „Offenbacher Abendblatt“.

Aus Ungarn. Daß die Verfolgungen der Sozialdemokratie gerade das Gegenstück dessen herbeiführen, was die Machthaber mit ihnen bezwecken, zeigt der Ausgang der Gemeindevahlen in Oroshaza, wo an stelle von zehn ausgeschiedenen Gemeindevorstern sieben Sozialdemokraten gewählt wurden, darunter der Führer Prosz, der sich seit einigen Jahren öffentlich zur Sozialdemokratie bekennt. Von den 20 gewählten Mitgliedern des Gemeinderaths sind nun 15 Sozialisten.

Vollständiges, Gerichtliches etc.

— Die neueste Nummer des „Süddeutschen Postillons“ ist auf Veranlassung der Münchener Staatsanwaltschaft wegen des Gedichtes „Ein Weihnachtslied“ konfisziert worden. Auch in der Buchhandlung „Vorwärts“ in Berlin wurden einige Exemplare beschlagnahmt. Das Gedicht soll gegen den § 166 des Strafgesetzbuches verstoßen, der von Vergehen wider die Religion handelt. Gegen die Konfiskation ist sofort Beschwerde erhoben worden. Wir sind in Preßprozeßen doch auch nicht ganz unerfahren, haben aber in dem stimmungsvollen Gebiete nichts zu finden vermocht, was Christen, die sich wirklich bemühen, der Lehre des Nazareners nachzuleben, in ihren religiösen Gefühlen kränken könnte. Das Verhältniß der Staatsanwaltschaft zur Presse scheint in München immer preßhätiger zu werden.

— Aus Deutchen O.-S. wird uns unterm 15. Dezember gemeldet: Heute, mehr als zwei Wochen nach der Verhandlung seiner Strafsache vor dem Reichsgericht, ist Genosse Dylong aus Königsbrunn auf seinen Antrag hin aus der Haft entlassen worden. Als Juristum aus seiner Haftzeit sei erwähnt, daß er eine Zeit lang die Zelle bewohnt hat, wo seinerzeit der Kaufmänniker Sobczak gelegen hatte. Nach Dylong wurde wieder ein Mörder in diese Zelle gebracht. Immer war Dylong in Einzelhaft. — Der „Leipziger Volks-Ztg.“ wird aus derselben Stadt berichtet: Da keiner der Genossen des oberhiesigen Industriebezirks aus Furcht vor der Polizei den Parteigenossen sein Lokal zur Vermuthung überlassen will, mietete ein Genosse in Deutchen ein größeres Lokal in einem Privatbureau zu Vereins- und Versammlungszwecken. Die Polizei verhinderte jedoch gewaltsam jede Vermuthung des Lokals zu dem angegebenen Zwecke, und nicht nur das, sie verhinderte es auch gewaltsam, daß außer dem Mieter auch nur eine einzige Person das Lokal betrat. Dieses unerklärliche Vorgehen suchte die Polizei mit einer Regierungs-Polizeiverordnung vom Jahre 1889 zu begründen. Gegen die Polizeibehörde ist Strafantrag gestellt und Klage auf Schadenersatz erhoben worden.

— Wegen Verleumdung des Grafen v. Posadowski ist am 21. September d. J. der damalige verantwortliche Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“, Genosse August Müller, vom Landgericht daselbst zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Das Vergehen wurde in einer Besprechung des Posadowskischen Wahlbundes und zwar besonders in dem Ausdrücke „Lambourmajor der Geldpartei“ erblickt. Müller legte gegen das Urtheil Revision ein, dieselbe wurde aber am Donnerstag vom Reichsgericht verworfen.

— Die Mannheimer „Volksstimme“ schreibt: In der Strafsache gegen die Redakteure Herzberg und Jaech wegen Scipio-Verleumdung ist die Voruntersuchung nunmehr geschlossen. Der Antrag des Justizrathen Herzberg auf Aufhebung der Untersuchungshaft ist vom Gericht abgelehnt worden. Termin zur Verhandlung ist noch nicht angeetzt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Handelshilfsarbeiter hielten am 11. Dezember in Berlin eine Konferenz ab, in der die von beiden Seiten der Isalolen und zentralen Richtung seit langer bestehende Zwistigkeiten geschlichtet wurden. Betreten waren von beiden Parteien je 12 Delegirte, darunter befanden sich außer den Berliner Abgeordneten, Vertreter aus Hamburg, Frankfurt und Leipzig, sowie zwei Mitglieder der Generalkommission, Legien und Köstle, die in der Sache die Vermittelung übernommen hatten. Nach langen und sehr heftigen Debatten wurde von beiden Parteien unterzeichnet folgende Resolution vorgelesen:

Die unterzeichneten Vertreter der Handelshilfsarbeiter erklären, daß eine Einigung der beiden differirenden Richtungen in der Handelshilfsarbeiter-Bewegung auf folgender Grundlage erstrebt werden soll:

1. Die von den Genossen Hoffmann und Alboldt zum 25. Dezember 1898 nach Kassel bezw. zu Pfingsten 1899 nach Frankfurt a. M. einberufenen Kongresse der Handelshilfsarbeiter finden nicht statt.
2. Von Alboldt, dem Vertrauensmann der Isalorganisirten Handelshilfsarbeiter, und dem Vertrauensmann der Zentralorganisation, Hoffmann, wird zu Ostern 1899 ein allgemeiner Handelshilfsarbeiter-Kongreß einberufen.
3. Dieser Kongreß hat über das Statut des Zentralverbandes zu beschließen und die Beamten desselben zu wählen.

Als Grundlage für die Beratungen wird das Statut des gegenwärtig noch bestehenden Zentralverbandes angenommen. Selbstverständlich steht den beiderseitigen Organisationen (Zentralstellen resp. Lokalvereinen) sowie Einzelmitgliedern das Recht zu, etwaige Anträge zum Statut zu stellen.

Die Anträge zum Statut und für den Kongreß überhaupt sind an ein Kongreßkomitee einzusenden, das aus den Genossen Alboldt und Hoffmann besteht.

Auf je 300 Mitglieder ist ein Delegirter zu wählen. Die am Schluß des 4. Quartals 1898 in beiden Organisationen vorhandenen Mitglieder werden als Grundlage für die Zahl der zu wählenden Delegirten angenommen.

An der Forderung, den Kongreß der Zentralorganisation zurückzugeben, drohte schließlich die Verständigung zu scheitern. Der Bericht der Generalkommission giebt den Schluß der Verhandlungen wie folgt wieder:

Die Isalorganisirten Vertreter verharren auf der Zurückziehung des Kongresses. Die Vertreter der Zentralorganisation sträubten sich ganz entschieden, diesem einzigen Verlangen der Gegner zu entsprechen. Nachdem sowohl die Genossen Legien und Köstle sich wiederholt ins Mittel legten, erklärte Hoffmann (zentr.) daß er persönlich bereit sei, den Kongreß zu regrestren, er fand aber nur einige Anhänger. Als die Delegirten der Zentralorganisation dann schließlich sich zu entfernen begannen und jeder Versuch und jedes Entgegenkommen ihrerseits erfolglos blieb, da endlich wurde die Zustimmung zur Regrestierung des Kongresses (und obgleich mehrere auswärtige Delegirte sich noch sträubten) doch einstimmig beschlossen.

Damit dürfte nun die Sache zu einem friedlichen Zusammenarbeiten freigegeben sein. Wir müssen gestehen, daß wir selten so zufrieden mit einem Beschlusse waren als mit diesem, und wie wir gewöhnt, schen auch die Mehrzahl der Delegirten stichtlich beifriedigt über das Resultat zu sein. Beide Parteien versprochen, die etwaigen von beiden Seiten anhängig gemachten Verleumdungsprozesse zurückzugeben, und über die Abrechnungen, welche das Narrdel in dem Streite war, sich in freundschaftlicher Weise zu einigen.

Wenn die maßgebenden Personen sich über diese und andere Fragen, welche ein gemeinsames Verathen notwendig machen, einigen und besprechen wollen, blieb ihnen überlassen, wir hörten nur, daß sie gegenseitig sagten: Nun gut, wir „lingeln mal an“, wann es am besten paßt.

Offen wir im Interesse der gesammten Hilfsarbeiter und der Gewerkschaftsbewegung, daß die am 11. Dezember vollzogene Einigung der getrennten Verbandsgruppen vom besten Erfolg getränkt sein möge.

Deutsches Reich.

Der Ausstand der Kreisfelder Weber ist noch nicht beendet. Es wird uns über die gegenwärtige Situation folgendes berichtet: In der am Mittwoch stattgefundenen Vergleichsitzung ist festgestellt worden, daß die Ausperrung ungerathen ist, da der Firma Engländer nachgewiesen werden konnte, daß die Auffstellungen über den Durchschnittsverdienst der Arbeiter unrichtig sind, und demgemäß trat eine entsprechende Lohnherabsetzung ein. Ebenso wurden einige Zuchtstrafparagrafen der Fabrikordnung beseitigt. Die Einstellung der Streikenden wurde zugesagt.

Am Donnerstag Mittag tagte eine Versammlung der Weber, die zu dem Ergebnis der Verhandlung Stellung nehmen sollte. Hier

beanspruchten die Ausgewählten die Bewilligung ihrer Forderungen vor dem Streik, die in folgender Aufstellung angenommen wurden:

1. Für Jacquard und fäçonierte Artikel die Lohnliste von der Firma Bogelgang einzuführen.
2. Die glatten Werke sind ebenfalls nach den Grundlöhnen der Firma Bogelgang zu regeln.
3. Die Fabrikanten dürfen innerhalb 3 Monaten keine Massen-entlassungen vornehmen und müssen eine Erklärung dahingehend schriftlich ausstellen.
4. In sämtlichen Fabriken ist die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, sowie Bezahlung nicht nach Karten sondern nach Metern anzuordnen.

Die unter 1 und 2 genannten Forderungen sind bereits in neun Fabriken bewilligt, auch ist das in Punkt 3 verlangte von zwei Fabrikanten zugestanden. Die Lohnforderung bezieht sich auf die Lohnlisten einer Firma, die bereits bessere Preise eingeführt hat.

Die Hauptverantwortlichen im Fabrikantenring sind diejenigen, welche ihre Fabriken auswärts liegen haben. Die Herren wohnen in Krefeld, sind Stadtverordnete etc. Sie haben ihre auswärtigen Fabriken nicht geschlossen und den kleinen Fabrikanten dümmert es langsam, daß die großen sie über's Ohr gehauen haben. In einigen Geschäften ist also die Arbeit wieder aufgenommen worden, aber wie gesagt, bei den andern dürfte es noch hart hergehen. Tatsächlich sind die Stofffabrikanten mit Ordres überhäuft und damit die Position für die Arbeiter eine günstige. Trotzdem ist schnelle Hilfe notwendig. Doppelt giebt, wer schnell giebt. Sendungen sind zu richten an Kapp, Krefeld, Prinz Ferdinandstr. 74.

Ueber die Stellung der Fabrikanten zu diesen Forderungen der Arbeiter wird gemeldet:

„Die Vereinigung der Stofffabrikanten beschloß einstimmig, die neuen Forderungen der Arbeiter zurückzuweisen und überhaupt nicht früher wieder in Verhandlungen einzutreten, bevor nicht die Arbeiter, die zum größten Teil kontraktbrüchig, die Arbeit wieder aufnehmen.“

Lohnbewegung der Steinseher. In Köslin haben die Steinseher und Hammer kürzlich durch einen zweitägigen Streik erzielt, daß ihr Stundenlohn um 5 Pf. erhöht worden ist, trotzdem der Streik zur denkbar ungünstigsten Zeit erklärt worden war. Auf Anraten des Verbandsvorsitzenden, der mit dem betreffenden Meister persönlich Rücksprache nahm, erklärten sich die Streikenden, die völlige Gleichstellung mit ihren Kollegen bei einem zweiten Kösliner Steinsehermeister verlangt hatten, vorläufig mit diesem Zugeständnis einverstanden. Für das nächste Jahr sind bereits in mehreren Orten Lohnstarke aufgestellt. In Stendal: Stundenlohn für Steinseher am Ort 50 Pf., auswärts 45 Pf., Hammer 40 bzw. 45 Pf., Hilfsarbeiter 35 bzw. 40 Pf. In der Zeit vom 1. April bis 1. September 1 1/2 Stunden Mittagspause, bei auswärtiger Arbeit von längerer Dauer alle fünf Wochen freie Hin- und Rückreise; Befreiung der Sonntagsarbeit. Eilenburg: Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden; Stundenlohn für Steinseher am Ort 45 Pf., auswärts, d. h. über eine Wegstunde oder wo übernachtet werden muß, 50 Pf., Ueberstunden 60 Pf., jedoch sollen solche nur in ganz dringenden Fällen gearbeitet werden. Stundenlohn für Hammer 33 bzw. 38 Pf. Auch bei auswärtiger Arbeit die Bahn bezahlt werden, so ist das Fahrgehalt zu erstatten. Der Arbeitslohn ist Sonnabends vor Feierabend auf der Arbeitsstelle auszu zahlen. (Bisher geschah dies vielfach Sonntag in der Wohnung des Meisters.) Zwei Pausen à 15 Minuten im Tage während der effektiven Arbeitszeit. Beschaffung einer wasser- und wetterdichten Wandbude. In Elbe (Altmarkt) wurden folgende Forderungen aufgestellt: Es wird nur in Stundenlohn gearbeitet (bisher in Tagelohn und vielfach auch in Accord). Stundenlohn für Steinseher am Ort 40 Pf., auswärts 45 Pf., Hammer 30 bzw. 38 Pf.; Hilfsarbeiter 27 bzw. 30 Pf. Hier sollten die Steinseher kürzlich einen Junngesellenauschuss wählen, was dieselben jedoch einstimmig ablehnten.

In Mainz, wo die Pfasterer bis auf den letzten Mann organisiert sind, hatten dieselben in diesem Jahre durchgesetzt, daß die Akkordarbeit gänzlich beseitigt wurde. Jetzt wollen die Meister nun den Winter dazu benutzen, um den Arbeitern die Akkordarbeit wieder aufzuzwingen. Bisher wurden dort nämlich die Pfasterer im Winter auf dem städtischen Lagerplatz mit der Aufarbeitung alter Pfastersteine beschäftigt, natürlich in Accord, wobei selbst die gewandtesten Arbeiter höchst selten einen Tagesverdienst von 2 M. erzielten. Die meisten verdienen bedeutend weniger. Jetzt nun sollen die Pfasterer diese Arbeit wieder zu den alten Bedingungen ausführen, was dieselben einstimmig abgelehnt haben. Wenn ihnen die Meister nicht den städtischen Stundenlohn zahlen wollen, so soll die Arbeit nur dann in Accord übernommen werden, wenn die Stadt dieselbe den Arbeitern direkt überträgt und denselben den Preis dafür bezahlt, den bisher die Meister bekommen haben. Um diese letzteren zur Nachgiebigkeit zu veranlassen, wurde ihnen, falls sie auf ihrem Standpunkt beharren sollten, für nächstes Jahr eine neue Forderung auf Lohnhöhung angekündigt. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß das Mittel „zieht“; denn im Laufe von anderthalb Jahren haben die Mainzer Pfasterer nicht nur, wie oben gesagt, die Akkordarbeit beseitigt, sondern gleichzeitig durch ihre musterhafte Organisation den Stundenlohn um 10-15 Pf. in die Höhe gebracht und weiter erzielt, daß nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden.

Unternehmerpraktiken. In zwei in Köslin erscheinenden Blättern finden wir folgendes Inserat:

„Der Maschinenmeister Otto Wirth aus Breslau, früher Monteur in Bayenthal, ist kontraktbrüchig geworden, welches wir hiermit unter Hinweis auf § 125 der Gew.-Ord. bekannt geben. Zuderfabrik Jülich.“

Diese Anzeige steht im „Stadt-Anzeiger“ an der Spitze einer Seite, und der Name des Maschinenmeisters ist in vier Zeilen hohen Lettern gedruckt. Der § 125 der G.-O. macht den Arbeitgeber, der einen Gesellen oder Gehilfen annimmt, von dem er weiß, daß er einem anderen zur Arbeit noch verpflichtet ist, für den Schadenersatz mit haftbar. Ebenso ist der Arbeitgeber haftbar, der jemanden, von dem er weiß, daß er einem anderen Arbeitgeber zur Arbeit noch verpflichtet ist, während der Dauer dieser Verpflichtung noch in Arbeit behält, sofern nicht seit der unrichtigen Lösung des Arbeitsverhältnisses bereits 14 Tage verfloßen sind. Es ist jedenfalls ein ganz neues Verfahren, einen Arbeiter darum, weil er den Arbeitsvertrag nicht inne hält, öffentlich zu brandmarken. Es scheint nur noch, daß der Anzeige, ähnlich wie bei Stechbriefen, das Signalement des Uebelthäters beigelegt würde. Wer weiß, aus welchen Gründen der Maschinenmeister die Arbeit bei der Jülicher Zuderfabrik ohne Kündigung verlassen hat. Wenn man das oben gezeigte rücksichtslose Verfahren der Firma in betracht zieht, kann man sich leicht denken, daß der Maschinenmeister Anlaß genug gehabt haben mag, sich dem Abhängigkeitsverhältnis zur Jülicher Zuderfabrik zu entziehen.

In einer Versammlung in Nürnberg wurde die Gründung eines Vereins beschlossen, der den Zweck verfolgt, ein großes Volkshaus mit Zentralherberge zu errichten. Das nötige Kapital soll durch Erhebung wöchentlich Beiträge, Ausgabe von Anteihscheinen allmählich aufgebracht werden. Die löstündige Versammlung findet nach Neujahr statt.

Soziales.

Entwicklung der Invaliden- und Altersrenten. Dem Rechnungsbureau des Reichs-Versicherungsamts waren bis Anfang September 1898 an Renten, die bis Ende 1897 festgesetzt waren, bekannt gegeben: 293 423 Invaliden- und 315 910 Altersrenten.

Von den festgesetzten Invalidenrenten kamen 10 pro Tausend auf das Beginnjahr 1891, 116 pro Tausend auf 1892, 149 pro Tausend auf 1893, 173 pro Tausend auf 1894, 187 pro Tausend auf 1895, 213 pro Tausend auf 1896 und 152 pro Tausend auf 1897. Man ergreift daraus ziemlich genau die Steigerung in der Invalidenrentenzahl. Wenn die Zahl für 1897 kleiner ist als

für 1896, so darf daraus keinesfalls auf einen Rückgang der entschädigungspflichtigen Invaliditätsfälle geschlossen werden. Die niedrige Zahl ist schon daraus erklärlich, daß viele Ansprüche aus diesem Jahre wegen verspäteter Anmeldung u. s. w. bis Ende 1897 noch nicht erledigt waren.

Von den festgesetzten Altersrenten kamen 525 pro Tausend auf das Beginnjahr 1891, 63 pro Tausend auf 1892, 84 pro Tausend auf 1893, 108 pro Tausend auf 1894, 77 pro Tausend auf 1895, 68 pro Tausend auf 1896 und 45 pro Tausend auf 1897. Die Reihe erzählt eine wesentliche Störung im Jahre 1894, wo eine große Anzahl von Altersrenten beginnt, die infolge der Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie festgesetzt wurden. Die Zahlen werden sich für die einzelnen Beginnjahre, insbesondere aber für die Jahre 1896 und 1897, durch nachträgliche Bewilligungen noch weiter erhöhen; indessen unterliegt es, wie die Verh. Volksw. Racht. mitteilen, keinem Zweifel, daß die Zahl der Altersrenten eine Abnahme erfahren hat.

Kommunaler Arbeitsnachweis. Mit Beziehung auf den vom 8. März d. J. datierten Erlaß der preussischen Regierung, betreffend die Organisation des örtlichen Arbeitsnachweises, hat der Regierungspräsident Gieseler in Münster an die unteren Behörden seines Wirkungsbereichs eine Verfügung gerichtet, worin es heißt:

„Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß die Einrichtung von Arbeitsnachweis-Anstalten gerade als eine Aufgabe der Zeiten mit gutem Geschäftsgange anzusehen ist, damit für weniger günstige Zeiten Vororge getroffen ist. Der organisierte Arbeitsnachweis dient ebenso den Arbeitnehmern wie auch den Arbeitgebern, insbesondere auch um den letzteren im Falle des Arbeitsmangels die Möglichkeit zur Beschaffung von Arbeitskräften zu gewähren. Die Einrichtung von örtlichen Arbeitsnachweisstellen ist notwendig und bildet die Voraussetzung für die künftige zu schaffende organische Verbindung der einzelnen Arbeitsnachweisstellen behufs planmäßigerer und umfassenderer Ausgestaltung der Arbeitsvermittlung. Unter Hinweis auf meine Verfügung vom 2. April dieses Jahres erlaube ich Sie nochmals zu prüfen, was in Ihrem Amtsbereich für die bessere Ausgestaltung des Arbeitsnachweises zu veranlassen ist.“

Unternehmer-Verbände.

Das Zuderkartell rückt näher. In der „Dtsch. Zuderind.“ ist bereits unlängst behauptet worden, daß 300 von rund 400 Rohzuderfabriken dem Syndikat beigetreten seien. Nach der „Magd. Bzg.“ sind alle Raffinerien mit Ausnahme von zwei Firmen (H. Meyer in Tangermünde und der Zuderrefinerie Danzig) dem Syndikat deutscher Zuderrefinerien beigetreten. Wenn damit auch das Kartell zwischen den beiden Gruppen noch nicht perfekt ist, so gewinnt die Einigung doch an Wahrscheinlichkeit. Die nächste Folge wäre die weitere Vertheuerung des Inlandpreises.

Truistbildung in den Vereinigten Staaten. Aus Newyork wird dem „V. U. C.“ geschrieben: Es vergeht beinahe kaum ein Tag, ohne daß der eine oder der andere Truist gegründet wird. Der längst geplante Kantabal-Truist ist endlich Ereignis geworden; derselbe wird unter dem Namen „Continental Tobacco Co.“ mit einem Kapital von 60 Millionen Dollars gegründet werden, das Kapital wird zur Hälfte aus Stamm, zur Hälfte aus Prioritäts-Aktien bestehen. Die Gesellschaft wird sich hauptsächlich mit der Fabrikation von Kantabal beschäftigen, während sich die „American Tobacco Co.“ auf die Zigarettenfabrikation beschränken wird. Auch der des öfteren erwähnte Silberwaren-Truist hat sich unter dem Namen „International Silverware Truist“ mit einem Kapital von zehn Millionen Dollars konstituiert; denselben haben sich die bedeutendsten Silberwarenfabriken von Connecticut angeschlossen. Nach einer Wittheilung des Fachblattes „Iron Trade Review“ sind die Bemühungen vieler Stahlhütten-Fabrikanten, für das Jahr 1899 eine gemeinsame, bindende Preisliste zu vereinbaren, bisher nicht von Erfolg gekrönt gewesen; man hofft die gewünschte Einigung auf einen nächstens zu Chicago abzuhaltenden Kongresse zu erreichen. Dagegen ist der Weichblech-Truist eine vollendete Tatsache. Jülich 90 Pf. aller Fabrikanten dieser Branche haben sich angeschlossen und werden ihre Fabriken der neuen Gesellschaft gegen Aktien derselben überlassen. Die Fabrikanten von Personenaufzügen haben gleichfalls einen Truist gebildet unter dem Namen „Otis Elevator Co.“ mit einem Betriebskapital von zehn Millionen Dollars, wovon vier Millionen Prioritäts-Aktien. Die erworbenen Patente haben einen stillen Werth von 3 Millionen Dollars; 92 Pf. aller Fahrstuhl-Fabrikanten haben sich der Gesellschaft angeschlossen. Nach einer Mittheilung aus Chicago zufolge plant Josef Leiter, dessen waghalsige Weizen-Spekulationen im verfloßenen Jahre mit einem Verluste von 10 Millionen Dollars abgewidelt wurden, die Errichtung eines Rühlerer-Truistes, dessen Kapital mit 6 Millionen Dollars in Aussicht genommen ist. In St. Louis wird die Gründung eines Truistes in „Beans“ angekündigt. Die Wacker desselben haben bereits das Kaufrecht auf alle Pflanz-Anlagen in Virginia erworben; der Werth der jährlichen Ernte dieser wohlwärmenden Pflanze wird auf 4 Millionen Dollars geschätzt. Das Kapital des Truistes beträgt 8 Millionen Dollars. Die großen Holzproduzenten des Nordwestens und Südens der Vereinigten Staaten haben sich dieser Tage in St. Louis vereinigt und beschlossen, ihren Einfluß bei der in Washington tagenden internationalen Kommission geltend zu machen, damit die gegen Kanada gerichteten Holzpöle nicht reduziert werden. Dringen sie, wie es wahrscheinlich erscheint, mit ihrer Forderung durch, muß das Publikum die hohen Holzpreise weiter zahlen — also ein förmlicher „Holz-Truist“. Auch die amerikanischen Schiffsbauer haben namentlich einen Truist gebildet. Die Kriegsmarine der Vereinigten Staaten soll binnen kurzem in hervorragender Weise verneuert werden; aber auch die amerikanische Handelsmarine ist in vollkommen ungenügendem Zustande, da die Regierung die vor dem Kriege gekauften und gemieteten Kaufkraftschiffe behalten zu wollen erklärt. Dies bedeutet für die amerikanischen Schiffsbauer eine glänzende Epoche, denn das alte Schiffsabsetzgesetz der Vereinigten Staaten bestimmt, daß nur solche Schiffe die amerikanische Flagge tragen dürfen, die in den Vereinigten Staaten gebaut wurden. Die vereinigten Schiffsbauer sind bereits mit bedeutenden Preisaufschlägen vorgegangen; sie verlangen z. B. von der Regierung, daß sie ihnen die bestellten Kriegsschiffe um ein Fünftel höher bezahle als die früheren.

Soziale Rechtspflege.

Für Handschuhmacher ist ein Rechtsstreit, den die Kammer II des Gewerbegerichts erledigte, von ganz erheblicher Bedeutung. Die Herren Niemer, Inhaber der Firma R. Niemer, hatten drei Handschuhmachern die letzten Akkordverdienste vorenthalten, um dagegen einen Schaden aufzurednen, der durch die Verarbeitung verchnittener Schichtel (Fingerleiste der Handschuhe) entstanden ist. Die Arbeiter verlangten die Heranzahlung der betreffenden Geldbeträge im Klagenwege und machten geltend, daß sie für den von ihnen vorbereiteten und ausgeführten Zuschuß nur so lange verantwortlich gemacht werden könnten, als ihnen die Arbeit noch nicht vom Werkmeister abgenommen sei. In diesem Falle habe der Werkmeister die allerdings zu breiten Schichtel ohne irgend welche Veranstaltung abgenommen. Wenn nun die Handschuhe nach dem Nähen sich wegen der Schichtel als unbrauchbar und einer Nacharbeit bedürftig erwiesen, dann hätten die Zuschneider den Schaden nicht zu tragen. Der Beklagte R. Niemer bestreite dem gegenüber, daß die Handschuhmacher für ihre schlechte Arbeit auch noch nach der vollständigen Fertigstellung des Handschuhs hafteten. Uebrigens hätten zwei der Kläger die betreffenden Schichtel ohne sein und seines Werkmeisters Vorwissen von einer Frau zu Hause machen lassen. — Das Gewerbegericht verhandelte mehrmals stundenlang in der Angelegenheit.

Für den Inzerentenheil verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Mag. Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Ueber die zwischen den Parteien streitige Rechtsfrage holte es Gutachten der Arbeitervereinigung und des Arbeitgebervereins ein, die indessen, da sie nur zur Information des Gerichtshofes dienen sollten, nicht vorgelesen wurden. Als Sachverständiger wurde der Glacehandschuh-Fabrikant Sonnwald geladen. Im letzten Termin trat die Kommission vorerst der Sache des Klägers L. näher. Der Werkmeister J. sagte auf verschiedene Fragen folgendes aus: „Anfänglich habe er auch die Schichtel durchgesehen, wenn die Kläger sie geliefert hätten, später nur noch die Handschuhe (die zur Rath vorbereiteten Haupttheile). Auf Wunsch der Arbeiter sei eine neue Einrichtung getroffen worden. Man habe den Arbeitern das Allongiren abgenommen und eine Frau damit und mit dem Einlegen der Schichtel in die entsprechenden Handschuhe vertraut. Das Allongiren habe ein Wochenarbeiter besorgt. — Aus den gutachtlichen Urtheilungen des Sachverständigen ist hervorzuhellen: Die jedem Handschuh eingestempelte besondere Kontrollnummer solle dem Fabrikanten einen Anhalt dafür bieten, wer den Handschuh geschnitten habe.“

Selbst wenn der Werkmeister die geschnittenen Handschuhtheile vor der Raht durchsehe, könne es vorkommen, daß sich nach dem Nähen Fehler herausstellen, an denen die Vorarbeit beziehungsweise der Zuschuß schuld sei. Für solche Fehler dürfe der Zuschneider jederzeit haftbar gemacht werden können. Es sei geradezu Pflicht des Werkmeisters, auch die Schichtel vor der Raht auf ihre jeweilige Verwendbarkeit zu prüfen. In großen Fabriken, wo der Werkmeister nicht die Zeit dazu habe, besorgten die Durchsicht des Zuschchnitts besonders dazu beorderte Leute. Wenn sich der Arbeiter die Schichtel privatim von einer Frau anfertigen lasse, habe er natürlich in erster Linie dafür, wie er überhaupt für seine Arbeit verantwortlich sei. Sollte der Fabrikant oder sein Vertreter vor dem Nähen die Größe der Schichtel nicht fest, dann sei das eine Unterlassungs-fünde. Er, der Sachverständige, sei der Ueberzeugung, daß er die Verantwortung dafür, daß die Handschuhe zum Nähen gut seien, dann übernehmen, wenn er sie zum Nähen weiter gebe, ohne sie vorher besichtigt zu haben. Im vorliegenden Falle könne L. für die wegen der Größe der Schichtel notwendig gewordenen Nacharbeiten (Ausstreuen, Schichtel vertheuern und wieder nähen) schon deshalb nicht verantwortlich gemacht werden, weil nicht er, sondern die Allongense die Schichtel vor dem Nähen in die Handschuhe eingelegt habe. Er könne ja garnicht wissen, ob nicht eine falsche Vertheilung durch die Frau erfolgt sei. Andererseits wäre es gerade beim Vertheilen der Schichtel auf die zur Raht vorbereiteten Handschuhe dem Arbeiter möglich, zu prüfen, ob auch die Schichtel paßten, und sie noch paßrecht zu machen. — Auf Grund dieses Gutachtens verurtheilte das Gericht unter dem Vorsitz des Herrn v. Schulz den Beklagten L. seinen Verdienst unverzinst herauszugeben. Der Vorliegende konstatirt, daß das Urtheil nicht allgemein gültig sei, sondern daß die kritische Frage von Fall zu Fall, je nach Lage der Verhältnisse, entschieden werden müsse. Darauf wurde nachträglich, wegen der Kosten, ein Vergleich geschlossen. Den anderen beiden Klägern zahlte dann Niemer freiwillig ihren Verdienst aus, auch übernahm er die Kosten des Sachverständigen.

Die Wahlbeeinflussungen vor der französischen Kammer.

Paris, 16. Dezember. (W. U. V.) **Deputirtenkammer.** Viviani (Sozialist) interpellierte über die **Wahlangehörigkeiten**, welche bei der vom Parlament angeordneten Untersuchung über die Wahl in Karbonne an das Licht gekommen sind. Der Redner greift in heftiger Weise die von Pelaine und Bartheu geleitete Wahlpraxis an, welche er als skandalös bezeichnet. (Lärm.) Bartheu und Pelaine erklären, sie hätten allen Beamten unbedingt Unparteilichkeit anbefohlen. (Vielfache Unterbrechungen und Proteste aus der äußersten Linken.) Dupuy nimmt eine von Kloy vorgeschlagene Tagesordnung an, in welcher es heißt: Die Kammer tadelt offizielle Wahlbeeinflussungen, rednet darauf, daß die Regierung in bestimmter Weise die Freiheit des allgemeinen Wahlrechts von ihren Beamten achten lassen wird, und geht zur Tagesordnung über. Das Zentrum verlangt eine einfache Tagesordnung. Dupuy lehnt unter dem Vorbehalt der Linken die einfache Tagesordnung ab, welche darauf mit 303 gegen 177 Stimmen verworfen wird. (Große Bewegung. Rufe: Es lebe die Republik!)

Berrier beantragt der Tagesordnung Kloy die Worte hinzuzufügen: „Welche Politik auch immer am Ende sein möge.“ Dupuy nimmt diesen Zusatz an und fügt hinzu: Unser Verhalten war nicht von der Politik, sondern von der Moral geleitet. (Proteststimmungen aus der Rechten, Weisfall auf der Linken. Rufe: Nieder mit Pelaine! Es lebe die Republik!) Die gesammte Tagesordnung wird hierauf einstimmig mit 335 Stimmen angenommen. Infolge Annahme der Tagesordnung Kloy seitens Dupuy's hatten der Minister Krantz und der Unterstaatssekretär Legrand die Absicht kundgegeben, zu demissioniren, allein infolge der Erklärung Dupuy's verzichteten sie darauf. — Nach Schluß der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer traten die Minister zu einer Besprechung zusammen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 16. Dezember. (W. U. V.) Die Klubobmänner der Linken haben, um weiteren **Gewaltthaten der Parlaments-Majorität** energisch entgegenzutreten, beschlossen, dahin zu wirken, daß von jetzt ab in taktischen Angelegenheiten die Oppositionsparteien eingeschlossen vorgehen.

Krajan, 16. Dezember. (W. U. V.) Der westgalizische Kurort **Zegnow** ist fast gänzlich niedergebrannt. Mehrere hundert Familien sind obdachlos.

Paris, 16. Dezbr. (W. U. V.) Frehinet schloß eine Kommission ein, welche den Auftrag hat, unter dem Vorsitz des Chefes des Generalstabes der Armee eine **Umgestaltung des Militär-Strafgesetzbuches** in Erwägung zu ziehen. — Die Regierung brachte bei der Kammer einer Gesetzesentwurf ein, durch welchen die Polizeigewalt in der Stadt Algier dem Präfecten übertragen wird.

Rom, 16. Dezember. (W. U. V.) Der **Papst** hat das Erluchen Don Carlos', denselben in Audienz zu empfangen, abschlägig beschieden.

Rom, 16. Dezember. (W. U. V.) **Deputirtenkammer.** Bei der Verathung des Budgets des Auswärtigen erklärte der Ministerpräsident Pellour auf eine Anfrage des Balzo's, für die **Politik in Afrika** seien 7 Millionen festgesetzt, dies genüge, um jeder Eventualität zu begegnen. Andrea Costa beantragt namens der Sozialisten, die im Budget für Erithraa eingelegte Summe zu streichen. Der Minister des Auswärtigen Canavaro erklärt, den Antrag nicht annehmen zu können. Viviani schlägt folgende Tagesordnung vor: Die Kammer, nicht berührt durch die Erklärungen des Ministers, fordert die Regierung auf, Erithraa aufzugeben. Canavaro spricht sich dahin aus, die Tagesordnung Viviani nicht annehmen zu können. Derselbe wird abdam in namenlicher Abstimmung mit 172 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Hierauf wird der Antrag Costa mit großer Mehrheit abgelehnt und das Budget des Auswärtigen genehmigt. Die Kammer ging nunmehr zur Verathung des Budgets des Innern über.

Kopenhagen, 16. Dezember. (W. U. V.) Die der hiesigen Firma August Reubert gehörenden großen **Webereien** sind heute früh **niedergebrannt**. Ein Feuerwehmann wurde verletzt. Der Schaden wird auf 1/2 Millionen Kronen geschätzt. In dem Betriebe waren 300 Personen beschäftigt.

Washington, 16. Dezember. (W. U. V.) Ein **Verstümmer** namens Pearson, warf mit Ziegelsteinen gegen die **britische Botschaft** und zerstückelte mehrere Fenster. Pächter Pauncesote wurde am Knöchel getroffen und verletzt. Pearson wurde verhaftet.

gegen nicht anzugeben. Da man bei der Freuden, außer einer Rücksicht nach Verbig, keine Papiere fand, aus denen ihr Name ersichtlich war, die Unglückliche selber aber keine Auskunft geben konnte, so führte sie der Schuttmann vorläufig auf die Polizeiwache.

Vermisste Personen. In einem Hotel in der Nähe des Potsdamer Bahnhofes wohnte vom 2. bis zum 10. Dezember ein Mann, der sich Postfach Nr. 1000 als Adresse gab. Er pflegte bis Mittag zu schlafen, nachmittags auszugehen und erst spät abends oder morgens früh wiederzukommen. Seit dem vergangenen Sonntag ist er unter Zurücklassung seiner Handtasche weggegangen und hat auch nichts mehr von sich hören lassen. — Der aus Greifenwald gebürtige Kellner Otto Hand, der mit seiner Frau in der Puffenstraße 27 wohnt, ist seit drei Tagen verschwunden. Hand, der als ein sehr solider Mann geschätzt wird, hatte 106 M. seine Ersparnisse bei sich. — In dem Kinderheim der Dominikanerinnen wird seit Mittwoch ein vierjähriges Mädchen vermisst. Das Kind ist bis jetzt trotz der eifrigsten Nachforschungen seitens des Stiftes und der Polizei nicht gefunden worden. Man vermutet, daß das Mädchen von einem fremden Manne, der sich auf dem Hofe der Anstalt in verdächtiger Weise bemerkbar machte, entführt worden ist. Möglich ist aber auch, daß sich die Vermisste in einem unbewachten Augenblicke durch die offen stehende Thür des Stiftes entfernt und im Freien verirrt hat. Das Kind heißt mit Vornamen Anna und war bekleidet mit einem roten Röschchen und umgebundener Schürze, trug jedoch keine Kopfbedeckung.

Beim Strohladen ist gestern Nachmittag der Arbeiter Friedrich Schöning aus der Hönigsstraße 51, der bei der großen Straßenbahn-Gesellschaft beschäftigt ist, am Nordhafen schwer verunglückt. Als der Wagen schon ziemlich hoch beladen war, fiel er, da die Last schief hing und die Pferde unversehens angingen, um. Schöning flog im weiten Bogen auf das Pflaster, schlug mit dem Schädel auf einen Stein auf und zog sich einen Schädelbruch zu. Ein Schuttmann des 5. Reviers brachte den Verunglückten mit einer Droschke in ein Krankenhaus.

Selbstmorde. Aus Gram über den Tod ihrer Schwester stürzte sich gestern früh die Wittwe Renate A. aus ihrer im dritten Stock eines Hauses der Ritterstraße gelegenen Wohnung auf den Hof hinab und war sofort tot. — Vermittags stürzte der vierjährige Sohn des im vierten Stock des Hauses Badstr. 82/83 wohnenden Arbeiters Heinrich Posthast, als ihn seine Mutter auf kurze Zeit allein in der Wohnung gelassen hatte, aus dem Fenster und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf den Geist aufgab. — Im Thiergarten erhängt hat sich ein unbekannter Mann, der den wohlhabenden Kreisen angehört zu haben scheint.

Ein wildbewordener Bulle hat gestern Nachmittag auf dem Lehrter Bahnhofe den Kutscher Hermann Gramo aus der Plumenthalstraße 18 zu Friedrichsberg lebensgefährlich verletzt. Gramo, der bei einem Fuhrherrn Richter beschäftigt ist, sollte mit einem großen Wagen mehrere Stück Vieh vom Lehrter Bahnhofe nach dem städtischen Viehhofe bringen. Ein Bulle, den er bereits aus dem Eichenbahnwagen herausgeholt und an eine Rampe gebunden hatte, wurde wild, riß sich los und stürzte sich auf den Kutscher. Das Tier drückte den Mann gegen die Rampe, worauf er sich dann um und trat auf ihm herum. Bevor andere Arbeiter hinzuspringen und ihn aus seiner entsetzlichen Lage befreien konnten, hatte das Tier ihn bereits so zugerichtet, daß er bewegungslos liegen blieb. Mehrere Rippen und der Unterkiefer waren ihm gebrochen, und auch innerlich hatte er schwere Verletzungen erlitten. Dem Tode nahe wurde der Verletzte mit einem Stuppischen Rettungswagen nach der Charitée gebracht. Den Bullen fing man schließlich wieder ein und brachte ihn vorläufig in den Eichenbahnwagen zurück.

Unerhörte Brutalität. Auf dem Zentral-Viehhof wurde ein Mädchen im Alter von 15—17 Jahren von 3—4 dort beschäftigten Treibern betrunken gemacht und dann von diesen gemißbraucht. Klammern ließen die rohen Patrone das Mädchen fast nahtlos im Loch und Schmutz liegen. Nicht genug damit, wurden dem unglücklichen Weibe die Haare von den Geschlechtsstellen geschnitten und die Brust des Mädchens mit den schändlichsten Bezeichnungen versehen. Öffentlich ausgehen die niederträchtigen Duschken einer geziemenden Strafe nicht.

Eine Ausstellung von Schreibmaschinen veranstaltet der Papierverein Berlin Anfang März nächsten Jahres in den Räumen der Handelskammer, Friedrichstraße-Vindensstraße. Mit diesem Unternehmen ist eine Ausstellung von Aufsichtskarten verbunden.

Theater. Im Luisen-Theater ist gestern eine Wohlthätigkeits-Vorstellung gegeben worden, in der der bekannte Hof-Schauspieler Kalkowsky als „Kean“ auftrat. Man sah es dem Gast an, daß er in dieser rein auf äußerliche Effekte zugeschnittenen Rolle mit innigem Behagen herumwirtschaftete. Ein ganzes Rudel Kränze lohnte den Gelben der Wohlthätigkeits-Vorstellung für seine Anstrengungen. — Im Schiller-Theater wird auch heute Nacht der im Spielplan angehängten Vorstellung die Willen'sche Gesangsposse „Gehiliche Arbeit“ gegeben. — Die Urania versendet ihren Prospekt der Vorträge des nächsten Quartals. Diefelben erstrecken sich auf Experimentalphysik (Dr. E. Speis), Experimentalchemie (Dr. G. Kahl), Zoologie (Professor Dr. Müller), Erdgeschichte (Dr. P. Schwahn), Vögelkunde (Dr. A. Heilmann). Von den Einzelvorträgen heben wir hervor: „Das Märchen von den Erdmonden“ (Gehemrath Professor Förster), „Deutsch-China“ (Professor Kirchhoff-Halle), sowie einen Doppelvortrag über Mikrophotographie und Mikroskopie (Dr. A. Neuhäus und Professor A. Müller). — Spielplan des Zentral-Theaters. Sonntag Nachmittag zu halben Preisen: „Der Obersteiger“. Abends 7, 8 Uhr: „Die Weisheit“. Montag und die folgenden Tage: „Die Weisheit“.

Feuerbericht. Auf böswillige Brandstiftung scheinen mehrere Brände zurückzuführen zu sein, die in letzter Zeit in dem Hause Varnimstr. 2 ausbrachen.

Auch Donnerstag Abend erfolgte wiederum ein Alarm der Feuerwehre dorthin. Der Dachstuhl stand in Flammen und wurde theilweise eingestürzt. Trotzdem die geängstigten Hausbewohner verständigsten Wachdienst eingerichtet haben, ist es bisher nicht gelungen, den Brandstifter zu fassen.

Alexandrinenstr. 107 war in einer Meißbüglererei ein Feuer ausgebrochen, das bei den dort lagernden explosiven Stoffen leicht verderbliche Folgen hätte nach sich ziehen können, wenn es nicht glücklicherweise noch im Entstehen bemerkt wäre. — Säbenderstraße 7 hatten in einer Rollenwerkstatt Terpentin und Oelfarben Feuer gefangen, zu dessen Bewältigung ein Rohr längere Zeit Wasser geben mußte. — Leipzigerstraße 128 und Oranienstraße 58 waren Schaufensterbrände abzulösen. — Weitere Alarmierungen erfolgten nach Habelbergerstraße 88 und nach Skalitzerstraße 13, wo Petroleum und Spiritus in Brand gerathen war. Der verursachte Schaden war hier nur gering.

Aus den Nachbarorten.

Die Wahl des Bürgermeisters Schupfchens in Charlottenburg soll bestätigt worden sein.

Für die Errichtung einer höheren Lehranstalt in Nizdorf ist jetzt, wie gestern in der dortigen Gemeindevertretung vom Gemeindevorsteher mitgeteilt wurde, die Genehmigung des Kultusministers erteilt worden. Die Anstalt, eine Realschule mit fakultativer Unterricht in der lateinischen Sprache, wird am 1. April 1899 mit den drei Vorschulklassen und der Sexta und Quinta eröffnet werden.

Die Ausweisung eines Oesterreichers ist anlässlich der Ermordung des Handelsmannes Mühle in Spandau erfolgt. Während der Suche nach dem Mörder hatte sich der Verdacht auch auf einen Schmiedegesellen gelenkt, der in letzter Zeit nicht gearbeitet hatte und doch mit Geldmitteln versehen war. Er hatte sich auch vielfach im Stadtwalde in der Gegend der Schönwalder Chaussee herumgetrieben. Darauf wurde er von der Polizei in Verhaft genommen,

es stellte sich aber seine Schuldlosigkeit heraus. Das Geld, über das er verfügte, führte von dem Verkauf seiner Habseligkeiten her. Dabei wurde aber bemerkt, daß der junge Mensch österreichischer Staatsangehöriger war; er lebte schon mehrere Jahre in Spandau, wo eine Schwester von ihm verheiratet ist. Da er ohne Arbeit war und seine geringen Mittel zur Reize gingen, hat die Polizei ihm aufgegeben, das Landesgebiet zu verlassen. Er hat dem Ausweisungsbefehl auch ohne weiteres entsprochen.

Theater.

Lesing-Theater. Frau Jane Hading, die neueste Wandervirtuosin, ist auf ihrer Rundreise durch das östliche und zentrale Europa nun auch im Berliner Lesing-Theater eingelehrt. Am Donnerstag trat sie zum ersten Male in der unvermeidlichen „Cameliendame“ auf. Frau Hading ist trotz des angenommenen englischen Namens Südfrenzösierin. Anfangs wandte sie sich der Operette zu, später machte sie in Paris erste dramatische Studien. Was sie aber auf ihren jetzigen Wandersfahrten mit sich führt, das ist nicht das eigentliche Gebiet, das sie in Paris beherrschte. Von ihrem Pariser Standpunkt aus meinte sie offenbar, osteuropäischen Halbbarbaren mit dem abgeleiteten Virtuosenrepertoire à la Sarah Bernhardt und Klara, also mit Frau-Frau, Cameliendame u. s. w., kommen zu müssen. Eine ganz besondere originelle Erscheinung, wie die genannten Künstlerinnen, ist Frau Hading wohl nicht. Es ist viel Klugheit in ihrem Spiel, viel mehr Klugheit als ursprüngliche Gewalt. Sie hat Stillegefühl, dem sie treu bleibt; manchmal im Affekt ist es beinahe, als vernähme man Naturlaute; und doch fehlt dieser Kunst das Vertrauensvolle, das Entzückende. Frau Hading weiß sich „in Szene zu setzen“, das ist gewiß. Aber man vergißt nicht, daß sie auf der Szene steht. Die krankhafte Schönheit ihrer Cameliendame ist sorgsam gemacht. Die dramatische Schönheit kontrastiert mit den blassen Wangen. Die dunkel umrandeten Augen blicken milde, halb geschlossen sind die Augenlider: um so schärfer hebt sich der Widerspruch ab, wenn das Auge in Lust und Verliebtheit zu leuchten beginnt. Charakteristisch ist die Sprache der Hading. Das alles macht manche treffliche Einzelheit aus; nur ist es nicht das, womit man auf einer Weltreise imponirt. Man applaudirt im Lesing-Theater, und wegen der weihnachtlichen Zeit gab es viele dankbare Freibillet-Besitzer. Allein man fand doch, daß zwischen den hochgeheiligten Ansprüchen des Pariser Gastes und ihrem wirklichen Können kein Einfluß herrsche. Darüber wird selbst eine wohnwichtige Reklame von der schönen Frau Hading und ihren Sängern und ihren deliziosen Kostümen nicht hinweghelfen. Vielleicht wird man jenes fahrenden Virtuositentums, das im Wesen nichts Neues zu sagen hat, doch endlich überdrüssig. Das unsere Ensemble verflümmert ohnedies jeden Genuß. — A.

Gerichts-Beitrag.

Sozialistenvernichtender Staatsanwalt. Eine ziemlich scharfe Kontroverse fand gestern vor der dritten Strafkammer am Landgericht II zwischen dem funktionierenden Staatsanwalt und einem Verteidiger statt. Die Maurergesellen Anton Solinski und Ignaz Bredfeld hatten im August d. J. auf einem Neubau in der Deniclerstraße, einer Querstraße des Kurfürstendamms, gearbeitet. Einer der Kameraden war wegen vernünftiger ungenügender Leistungen entlassen worden, aus solidarischen Interessen hörten alle Maurer zu arbeiten auf und sperren den Bau. Die Angeklagten haben nun Streikposten gestanden und sollen dadurch den berühmten groben Unfug und eine Uebertretung einer Ortspolizei-Verordnung vom 9. August 1895, welche das Umherstreifen auf den Straßen verbietet, verbrochen haben. Das Schöffengericht hat die Hebelhüter zu je 4 M. Geldstrafe oder 2 Tagen Haft verurtheilt. Hiergegen legten dieselben Berufung ein. Der Staatsanwalt beantragte die Verweisung der Berufung und führte zur Begründung seines Antrages u. a. an: Die Sozialdemokratie hat jedes Verständnis verloren für Recht und Unrecht. Daher müssen wir uns dieses Verständnis bewahren. Wenn die Leute einen Ring um einen Vertriebenen bilden, der ihm die Möglichkeit des Fortbestandes abschneidet, so schneiden sie damit die Lebensader des Betriebes ab und das muß bestraft werden. Hierauf erhob sich der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herzfeld und legte mit gehobener Stimme und jedes Wort scharf argentierend folgenden Protest ein: „Ich muß dem Herrn Staatsanwalt erwidern, daß hier von der Sozialdemokratie gar keine Rede sein kann. Hier sieht nicht die Sozialdemokratie in Frage, sondern es handelt sich hier darum, ob ein grober Unfug vorliegt. Aber das eine kann ich dem Herrn Staatsanwalt erklären, daß noch in einer der jüngsten Sitzungen des Reichstages der Staatssekretär des Innern erklärt hat, daß kein Kulturstaat ohne das Koalitionsrecht bestehen kann! Die Sache wurde hierauf vertagt, weil der Verteidiger die rechtswirksame Publikation der in betracht kommenden örtlichen Polizeiverordnung aufsucht und diese näher geprüft werden soll.“

Übermals eine Niederlage des Amtsvorstehers v. Loven. Der Gastwirt Schmauser in Adlershof, der bekanntlich trotz allem der Arbeiterschaft seine Räume zur Verfügung stellt, läßt sich selbstverständlich die Strafverfügungen wegen allerhand Polizeivergehen nicht gefallen, mit denen der sozialistenidiotische Amtsvorsteher ihn segnet. Gestern hatte Schmauser sich auf seine Berufung hin in nicht weniger als vier solchen Fällen vor der Versammlungskammer am Landgericht II zu verantworten. In drei Fällen wurde auf Freisprechung erkannt, in einem Falle wurde die Berufung verworfen.

Ein verbitternder und völlig nutzloser Kampf für Ordnung, Religion und Sittlichkeit ist auf Veranlassung des Hinzengenerals v. Bobbielski gegen einen armen Postkassierer in Braun-schweig geführt worden. Der Unglückliche hatte am Stichwahltag gewählt und war im Wahllokal an einen Tisch gerathen, an dem Sozialdemokraten saßen. Dies hatten dienstwillige Horden beobachtet, die auch bekundeten, daß der Postbeamte angebetet habe, seine Stimme sei unserem Parteigenossen Blos zugefallen. Die Folge war eine im Auftrage v. Bobbielski eingeleitete Untersuchung wegen Disziplinarvergehens, die den Antrag in sich schloß, auf Dienstentlassung zu erkennen. Der Angeklagte ist 50 Jahre alt, seit 1877 in Dienst und hat sich die langen Jahre hindurch untadelhaft geführt. Auch bestreitet er, Sozialdemokrat zu sein. In der gestrigen Verhandlung erkannte die zuständige Disziplinarkammer dahin:

Der Angeklagte ist des Dienstvergehens schuldig und wird zur Strafverweisung und Kürzung seines Gehaltes um 1/3 des bisherigen Betrages verurtheilt. In der Begründung sagte der Präsident: Der Angeklagte habe die Uniform geschädigt, da er den Verkehr mit den Sozialdemokraten im Wahllokal nicht abgebrochen habe. Dem Angeklagten seien die un-nützlichsten Bestrebungen der Sozialdemokratie, die auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtet seien, bekannt, und nur sein Leichtsinns habe ihn vor härterer Strafe bewahrt. Es ist der modernen Rechtsprechung würdig, die weitaus stärkste der politischen Parteien Deutschlands damit zu verdammen, daß man ihr das Entgelt unbillig anküßt. Wir können das in heiterer Seele nicht ertragen. Ob aber die zur Zeit noch gültige Staats-raison dabei auf ihren Vortheil kommt, das ist eine andere Frage.

Der Konturenkampf um den toten Bismarck. Im die Bismarck-Memoiren wurde gestern vor der 4. Kammer für Handels-sachen ein lebhafter Kampf geführt. Die Verlagsstelle des „Bismarck-Museum in Bild und Wort“ (A. de Grouffliers) hatte kürzlich den Prospekt für ein noch vor Weihnachten zu erscheinendes Werk versandt, welches den Titel führen sollte „Bismarck-Memoiren“, aus seinen Gedanken und Erinnerungen, Briefen, Reden

und sonstigen Ausgebungen zusammengefaßt und erläutert. Mit einem Lebensbild versehen von Dr. Paul Liman. — Gegen den Gebrauch dieses Titels hat der Gotta'sche Verlag, der das viel erörterte Werk „Gedanken und Erinnerungen“ von Fürst Bismarck verlegt, Einspruch erhoben und beim Gericht eine vorläufige Verfügung durchgesetzt, durch welche Herrn de Grouffliers die Benutzung dieses Titels für das von ihm verlegte Werk bei hoher Strafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten wurde. Gegen diese vorläufige Verfügung ist Widerspruch erhoben worden und so hatte sich denn gestern die vierte Handelskammer mit dem Streitfall zu beschäftigen. Justizrath Schmidt, der die Verlagsfirma Gotta vertrat, beantragte die Aufrechterhaltung der einstweiligen Verfügung, die mit Zug und Recht erlassen sei. Das von Bismarck selbst verfaßte Werk „Gedanken und Erinnerungen“ sei, ehe noch der Titel bekannt gewesen, überall als Bismarck's Memoiren angeführt worden und unter dieser Bezeichnung allgemein bekannt. Diese Bezeichnung werde ihm auch noch jetzt beigelegt, obgleich Fürst Bismarck diesen Titel verworfen und den jetzigen Titel gewählt hatte. Rechtsanwalt Löwenfeld als Vertreter de Grouffliers führte unter anderem aus: Memoiren bedeuten durchaus nicht selbstverfaßte Lebensbeschreibungen, wie die Memoiren Robespierres, Katharina's II., der Lola Montes, des Cagliostro, Richelieu's, Casanova's u. s. w. beweisen. Zunächst habe Fürst Herbert Bismarck die Widmung dieses Buches angenommen, sodann sei Herr de Grouffliers als Verleger des „Bismarck-Museum“ wiederholt vom Reichstangler Fürsten Bismarck empfangen worden und der Verfasser Dr. Liman stehe der Bismarck'schen Familie nahe. Aus allen diesen Gründen sei die Aufhebung der einstweiligen Verfügung geboten. Die Kammer entschied zu Gunsten des Gotta'schen Ver-lages, indem sie den Widerspruch gegen die einstweilige Verfügung zurückwies. Das Buch wird nunmehr unter dem Titel „Bismarck-Denkmalgedenken“ erscheinen. — Schade, daß der amtsante Kampf nicht weiter geführt wird.

Im die Volle'sche Milch handelte es sich in einer Privatklage, welche gestern vor dem Schöffengericht des Landgerichts II zur Verhandlung anstand. Kommerzienrath C. Volle hatte gegen den Verleider Johann Volmeng und den Milchhändler Johannes Lulay in Berlin, sowie gegen den Oberamtmann Büttner zu Lobditz, Kreis Friedland, die Privatbeleidigungsklage angehängt. Im November vorigen Jahres erschien in der von Volmeng herausgegebenen Korrespondenz eine Notiz, welche in verschiedene Zeitungen, u. a. in die „Post“, „Germania“, „Deutsche Tageszeitung“ und „Brandenburger Anzeiger“, überging. In dem Artikel wurde erzählt, daß auf dem landwirtschaftlichen Verein zu Friedland eine Aufsehen erregende Thatsache zur Sprache gekommen sei. Ein Mitglied des Vereins, ein Bauerntugendbesitzer, liefere jammervoll von seinen 40 Kühen erzeugte Milch an den Volkerei-besitzer Volle in Berlin. Von diesen Kühen hätten 20 Stück auf Tuberkulin reagirt und sich deshalb als tuberkulös erwiesen. Die Impfung mit Tuberkulin sei von einem Thierarzte vorgenommen worden, welcher im Dienste des Kommerzien-raths Volle gestanden habe. Die 20 tuberkulösen Kühe seien aber keineswegs von den geimden getrennt worden, die Milch von kranke Kühen sei vermischt und von Volle als „Kinder-milch“ in den Handel gebracht worden.

An der Verbreitung dieser als unwahr bezeichneten Ansichten sollen sich die drei Beklagten betheilig haben. Die Sache wurde vertagt, da weitere Sachverständige geladen werden sollten.

Ein dieblicher Fabrikant. Wir hatten seinerzeit mitgeteilt, daß der Tuchfabrikant Karl Mische in Forst wegen Diebstahls verhaftet worden sei. Wie sich bei der dieser Tage vor der Straf-kammer in Sorau stattgehabten Verhandlung ergab, hatte Mische mehreren Tuchfabrikanten Wolle im Werthe von sechzig tausend Mark entwendet. Er wurde wegen einfachen Diebstahls zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Die Frau des A. hatte sich nach dessen Verhaftung erkauft.

Die bekannte Schöneberger Schulaffäre, die seiner Zeit so großes Aufsehen erregt hat, wird nunmehr am nächsten Montag abends die zweite Strafkammer des Landgerichts II beschäftigen und zwar wird diesmal die Verhandlung, die einen gewaltigen Umfang haben wird, im kleinen Schöffengerichtssaale stattfinden. Es handelt sich um den Tod des Schulknaben Hugo Fischer in Schöneberg, der, wie behauptet worden, im Oktober vorigen Jahres in der Oberklasse III der Knabenschule in der Kolonnenstraße von seinem Lehrer so arg gequält sein soll, daß er gestorben ist. Zur Bekräftigung dieser Behauptung ist auf einem von dem praktischen Arzte Dr. Herzfeld angefertigten Totenschein Bezug genommen worden, wonach der Knabe an „Aqua-festenzündung infolge innerer Verletzung (Mißhandlung)“ gestorben sei. Der Vorfall hat zu mehreren heftigen Artikeln im „Schöneberger Tageblatt“ Veranlassung gegeben, und diese bilden nun die Grundlage der gegen die Verleiderstatist Oskar Kreffe und Alwin Borning, sowie den Redakteur Grün in gerichtlichen Klagen wegen Beleidigung. Diese Angelegenheit ist seiner Zeit aus der Verhandlung anderer, die Schöneberger Schulverhältnisse betreffenden Artikel ausgehend worden, weil R. A. Dr. Halpert als Verteidiger des Angeklagten Volmeng noch eine ganze Reihe von Zeugen zum Beweise der Wahrheit in Vorschlag brachte. Die Zahl der vorgeladenen Zeugen ist nun eine so große, daß die Verhandlung kaum in einem Sitzungssaal wird verhandelt werden können. Der Vorfall wird wieder Landgerichtsdirektor Merzheim führen.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den vierten Wahlkreis (Südost) hielt am Mittwoch in der „Urania“ eine gut besuchte Versammlung ab, in der die Erörterung über das Thema: Was lehren uns die letzten Landtagswahlen? fortgesetzt wurde. Der erste Referent, Reichstags-Abgeordneter Paul Singer, führte einleitend aus, daß seiner Ansicht nach für Berlin die Frage der Landtagswahlen, und zwar im Sinne des Feuilleton-Beschlusses, bereits entschieden sei. Wenn behauptet werde, daß der Beschluß der Feuilleton-Versammlung nicht der der Sozialdemokratie Berlin sei, so müsse er dagegen protestiren. Denn in dieser Versammlung seien insbesondere die thätigen Parteigenossen vertreten gewesen, die die Meinung der Berliner Genossen kundgegeben hätten. Eine Ueberraschung haben die verflochtenen Landtags-Wahlen für die Gegner der Theilnahme, die sie mitstimmen könnten, nicht gebracht. Daß eine Anzahl sozialdemokratischer Wahl-männer gewählt werden konnten, wußte man im Voraus. Aber die Wahlen haben bewiesen, daß trotz der großen Anzahl Wahlmänner, die unsere Partei in einigen Kreisen durch-gedrungen hat, praktische Erfolge nicht erzielt werden und wir aus eigener Kraft uns ein Mandat nicht erringen können. Die Meinung der Anhänger, daß unsere Wähler vielfach bis in die 2. und sogar in die 1. Wahlklasse eingreifen, sei höchstens für einige 50 Wahl-bezirkel zutreffend. Das Resultat in Linden sei vollständig darauf zurückzuführen, daß die Wähler für unsere Partei eingetreten sind. Das Ergebnis in Breslau, wo wir einige 60 Wahl-männer aufzuweisen hatten, habe gezeigt, daß die Feuilletonen-garant gewillt sind, uns ein Mandat abzugeben. Sie können uns-jomehr auf diesem Standpunkt verharren, als sie wissen, daß wir-jdoch für sie stimmen müssen, wenn wir den Zweck, die Anzahl-majorität zu verdrängen, erreichen wollen. Auf die Politik des Nehmen und Geben dürfe sich die Partei, um nicht moralisch zu verlieren und das Ansehen zu schädigen, unter keinen Umständen einlassen. Es würde eine Verwirrung unter unseren Wählern entstehen, wenn wir sie verunsichern wollten, bei den Landtagswahlen für die Feuilletonen einzutreten, für dieselben, die wir bei den Reichstagswahlen auf das entschiedenste bekämpften. Der Kampf würde und dadurch äußerst erschwert werden, weil sich die betreffenden Kandidaten mit recht darauf berufen könnten, daß wir für ihre Vertretung im Landtage gestimmt haben und sie folglich auch gut genug wären, uns im Reichstage zu ver-

teilen. Der Redner verweist sodann in längeren Ausführungen nachzuweisen, daß die Beteiligung an den Landtagswahlen nach den verschiedensten Richtungen hin geeignet sei, die Partei zu schädigen. Durch die Tatsache, daß ein Teil der Wahlhänger überhaupt von vornherein auf die Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner verzichten und für die freisinnigen eintreten will und die verständigsten Bündnisse mit denselben abschließen, sei die Landtagswahlfrage keine Frage der Taktik mehr, sondern eine prinzipielle geworden. Er geht zu, daß zur Kompetenz des Landtages wichtige Materien gehören, aber das könne nicht veranlassen, von der bisherigen Taktik, durch die die Partei groß und mächtig geworden ist, abzugeben und unsere Selbständigkeit, lediglich um ein Mandat für den Landtag, aufzugeben. Der Redner verweist sodann auf die Schwierigkeiten, die der Beteiligung an den Wahlen entgegenstehen. Der Redner geht des Weiteren auf die Ursachen der Landtagswahlfrage ein und gibt der Meinung Ausdruck, daß sie in der Hauptsache auf die lex Rade zurückzuführen sei und die Bewegung besonders durch Bernstein, der die englischen Verhältnisse dabei im Auge hatte, ins Leben gerufen wurde. Wohl 49 von 50 Anhängern der Wahlbeteiligung seien Reichpreußen, die das preussische Dreiklassen-Wahlrecht nicht genügend kennen. Unter diesem System, das jedem die Wahl verleiht, werde sich die große Masse der Genossen für eine Beteiligung niemals begeistern können. Unsere Aufgabe müsse nach wie vor darin bestehen, in der Agitation, in der Propaganda unserer Ideen und durch Beteiligung an den Wahlen, bei der wir aus eigener Kraft Erfolge erringen können. Der Redner resumiert seine Ausführungen dahin, daß wir durch eine Beteiligung an den Landtagswahlen keinerlei Vorteile, sondern nur eine Schädigung der Partei-Interessen nach mancherlei Rücksichten zu erwarten hätten, und spricht die Hoffnung aus, daß die Berliner Genossen aus dem durch den gefassten Beschluß zum Ausdruck gekommenen Standpunkt verharren werden. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine kurze Diskussion, worauf Richard Fischer gegen die Einwände Singer's polemisierte. Er ging im einzelnen auf dieselben ein, namentlich, daß die Partei zu einer Schutztruppe des Freisinn sich degradieren würde. An Fraktionsbeschlüssen, an dem Verhalten unserer Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften, an dem auch von Singer unterschriebenen Fraktionsaufruf suchte er das Inhaltliche dieses Einwands nachzuweisen. Wenn in allen diesen Fällen die Abwehr gegen den gemeinsamen Feind kein Prinzipienbruch sei, warum denn jetzt, zumal die Freunde der Wahlbeteiligung nach den letzten Ergebnissen heute wohl alle auf dem Boden selbstständiger Wahlbeteiligung stehen. Eingehend erörterte Fischer dann den Einwand, daß wir auch bei selbstständiger Wahlbeteiligung keine Mandate erringen könnten, weil der Freisinn unsere Forderung auf ein Mandat nicht bewilligen würde, und wir dann doch nicht durch unsere Abstimmung die Wahl eines reaktionären Zentrums ermöglichen könnten. Warum nicht? Zumal wenn die Gefahr einer reinen Zentrumsmehrheit ja schon beseitigt sei? Sätze dem nicht auch heute und seit 20 Jahren Eugen Richter, an dem Wachstum der Reaktion seien wir Sozialdemokraten schuld, weil wir auch in ausfallslosen Reichstags-Kandidaten aufstiege und dadurch sichere liberale Siege gefährdeten! Und seien nicht auch schon solche Mandate tatsächlich reaktionären zugefallen? Sei nicht unsere ganze Partei-Entwicklung, an fast alle Mandate, vorläufig mehr auf Kosten des Liberalismus als der Junker erfolgt? Und trotzdem empfinden wir keine Gewissenbisse und bleiben bei dieser Taktik stehen. Auch eine Gegenfrage möchte er beantwortet haben: Stärken wir nicht durch unsere Nichtbeteiligung ebenfalls die Reaktion? Sehen wir nicht bei jedem Wahlsieg, daß die von uns bei den Reichstagswahlen dem Freisinn entzogenen Wähler ihm auch bei den Landtagswahlen verloren sind? Und bewirkt nicht gerade das Fehlen dieser verlorenen Anhänger den Sieg der Reaktion? Wenn das kein Verbrechen an Parteiprinzip, warum dann unser Vorschlag, der zudem die Verantwortung für den Sieg des Junkers ausschließlich dem Freisinn überbürde? Wir überlassen ja dem Freisinn die freie Wahl, ob er einen Sozialdemokraten, also einen Feind der Reaktion, wählen will mit unserer Hilfe, oder ob er ohne unsere Hilfe lieber einen Junker, also die Reaktion stärken will. Wir wählen keinen Junker, der Freisinn hat ja die Wahl, wenn er findet, daß der Junker ihm näher liegt als der Sozialdemokrat, ihn also wählen läßt, trotzdem er ihn mit unserer Hilfe unschädlich machen könnte, dann trägt er selber doch die Verantwortung für die Stärkung der Reaktion. Und welche Mithilfe für die Klärung der politischen Verhältnisse hätte dann ein solches Verhalten des Freisinn! Also alle Vorteile liegen auf unserer Seite, wenn wir in solchen Fällen unsere politische Kraft ausnützen.

Nachdem der Redner noch ausgeführt, daß die Ansicht Singer's, daß der Anhänger der Wahlbeteiligung seien Reichpreußen, eine irrthümliche ist und auf die Abstimmung in Hamburg und die Kommission in Stuttgart verwiesen hatte, forderte er die Versammelten auf, die Diskussion über diese Frage fortzusetzen. Der Zustand, daß drei Richtungen in dieser Frage vorhanden sind, sei ein unheilbarer, der durch sachliche Diskussion beseitigt werden muß. (Lebhafter Beifall.) Hierauf gelangte eine Resolution, in der ausgesprochen wird, daß die bei den letzten Wahlen gemachten Erfahrungen nicht geeignet sind, die Berliner Parteigenossen von ihrem Standpunkt abzubringen, zur Annahme. Zum Schluß machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß der Verein an dritten Wahlkreise-Feiertag die Urania besucht.

Im sozialdemokratischen Wahlverein für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis sprach am Donnerstag der Reichstags-Abg. Agster über die Entwicklung der Sozialdemokratie in Süddeutschland. Redner schilderte recht anschaulich, in welcher Weise die Landtagstaktik betrieben wird und trat der Meinung entgegen, als ob die Partei bei der Agitation in den Kreisen der Kleinrentner es nötig habe, von ihren Programmpunkten irgend etwas zu verschweigen. Die überaus schlechte Lage, in die das Kleinrentnerliche Verhältniß gerathen sei, schaffe in den Bauern eine soziale Schicht, die für die Lehren der sozialdemokratischen Partei sehr empfänglich sei. Die Bauern gelangen in Gegensatz zu den Interessen des Großgrundbesitzes und erkennen immer mehr, daß die hohen Getreidezölle keinen Nutzen für sie haben. Redner zeigt dann, wie die sozialdemokratische Partei in Baden durch ihre Zusammengehörigkeit mit den Demokraten bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen nicht zu unterschätzende Vorteile gehabt habe.

Zu den Vortrag schloß sich eine Debatte, die sich stark auf die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen bezog. Wels bedauerte, daß der Vortragende nicht auch auf die bayerischen Verhältnisse eingegangen war. Seiner Ansicht nach müßte sich die Agitation nicht an die Bauern, sondern an die Tagelöhner und das Gefinde wenden. Dr. Weyl wies darauf hin, daß Bollmar mit seinem praktischen Bauernprogramm Biele gemacht habe. Dann fragte er, wie es möglich sei, daß trotz der bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen vorgekommenen Bündnisse bei den Reichstagswahlen so große Erfolge erzielt worden seien. Ob ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien nicht dem Massenkampf- Standpunkt schade? So z. B. meint, daß die Verhältnisse in Norddeutschland denen in Süddeutschland ähneln. Und hier arbeiten Landproletarier in Massen in der Industrie. Wir können allerdings hier nicht so rasch vorwärts, da hier das demokratische Gefühl fehlt. Liepmann ist der Ansicht, daß die sächsischen Verhältnisse den norddeutschen nicht gleichen. Die Bündnisse mit der sächsischen Volkspartei seien ganz anders zu beurtheilen, als solche mit den Freisinnigen. So viel Kräfte gäbe es gar nicht, wie wir bekommen würden bei Anfragen bei den Freisinnigen. Die Prinzipien der Sozialdemokratie seien unvereinbar mit denen anderer Parteien. Daran müßten wir festhalten.

In seinem Schlusswort führte Agster aus: Bei den Kleinrentner Süddeutschlands haben wir wenig mit dem Gefinde zu rechnen. Erstens seien sehr wenig in der Landwirtschaft vorhanden und dann sei es auch schwer, sie ihnen in der politischen Agitation zu nähern, da die Dienstboten viel zu abhängig seien. Bei Bollmar's

Kandidatur hätten die Bauern zwar in Versammlungen den Sozialdemokraten zugestimmt, doch andere, zwischentretende Einflüsse hätten die Verammlungsbeschlüsse illusorisch gemacht. Immerhin sei auch in Bayern der Fortschritt sicher. Was die Bündnisse anbetriffe, so müsse er sagen, daß weit mehr die Partei, die sich mit uns verbündet, Angst um ihre Anhänger haben muß, als wir! (Hört, hört!) Die, die wir verlieren, seien überhaupt keine Anhänger gewesen, sondern hätten nur die Person des Kandidaten gewählt, aber nicht einen Sozialdemokraten. Uns aber sei durch die Bündnisse Gelegenheit geboten, unsere Anschauungen in Kreise zu tragen, mit denen wir sonst nicht in Berührung kommen. Viele sächsischen Parteigenossen hätten früher auch so gedacht, wie man jetzt noch in Norddeutschland denke. Doch seien sie mit der Zeit praktischer geworden. Also brauchten wir keine Besürchtungen wegen, daß wir durch Zusammengehören Nachteile haben.

Am Schluß der Versammlung machte der Vorsitzende die Gruppenführer darauf aufmerksam, daß die Vereinsversammlungen stets am Donnerstag nach dem 15. jeden Monats stattfinden. Sie möchten nicht in der gleichen Woche ihre Versammlungen einberufen.

Die Bauhandwerker (Talarbeiter, Dachdecker, Glaser, Bauknechte, Maler, Maurer, Fuhrer, Steinleger, Steinmetzen, Zöpfer und Zimmerer) hielten am Donnerstag bei Keller, Koppenstraße, eine Versammlung ab, in der Maurer Silberstein über die Mißstände im Baugewerbe, die bestehenden Polizeiverordnungen und den Bauarbeiterschutz referierte. In seinem fast zweistündigen Vortrage schilderte der Redner alle die Gefahren für das Leben und Gesundheit, denen sämtliche Bauhandwerker infolge der schlechten Arbeitsbedingungen und des Mangels an sonstigen Schutzvorrichtungen beständig ausgesetzt sind. Er behandelte das Ergebnis der von den Maurern der zentralen Richtung kürzlich vorgenommenen Kontrolle über die Mißstände auf den Bauten, worüber wir bereits in der Nr. 278 vom 28. November berichteten, und verwies sodann darauf, daß auch aus den Berichten der Berufsvereinigungen eine fortwährende Zunahme der Unglücksfälle auf den Bauten nachgewiesen wird. So z. B. sind bei der norddeutschen Bauernvereinsgesellschaft, wozu auch Berlin gehört, im Jahre 1899 bei 80 000 Versicherten 1931 Unfälle gemeldet worden. Nach dem letzten Bericht, der bis jetzt erschienen ist und zwar vom Jahre 1898 sind bei nur 55 000 Versicherten 3502 Unglücksfälle zu verzeichnen. Daß die Steigerung der Zahl der Unfälle nicht etwa darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeiter mehr als früher ihre Ansprüche geltend machen, sondern in der That die Unfälle an Zahl und auch an Schwere zugenommen haben, geht daraus hervor, daß die Unfallversicherungssätze von 5,68 M. pro Kopf im Jahre 1899 auf 13,65 M. pro Kopf im Jahre 1898 gestiegen ist. In ganz ähnlicher Weise sind die Ansprüche bei den Krankenkassen durch die beständigen Steigerungen der Prozentsätze der Krankheitskosten, wie Rheumatismus, Schwindel, Magen- und Darmleiden, gewachsen. Der Redner wendet sich sodann den für Berlin in betracht kommenden Verordnungen für das Baugewerbe zu und weist nach, daß dieselben nicht nur schlechter als die bereits in anderen Städten bestehenden Verordnungen sind, sondern überhaupt völlig unzulänglich sind und den Arbeiter, zumal für die Durchführung der Vorschriften seitens der Behörden nicht Sorge getragen wird, gar keinen Schutz gewähren. In welcher Weise die Bau-Verufsvereinigungen für die Ausführung ihrer schon äußerst mangelhaften Vorschriften sorgen, ist daraus zu sehen, daß von insgesamt vier Beamten, die rund 140 000 Versicherten, die Kontrolle" ausüben wird. Zum Schluß verwies der Redner darauf, daß diese ungenügenden Vorschriften auf den Bauten nicht durch Strafen beseitigt werden können, sondern nur durch gesetzliche Maßnahmen eine Besserung der Zustände ermöglicht wird. Dem mit stürmischen Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine kurze Diskussion, in der Fuhrer Simonowski das Verbot der Bau-Verufsvereinigungen, die Ausführung ihrer schon äußerst mangelhaften Vorschriften zu verhindern, als die einzige Maßnahme zur Beseitigung der Mißstände im Baugewerbe angesehen und auch Maßnahmen zur Abhilfe für notwendig erachtet. Der Redner ist jedoch im Gegentheil zum Staatssekretär der Meinung, daß wohl eine einheitliche Regelung dieser Materie durch die Reichsregierung möglich ist und es nicht den einzelnen Bundesstaaten oder gar den Städten überlassen werden soll. Da ja, wenn der gute Wille vorhanden wäre, schon längst entsprechende Bestimmungen treffen könnten. Hierauf wurde von der Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute versammelten Bauhandwerker erklären: 1. Da die bestehenden Polizeiverordnungen für Baugewerbe, Abdeckungen u. s. w. unzureichend sind, diese mangelhaften Bestimmungen aber auch noch unvollständig bleiben, weil eine Kontrolle und Ueberwachung durch die kompetenten Behörden fast gänzlich fehlt; 2. Eine Verordnung für Errichtung von Bauwerken, Vergütung von Handwerkern u. s. w., Errichtung von Aborten, zum Schutze der Gesundheit und Sittlichkeit nicht vorhanden ist, — die Einführung eines wirklichen Bauarbeiterschutzes energisch in die Hand zu nehmen. Die Versammlung beschließt daher: 1. Eine Kommission von Angehörigen sämtlicher Vorkarrieren einzusetzen. 2. Diese hat die Pflicht, die Agitation zur Beförderung und Erreichung obigen Zweckes zu leiten. 3. Einen, die Wünsche der Bauarbeiter enthaltenden Entwurf an die kompetente Behörde gelangen zu lassen. Derselbe muß insbesondere die Einführung einer Bauinspektion zur Ueberwachung und Kontrolle der Schutzbestimmungen fordern. Die Hälfte der Beamten soll aus den Kreisen der praktischen Bauarbeiter entnommen werden. 4. Die Versammelten verpflichten sich, sämtliche Verdächtige gegen die bestehenden Polizeiverordnungen der Kommission zu melden. Ueber jeden sich ereigneten Unfall ist der Kommission sofort, unter Angabe der Ursachen und näheren Umständen, gewissenhaft und der Wahrheit entsprechend Bericht zu erstatten.

Zu der Kommission wurden folgende Personen gewählt: Maurer C. Panzer, Fuhrer Dietrich, Zimmerer Kade, Talarbeiter Gutlich, Maler Link, Zöpfer Gut, Studenat Schulz, Dachdecker Bartholl, Steinleger Knoll, Bauknecht Schröder. Von den Steinmetzen und Gläser soll noch je ein Vertreter hinzugezogen werden. Nach einem Appell, in allen hier in betracht kommenden Gewerkschaften für die Sache zu wirken und die Arbeiten der Kommission zu unterstützen, erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem träftigen Hoch auf die Bewegung.

Die Zimmerer hielten am Mittwoch eine gut besuchte Versammlung ab. Myler als Mitglied der Lohnkommission referierte über den ersten Punkt der Tagesordnung: "Definitive Beschlußfassung über die Schlupfahmpelung der Sammelkarte von 1898". Nach längerer und eingehender Prüfung seitens der Lohnkommission habe man die für das Jahr 1899 in betracht kommenden Bestimmungen zusammengefaßt in Form einer Resolution wie folgt: "Die Versammlung der Zimmerer beschließt, um einen regelrechten Abschluß der Sammlung für 1899 herbeizuführen: 1. Mit dem 24. Dezember d. J. beginnt die Abstempelung der Sammelkarten und endet mit dem 16. Januar 1899. Die Vertrauensleute und Bilanzdeputierten haben darauf zu sorgen, daß jede Karte bis zu dieser Zeit mit dem Schlupfahmpel versehen und zur Kontrolle vorgelegt ist. 2. Die Abstempelung erfolgt diesmal nur auf dem Bureau der Lohnkommission. 3. Nach Beendigung der Abstempelung hat die Lohnkommission Abrechnung zu geben und ist neu zu wählen. 4. Die Arbeitslosen-Kontrolle ist als Statistik zu veröffentlichen und entsprechend zu veröffentlichen. 5. Diejenigen Kameraden, welche mit ihren Karten im Mißstand sind, sind verpflichtet, die noch zu lebenden Marken nachträglich zu kaufen. 6. Für das Jahr 1899 beginnt mit dem 2. Januar die Sammlung um Agitations- und Unterstützungs-fonds; jeder Zimmerer ist verpflichtet, bis zu dieser Zeit in Besitz der neuen Karte zu sein." Redner erläuterte diese Bestimmungen unter anderem dahin, daß nicht nur die Sammelkarten, sondern namentlich die Mitgliedsarten geändert werden, entsprechend der Umwandlung der Organisation. Im übrigen empfiehlt er die Annahme der Resolution. Es entspinnt sich nunmehr eine längere Diskussion,

an der sich abwechselnd Pefeler, Fischer, Buzke, Myler, Spiegel, Krause, Reppschläger, Scheffer, Kappel und Q. B. in zustimmender und abweichender Meinung beteiligen. In Verbindung mit einem besonderen Antrag: daß der 24. Dezember als Schlupfdatum für Beitragsleistung bezw. Abstemplung gelten soll, da zwischen Weihnachten und Neujahr doch nicht gearbeitet werde, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Ueber den zweiten Gegenstand der Tagesordnung: "Das Sammelwesen 1899, referierte Schäfer in eingehender Weise. In der Anordnung der Karten wird es zunächst lauten: "Vertrauensmänner-Zentralisation der Zimmerer Deutschlands"; ferner werden die Beitragswachen anders geordnet und die Karten dementsprechend größer werden, um den einzelnen Zahlstellen und Vertrauensmännern die Kontrolle zu erleichtern. In diesem Sinne empfiehlt Redner die Annahme nachstehender Resolution: a) Um das Sammelwesen weiter auszubauen, ist in jedem Orte, wo eine Vertrauensmänner-Zentralisation besteht, ein Agitations- und Unterstützungs-fonds zu schaffen; b) die Höhe der wöchentlichen Beiträge, Zahl der Beitragswachen, Höhe der Streikunterstützung, sowie das gemeinsame Sammeln mit anderen Orten bleibt jedem Ort selbst überlassen; c) laut Beschluß des zweiten Kongresses der durch Vertrauensmänner zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands, sind aus jedem Fonds mindestens 5 Pf. pro Quartal und beitragenden Zimmerer an die Geschäfts-Kommission abzuführen. Um ein gleichmäßiges und ein einheitliches Sammeln zu ermöglichen, wird ferner beschlossen: a) Vom 1. Januar 1899 an werden Karten, enthaltend 52 Wochenrubriken, sowie Marken im Werthe von 10, 15 und 20 Pf. herausgegeben und an die einzelnen Orte zum Selbstkostenpreis verabfolgt; b) jeder Zimmerer wird verpflichtet, eine Sammelkarte zu entnehmen und die Marken desjenigen Ortes zu leben, resp. zu kaufen, in welchem er arbeitet; c) um das Sammelwesen nicht zu vernachlässigen, werden die Vertrauensleute angewiesen, die Ausgabe der Karten und Marken selbst in die Hand zu nehmen und genaue Kontrolle über jeden beitragenden Zimmerer zu führen." Die Umgestaltung des Sammelwesens und der Karte zeitigte ebenfalls eine lebhafte Diskussion. Unter Ablehnung eines Antrages Pefeler: Die Sammelkarten wie bisher zu belassen, gelangte hierauf die Resolution bezüglich des Sammelwesens zur Annahme. Den Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission erstattete der bisherige Delegierte Fischer. Betreffend die Anstellung eines zweiten Beamten, sowie event. Einrichtung eines Arbeiterssekretariats, ist Redner ablehnender Meinung, da nach seinem Dafürhalten die einzelnen Gewerkschaften hinfänglich Gelegenheit zur Ausübung ihrer Thätigkeit geben. Da sich auch die Platz-Deputierten bereits gegen den Antrag des Ausschusses der Gewerkschaftskommission ausgesprochen, erübrigt Redner die Verammlungen, diese Anträge ebenfalls abzulehnen. Auch hierüber entspinnt sich eine lebhafte Diskussion, in der von einigen Rednern das Verhalten der Gewerkschaftskommission und des Ausschusses getadelt wurde. Nachdem Fischer die Zimmerer noch ermahnt, sich mehr als bisher um die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission zu kümmern, wurde der Antrag des Ausschusses der Gewerkschaftskommission einstimmig abgelehnt. Als Delegierter zur Gewerkschaftskommission wird hierauf Fischer und Pefeler als Stellvertreter gewählt. Reppschläger und Myler ersuchen hierauf die Mitglieder der Hilfs-Krankenkasse der Zimmerer, nicht nur die Beiträge pünktlicher zu bezahlen, sondern die Generalversammlungen derselben besser und zahlreicher als bisher zu besuchen. Liebenow ersucht die auf der Poststelle von Hausen in Schöneberg arbeitenden Zimmerer, trotz des durch den Vollerlassenen Verbots, die Sammlungen für den Agitationsfonds auch fernwärts fortzusetzen. Einige Redner fordern die Zimmerer auf, sich nicht nur reger an der gewerkschaftlichen und politischen Agitation zu beteiligen, sondern sich auch der politischen Organisation anzuschließen.

Nachdem Fischer noch den Gehalt des Schiedsgerichts in Sachen der ausgelehnten Gelder während der Lohnbewegung mitgeteilt und auf die am kommenden Sonntag stattfindende Versammlung der Zimmerer hingewiesen, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Charlottenburg. Hier wurde in einer gut besuchten Versammlung der selbständigen Vorbereiter der Beschäftigten, eine Organisation dieser Berufsangehörigen zu gründen. Dem Verein traten sofort 30 Personen als Mitglieder bei.

Friedrichshagen. In der Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins, die am 10. Dezember tagte, hielt Ingenieur Grempe einen Vortrag über "Fortschritte der Technik". An der Diskussion beteiligten sich Holzhäuter, Albrecht und Paas. Paas erkannte den Werth der gewerkschaftlichen Organisation nicht an; nur durch Gründung von Arbeiter-Vereinigungen könne man dem Arbeiter etwas bieten, werde man Erfolge erzielen.

Arbeiter-Länderbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburger 150. Alle Änderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Friedrich Kötzler, Mantelstraße 60, p. 2. **Sonnabend,** abends 9-11 Uhr: Neujahrskränze und Aufnahme neuer Mitglieder. — **Paradeplatz 6.** — **Zimmergrün, Tegeel, Reiner, Spandauerstr. 13.** — **Wald am Parke, Parkestr. 22.** — **Hand in Hand II, Friedrichshagen, Heineke, Friedrichshagenstr. 11.** — **Hand in Hand I, Friedrichshagen, Lange, Wartenbergstr. 6.** — **Weiße Rose II, Weihenstephan, Sorrer, Straßburgerstr. 54.** — **Eintracht 3, Teltow, Ders. Gelandeplatz 6.** — **Eintracht 2, Teltow, Ders. Gelandeplatz 34.** — **Eintracht 1, Teltow, Ders. Gelandeplatz 34.** — **Arbeiter-Vereinigungen (gem. Chor), Teltow, Ders. Gelandeplatz 34.** — **Septime, Drahtschmidt, Schallerstr. 102.**

Arbeiter-Länderbund Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Brandenburger, Dreesdenerstr. 80, 2. Hof. **Sonnabend:** Angler I, Ruppert, Jüngerstr. 50. — **Havana II, Neuwasser-Neuendorf, Simon, Friederichstr. — Wald am Parke, Waidersdorf-Rallberge, Greve, Heinekestr. 19.** — **Eda, 27 Wölnig, Brandenburgerstr. 64.** — **Boppel, Dahnke, Dahnkestr. 5.** — **Arbeiterfreunde, Dietrich, Waidersdorfstr. 43.** — **Havana I, Altdorf, Philipp, Juliusstr. 50.** — **Blauer Dampf, Dove, Wälderstr. 102.**

Arbeiter-Turnerbund, Sonnabend: Turn, "Fichte", Berlin, abds. 8-10 Uhr: 1. Männer: Wölnig, Friedrichstr. 37. — 2. Männer: Wölnig, Wölnigstr. 21. — 3. Männer: Wölnig, Wölnigstr. 37/7. — 2. Weiblich: Wölnig, Wölnigstr. 55-56. — 4. Weiblich: Wölnig, Wölnigstr. 3. — **Friedrichshagen, Wölnig, Wölnigstr. 55-56.** abds. 8-10 Uhr Entleben. — **Turnerschaft d. B. "Reinhold", Wehring, Wölnig, 8-10 Uhr abds. Reichensbergerstr. 131-132.** — **Arb. Turn, in Adlershof, Herrguth, Oppenstraße 8/10-10/10.** Uhr abds.

Gesangs-, Turn- und geistliche Vereine. **Sonnabend:** Theater, "Bohemia", Schulz, Bismarckstr. 18. — Theater, "Normania" jeden letzten Sonnabend im Monat, Lehnitz, Friedrichstr. 20. — **Bergungsgesangs-, Pelgoland II, jeden Sonnabend nach dem 1. im Monat, Lehmann, Wälderstr. 9.** — **Statthalter, "Gourna", Kravay, Dutscherstr. 1.** — **Kantabund, "Dourndörfer", Krüger, Bismarckstr. 3.** — Theater, "Korbhorn", Schulz, Dutscherstr. 90. — Theater, "Alpenrose", Wölnig, 35-36. — **Bereitigung der Turnfreunde, 8/10-10/10, Uhr abds. Dreesdenerstr. 56-57.** — **Turn, "Oden", Turnhalle Bismarckstr. 10a, 8/10-10/10 Uhr abds. Männer: Wölnig — **Jüngerstr. 55/56.** Männer, Weiblich und Frauenvereine: Gde. — Theater, "Othello I", Roman, Mantelstr. 9. — **Statthalter, "Dourndörfer", Schneider, Wälderstr. 22.** — Theater, "Thalia", jeden Sonnabend nach dem 1. u. 15. im Monat, Wälder, Wälderstr. 33. — **Regelklub "Kalte Keune", Holzmannstr. 72.** — **Turnerschaft "B. Einigkeit", Weimer, Dutscherstr. 31.** — **Schauspielklub "Goethe", Koppstr. 65.****

Bildungsverein "Neuer Licht," Bibliothekstunde 9-10 Uhr abds., Gärtners, Wölnigstr. 12. **Böhmisch-sächsischer Bildungs-, "Gottschalk",** Refaust. Zur neuen Post, Wölnigstr. 21. **Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris.** Café de Brocque, Rue de l'Anclerme-Gambie 13. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht. **London.** Der einzige deutsche sozialdemokratische Verein Londons, der alte, von Karl Marx und Friedrich Engels 1846 mitgegründete kommunistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich nach wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Road, London. **Verein "Vorwärts,"** Johannistag (Traudal). Vereinslokal Progress-Bierhalle, Corner of Northall und Small Street. **Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, 18. Dezember, vormittags 9 Uhr, im großen Fehlsaal der Berliner Feuerkasse, Konradbaderstr. 57: Personalsammlung, freireligiöse Betsitzung. Um 11 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Eugen Wolfsdorff-Roggeberg: "Gnade und Gnade in ihren Wirkungen." Gäste willkommen. **Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter** (G. D. 29, Hamburg). Filiale Berlin 4. Dinst. Abnd 8 1/2 Uhr:

Mitgliederversammlung des Kreis-Vereins, am 26. — Filiale Berlin 5. Heute Abend 9 Uhr: Mitgliederversammlung bei Koplin, Vorlesung 68.
Tischler-Verein. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15: Generalversammlung. Beschlüsse des gesamten Vorstandes.
Elektro-technischer Gewerbeverein. Heute Abend: Generalversammlung.
Verein der Bierabnehmer. Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Restaurant Schulz, Prinz-Albrechtstr. 3: Mitgliederversammlung. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Danke-Fest. 17. Dezember: Vortragsabend über Italien. 24. Dezember: Festsitzung, Festsitzung des 9. Bausatzes 91.
Bildungsverein „Mehr Licht“. Morgen Sonntag, abends 7 Uhr, bei Herrlein, Alie-Jakobstr. 75: Vortrag des Genossen Ad. Hoffmann über: „Hölle und Himmel und ihre Bewohner“.

Vermischtes vom Tage.

— Zwei Schuljungen in Reusatz a. O. beantragten in der Kirche zwei Opferkerzen ihres Inhalts. Den Schlüssel hatten sie unter einem Vorwand dem Pfarrer selbst geholt, und um den Schein zu erwecken, als sei jemand von außen her eingestiegen, schlugen sie mehrere Fensterscheiben ein.
— In Klein-Wittenberg (bei Schneidemühl) sind, wahrscheinlich infolge Brandstiftung, dreizehn Gebäude niedergebrannt.
— Ein Maurermeister in Sandersheim suchte fremde Hunde durch Schreien mit einem Leckstein von seinem Grundstück zu vertreiben. Hierbei schoß der sehr kurzfristige Mann seinem 10 Jahre alten Sohn eine Kugel in den Kopf.
— Die Frau eines Malers in München, die vor kurzem in eine Irrenanstalt übergeführt worden war, hat sich durch einen Stich mit einer Schere ins Herz getötet.
— Bei Willkoppens auf der Kurischen Nehrung strandete ein unbekannter Dreimaster. Von zehn Mann der Besatzung wurden fünf gerettet, die übrigen ertranken.
y. Das deutsche Schiff „Lisa“, das am 6. Oktober von Petersburg nach Leith abging, hat seinen Bestimmungsort bisher nicht erreicht.

— Bei einem Renkontre zwischen einem Förster und zwei Wild- dieben im Revier Viala der Oberförsterei Therkute wurde ein Wilderer erschossen. Der Förster erhielt einen Schuß in den Unterarm.
— Wegen Diebstahls und wegen Desertion wurde in Konstantin ein Soldat vom Kriegsgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Als er das Urtheil vernahm, riß er die Knöpfe seiner Uniform ab und warf sie dem Obersten, der den Vorfall führte, an den Kopf. Hierauf wurde die Todesstrafe über ihn verhängt. Gerade das habe er gewollt, erklärte der Soldat; der Tod sei ihm lieber, als qualvolle Jahre in Haft.
— Zwei österreichische Bauern sind auf einer Wanderung nach Kagasaki (Japan) gekommen. Beide waren aus ihrem Heimatort Oribir (Kroatien) zunächst nach Wien auf Arbeit ausgezogen, hatten sich dann von dort nach dem Kaukasus gewendet und zum Schluß ganz Sibirien durchquert, vergeblich nach dauernder Arbeit suchend.
— Eine mit 8200 Spindeln arbeitende Baumwollspinnerei in Keerkington (England) ist durch Feuer gänzlich zerstört. Der Schaden beträgt 600 000 R.
— Die Pest ist in Madagaskar bisher auf Tamatabe beschränkt geblieben und nimmt ab.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Abonnementzahl beizugeben. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht erteilt.
Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.
F. K. Werden gewöhnlich als Unteroffiziere eingezogen.
H. K. 100. Generalkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Berlin W., Wilhelmstr. 73.
F. K. 38. 14 R. — P. 10. Rein. — 1898. Ja. — Brauer. Schriftlich beantwortet wir Fragen nicht. Rein. — R. G. Reinschneider. Da der Genosse Stadthagen augenblicklich im Gefängnis ist, müssen Sie die Fragen wiederholen. — F. G. 99. Sie haben darauf keinen Anspruch.

Carlisle Meyer, Nieder-Schöneweide. Wann und wo ist Ihr Bruder geboren, wie heißt derselbe mit Vornamen? Blüthen um Auskunft, wann werden wir Ihrem Wunsche gern Folge geben.
H. J. 53. Kgl. für obdachlose Männer, Berlin N., Bismarckstr. 55/56, Kgl. für obdachlose Frauen Köpenickerstr. 5.
W. Pöschel. Es ist Antrag an das Vormundschaftsgericht zu stellen und eventuell Beschwerde beim Landgericht einzulegen. — F. C. 50. Die Handlung ist verjährbar, sofern nicht durch eine richterliche Handlung die Verjährung unterbrochen ist. — P. 2. Sie haben keine Ansprüche. — F. G. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Witterungsbericht vom 16. Dezember 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Swinemünde	762 R	4 wölfig	—	1	—	Caparanda	759 Still	—	bedeckt	—	16
Danzburg	765 RMB	2 wölfig	—	1	—	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	763 RMB	3 bedeckt	—	2	—	Gotz	771 R	3 Regen	—	—	11
Wiesbaden	767 RMB	3 wölfig	—	3	—	Herborn	769 RMB	3 wölfig	—	—	11
München	765 R	7 Schnee	—	1	—	Paris	772 RMB	3 Dunst	—	—	3
Wien	760 R	4 wölfig	—	2	—						

Wetterprognose für Sonnabend, den 17. Dezember 1898. Etwas wärmer, vorherrschend wölfig mit geringen Niederschlägen und ziemlich feuchten nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Montag, den 19. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's oberem Saale, Alte Jakobstrasse No. 75: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Wollheim über: „Naturerkenntnis und Weltanschauung.“ 2. Abrechnung vom Herbstberichts und der Urania-Vorlesung. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Bevollmächtigte. Urabstimmungsformulare sind in der Versammlung, sowie im Bureau zu haben. 26/7
Am Sonnabend, den 21. Dezember, bleiben sämtliche Zahlstellen geschlossen.

Sonnabend, den 31. Dezember 1898: Grosser Sylvester-Ball in Stechert's Festsälen, Andrastrasse Nr. 21. Gesangs- und humoristische Vorträge des „Buchbinder-Männerchor“. Silvester-Scherze. Neujahr-Vost. Anfang abends 9 Uhr. Eintritt für Herren 50 Pf., incl. Tanz, für Damen 30 Pf. Billets sind heute in sämtlichen Zahlstellen, am Montag in der Verbands-Versammlung, sowie täglich im Bureau, Annenstr. 50, zu haben. Das Komitee.

Zentral-Verband der Zimmerer (Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, 18. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den Arminiahallen, Kommandantenstr. 20: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Generalversammlung eventuell Stellung von Anträgen zu derselben. 2. Wahl eines Komitees zur Generalversammlung. 3. Bericht über die Kontrolle der Karten. 4. Verschiedenes. 281/16
In dieser Versammlung muß jedes Mitglied ausgehen sein.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 20. Dezember 1898, vormittags 11 Uhr, bei Fischer, Brunsstr. 9: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht und Renouveau der Revisoren. 3. Beschluß über die Krankenkasse. 4. Antrag Judis über Wiederannahme ausgeschiedener Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Weisungsausschuss zu den Feiertagen. Mitgliedsbuch und Karte legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand. 50/20

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Montag, den 19. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung Cranienstrasse Nr. 51 (Cranienhallen). Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Abreisenden Herrn Karl Hoffmann über seinen zehn-jährigen Aufenthalt in Ägypten, Arabien und Sudan, unter Vorführung von großen Skulpturen, Bildern. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Verschiedenes. 143/14
Die Kollegen werden noch darauf aufmerksam gemacht, daß noch Billets zur Treptower Sternwarte zum Sonntag, den 15. Januar 1899, nachmittags 6 Uhr, abgehoben werden können. Billets à 75 Pf. mit Benutzung des Fernwegs. Der Vorstand.

Weihnachts-Bergnüßen

mit Kinderbescherung am 27. Dezember (d. Weihnachts-Feiertag) in Schlegelsberg's Festsälen, Gassenstraße 21. — Anfang nachmittags 4 1/2 Uhr. Billets à 25 Pf. — Tanz und Garbetrobe frei. Billets sind zu haben beim Kollegen Kretschke, Reichensbergerstr. 175, und bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern. Der Vorstand.

Berein der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Berlins u. Umgegend.

Sonntag, 18. Dezember, nachm. 5 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstrasse 19-20: Versammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Vorstand. 138/20

An die Parteigenossen Berlins und Umgegend.

Wie im vorigen Jahre wenden wir uns auch in diesem Jahre an Euch, beim Einkauf von Weihnachtsbaum-Schmuck und zu unterstützen. Den Verkauf zum Selbstkostenpreise hat der Genosse Fr. Zubell, Lindenstr. 106, übernommen. Viele Frauen auch uns und unseren Familien eine Weihnachtsfreude bereiten. Mit parteigenösslichem Gruß Die Glasbläser in Lauscha i. Th.

Verband der Möbelpolierer. Montag, 19. Dezember, abends pünktlich 8 Uhr, Kopenstr. 20: Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Anträge. 3. Der Bericht der Statistiker unserer Kontrollanten. 4. Verschiedenes und Abrechnung der Urania-Billets. Die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen zurückbleiben, werden ersucht, dieselben zu begleichen; der Kassier ist von 7 Uhr ab anwesend. Die Mitgliedsbücher für 1899 gelangen daselbst gleichfalls zur Ausgabe. 148/2
Der Vorstand.

Breuer's Ball-Salon „Zur Königsbank“

Grosse Frankfurterstr. 117 empfiehlt seine Festsäle mit Theaterbühne und Garten zu Versammlungen und zu jeder Privatfeierlichkeit (bis 1000 Personen). Jeden Sonntag: Grosser Ball. Anfang 4 Uhr. 297/2
Stralau. Wwe. Schonert. Stralau. Restaurant „Neu-Seeland.“

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag, 18. d. M., Tour n. Pichelswerder. Abf. 2 Uhr (Branden-Thor). Abds. „Vontenhol“ (Saal). Erscheinen aller nötig. 19/12
Donnerstag: Hauptversammlung.

Nonnenberg's Restaur., Treptow, Parkstrasse.

Großer Saal. — Großer Garten. Jeden Sonntag: Ball. 297/2
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten
Empfehle meine drei Restaurants: Rübenthal, am Rübenthal, Teufelssee, Müggelsee, Marienlust, a. d. Dahme, zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Fußpartien über die Müggelsee. 61/2

C. Streichhan, Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.

Empf. mein Cöpenick. Weiss- und Baisisch-Bier-Total. 442/2
Grünauer und Rudowerstr. — Ecke.
Restaurant Linden-Garten. Köpenick. Grünauerstr. 7. Gr. Saal. Kaffeeküche. Frühstück, Mittag- und Abendessen. C. Seidel.

Zu den Feiertagen! Die größten Stollen u. Napfkuchen, von Weizen und Weizenmehl, sowie das größte Brot und Bäckerbrot liefert: Hr. Feinbäckermeister, 87 L. d. S., Strahlsbergerstr. 5, Grüner Weg 20, Prenzlauerstr. 64, Berl. Dampf-Brotfabrik Paul Neubauer Jr. 440/2

Blau Werkstoff-Anzüge

Qual. Anzug-Anzug nur 2,50 ff. Knop. 4,50
Photanzüge, 1,50
Werkstoffhose, 1,50
Mechaniker-Kittel enorm billig!
C. F. & Co., Spezialfabrikation, Köpenickerstr. 111. Kein Laden.
Betten. Eucalypt. Wasser, Portiören, Gard. Wasser, Remont. Waren
Winterpaletots. Übermal. Teppiche verkauft preiswürdig 140/2
Pflanzliche Reanderstraße 6.

Billigstes Weihnachts-Angebot!

- Aelderstoffe, doppelt, Robe 6 Rir. 1,55 R.
 - Zammer-Roben von 8 Rirer 6,25
 - Barnd zu Haus-Neidern, Rirer. —,29
 - Gendentische, Stüde von 15 Rirer 3,95
 - Gandische, Stüde von 20 Rirer 4,75
 - Soufflanatuche, Stüde von 20 Rirer 5,—
 - Damenhänden mit Besag Stüde. —,55
 - Damenhänden mit Trümming, Stüde. —,97
 - Damenhänden mit Vangette, Stüde. 1,65
 - Damenhänden mit Stüderel, Stüde. 1,45
 - Damenhänden, Stüde. —,75, 1,15, 1,25
 - Gandische, Stüde. —,10
 - Gandische, grobe. —,25
 - Wischtücher, Stüde. —,03
 - Tischtücher, Stüde. —,40
 - Taschentücher, 1/2 Dg. —,35
 - Gadene, Stüde. —,09
 - Wollene Strümpfe. —,25
 - Gandische. —,15
 - Schuhe. —,25
 - Korsetts. —,65
 - Muffen. —,30
 - Kinder-Garnituren in weich Velg. —,85
 - Schägen. —,45
 - Kinderhüte. —,25
 - Haussegen. —,37
 - Kopff-Chaus. —,15
 - Woll. Betttücher. —,87
 - Körbe. —,35
 - Zeigme. 1,25
- Sensationell! 1/2 Dg. Herren-Kragen. 4 Paar reines Weizen 1,25
- Rabattbücher werden am Sonnabend und Sonntag vertheilt.

J. Loewenberg Müllerstr. 163a Ecke Burgdorfstrasse.

50 Pf. unt. Ladenpreis kauft man Uhren, Goldschmuck, Brillanten etc. im Verkauf H. Graf, Beuthstr. 5, I. 280/2

Musikwerke
Sofonleierkasten, Harmonikas, billige Klaviers. Musikwerke werden zu Festlichkeiten verliehen. 193/2
Kleine Hamburgerstr. 17.

Damenjackets
spottbillig Dresdenerstr. 127, III.

Materialwaaren-Geheim
billig zu verk. Steglitz, Oberstr. 4.

Privat! Röhmalchine, 30 Rirer, verkauft Falck, Friedrichsbergerstr. 6.

Schönstes Weihnachtsgeheim! Ein Held des Geistes und des Schwertes. Sozialer Roman aus der Zeit des deutschen Kampfbundes. 40 Rirer — 632 Seiten stark, Ladenpreis R. 4,00, für nur W. 1,00. Porto 20 Pf. Briefmarken werden in Zahlung genommen. Alle Partei-Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen. Albin Langer, Volkabuchhändler, Chemnitz.

Edle Kanarienvögel von 7,50 aufwärts verk. Villwock, Eubrystr. 20, II.

Weihnachtsbäume. 2 Stück 50—60 Pf. Brunnenstr. 9. 298/0

Sozial. Neujahrskarten mit Stempeln und dem Bildnis von Lassalle, Marx, Engels. Allgemeine Neujahrskarten in jeder Anzahl. 1885/2

Ernst Seidel, Luxuspapier-Fabrik, Kattunen-Allee 75

Dr. med. Schaper, prakt. Homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Horn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8

Schöneberger Ufer 25. Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend Ab. 7-8, Friedrichstraße 114. I. 263/2

Arbeitsmarkt. Achtung, Holzarbeiter! Bei der Firma Fork, Kretschmar & Co. Barnimstr. 13, (Magazin Jannowitz-Gräde), haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug fernhalten! Die Ortsverwaltung, Nagler

verlangt Stallbesitzerstr. 12. Korbmacher a. Kogonowitzer banernd verlangt Fechner, Raunstr. 49. Gläubiger zu heute verlangt Helmar Ludwig, Brandstr. 89

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Post als Volksbankier.

Unter den in der Thronrede aufgeführten Vorlagen hat die Umwidmung der Einrichtung des **Cheq.** und **Ausgleichs** (Clearing) Verkehrs bei der Reichspost wohl am meisten und am begreiflichsten ein starkes Gefühl der Reugierde erweckt. Was ist denn „Cheq.“, was ist „Clearing-Verkehr“?

Das **Cheq.** und **Ausgleichsverfahren** ist ja in Deutschland nicht neu, aber bisher haben nur solche Kreise an dieser Form des Zahlungswesens teilgenommen, die sich hohen Credits erfreuten oder mit großem Kapital arbeiteten. Daher ist für die modernen kreditwirtschaftlichen Formen des Zahlungswesens in der breiten Masse des Volkes noch wenig Verständniß.

Die blüherliche Oekonomie theilt nach der Art, wie sich die Wirtschaftseinheiten zu einander verhalten, die Geschichte der Volkswirtschaft in verschiedene Entwicklungsstufen. Sie spricht von der **Naturalwirtschaft** und **Leinwandwirtschaft** mit einem Zustand der Wirtschaft ohne Verkehr, ohne Tausch, ohne Geld, wo die Versorgung der Glieder der Wirtschaftsgemeinschaft mit Gebrauchsgütern aus der eigenen Wirtschaft erfolgt. Man tauscht nicht, man handelt nicht, sondern stellt alles das, was zum Leben nötig ist, in der eigenen Wirtschaft her. In diesem Sinne weisen heute noch Bauernwirtschaften, namentlich im Gebirge, einen naturalwirtschaftlichen Zug auf, weil hier ein nicht unbeträchtlicher Theil der Produktion zur unmittelbaren Deckung des eigenen Bedarfs dient. Wollen wir mit Engels reden, so beruht die Naturalwirtschaft namentlich auf der unteren Stufe der Barbarei vor. Hier produzieren die Menschen nur direkt für den eigenen Bedarf. Die etwa vorfindenden Austauschwaren vereinigen, betrafen nur den zufällig sich einstellenden Ueberschuß. Anders schon auf der Mittelstufe der Barbarei, wo wir bei Hirtenvölkern im Vieh schon einen Besitz finden, der bei einer gewissen Größe der Herde regelmäßig einen Ueberschuß über den eigenen Bedarf liefert und einen regelmäßigen Austausch, — aber noch in Form von Naturalgaben, wie Antheile an den Produkten der Viehzucht, — herbeiführt. Die Oberstufe der Barbarei bringt dann die weitere Arbeitsteilung zwischen Ackerbau und Handwerk, damit Produktion eines stets wachsenden Theils der Arbeitserzeugnisse direkt für den Austausch, damit Erhebung des Austausches zwischen Einzelproduzenten zu einer Nothwendigkeit der Gesellschaft. Es entsteht eine Klasse von Personen, die sich nicht mehr mit der Produktion beschäftigen, sondern nur noch mit dem Austausch der Produkte: die Kaufleute. Mit dem Eintritt dieser Klasse in die Wirtschaft entsteht das Bedürfnis nach einem Zahlungsmittel, das allgemeine Abzahlbarkeit besitzt, das eine räumliche und zeitlich mögliche uneingeschränkte Macht über alle Marktörter ausübt: es entsteht das Bedürfnis nach Geld, um den Tauschhandel zur Entwicklung gelangen zu lassen. Unter den vielen Geldarten entwickelte sich sehr frühzeitig das Metallgeld als das allgemein gebräuchlichste Zahlungsmittel. Damit tritt die Gesellschaft in die Periode der Geldwirtschaft ein. Die einzelne Familie oder ihr Haupt stellt nicht mehr für den eigenen Bedarf Gebrauchsgüter her, sondern Tauschgegenstände für den Markt. Er werden zu Waaren produziert und gegen Geld in gemünzten Stücken gehandelt. Die produktive Bevölkerung gliedert sich in zahlreiche Erwerbs- und Berufsgruppen; Landwirtschaft, Bergbau, Fischerei, Gewerbe, Handel und persönliche Dienstleistungen sind selbständige Erwerbs- und Berufszweige.

Je schneller nun die Verkehrsmittel erfolgen und je größer das Wirtschaftsgebiet wird, in dem die Tauschhandlungen stattfinden, desto stärker wird die Schwere der Lasten der Umlage von baarem Geld empfunden und das Bedürfnis nach Vereinfachung der Zahlungsart geweckt. Der internationale Zahlungsverkehr von Land zu Land ist es zunächst, der die auf dem Kredit basierende Form der Zahlung heischt. Damit bahnt sich die Periode der Wirtschaft an, in der wohl Verkehr, aber ohne Geld stattfindet. Es wird unständlich, zeitraubend und kostspielig, große Summen Geldes von einem Land ins andere der einfachen Zahlung halber zu transportieren, und man hat daher mit Hilfe der Großbanken eine kreditwirtschaftliche Form der Zahlung gefunden, bei der der **Cheq.** und das **Abrufen** (Drawing) die Hauptrollen spielen. Hier ein Beispiel, wie auf diese Weise große Summen ganz einfach bezahlt zu werden pflegen. Als China am Japan den ersten Theil der Kriegsschadigung von 8 250 000 Pfd. Sterl. zu bezahlen hatte, war dies dank der ausgebildeten kreditwirtschaftlichen Form des Zahlungswesens so einfach, als wenn die Köchin des Morgens beim Bäcker Semmel kauft. Der chinesische Gesandte übergab seinem Kollegen aus Japan einen kleinen Papierstreifen, welcher blos einen Penny-Stempel trug. Der Abgesandte des Mikado deponirte dieses „Papierchen“ in der Specie Bank of Japan in London und der ganze Zauber war fertig. Die genannte Bank ließ die 8 Mill. Pfd. Sterl., welche bis dahin in der Bank von England der chinesischen Regierung kreditirt waren, auf ihr Konto übertragen. Nicht 1 Schilling wurde gerührt. Zwei Rationen im fernen Orien Asiens führten miteinander Krieg auf Tod und Leben. Der Besiegte mußte dem Sieger viele Millionen als Kriegsschadigung bezahlen und diese Operation vollführte sich ganz einfach, indem ein Kommiss der japanischen Bank in London neben vielen anderen **Cheqs** auch den über 8 Mill. Pfd. Sterl. in die Bank von England einzahlte. Diese Zahlung ohne jeden Pfennig baaren Geldes erfolgt mittels des **Cheqs**.

Wird der **Cheq.** demokratisirt, wozu die angeklagte Vorlage ein erster Schritt ist, dann wird das gesamte Zahlungswesen revolutionirt. Auch im Mittelstande, ja bis herunter zu den Arbeitern verändert sich der Zahlungsprozess, das baare Geld wird verdrängt, es bahnt sich die auf dem Kredit beruhende Form des Zahlungswesens an, das in Ländern wie England und Amerika schon ziemlich weit vorgeschritten ist. Namentlich möchten wir hier nicht zu erwähnen vergessen, daß in verschiedenen Staaten der Union auch schon die Arbeitelöhne in **Cheqs** ausbezahlt werden, die Arbeiter also auch schon in diese kreditwirtschaftliche Form des Zahlungswesens einbezogen sind.

Was ist nun das für ein Ding, das das gesamte bisherige auf der Baarzahlung mit Metallgeld beruhende Zahlungswesen so revolutionirt, das die Geldwirtschaft ablöst und zu einem Verkehr auf Grundlage des Credits führt?

Wesen und Bedeutung des Cheqs.

Wenn ich bei einer Bank Geld liegen habe, so kann ich jederzeit über das Geld d. h. über mein Konto bei der Bank verfügen, d. h. ich kann die Bank anweisen, sie soll einen Theil des Geldes dem oder jenem, an wen ich nun gerade eine Schuld zu zahlen habe, ausbezahlen. Damit ich und die Bank möglichst wenig Umstände von den Zahlungen haben, giebt mir die Bank ein kleines Buch, in

dem eine Reihe Formulare enthalten ist, mittels derer ich die Bank anweisen kann, von meinem Guthaben so viel auszugeben, als ich auf dem der Bank von mir oder einem Dritten überbrachten Formulare angegeben habe. Ich kann mittels der Formulare, die eine Anweisung (**Cheq.**) auf mein Guthaben darstellen, entweder Geld selbst beliebig abheben, oder, was das Wichtigere ist, ich kann Geld an Dritte überweisen und durch diese abheben lassen.

Nehmen wir z. B. folgenden Fall an: Ich habe ein Guthaben von 1000 M. bei einem Berliner Bankhaus. Nun habe ich, sagen wir einmal, 800 M. Miethen an einem bestimmten Tage zu bezahlen. Anstatt meinem Vermieter 800 M. zu schicken, sende ich ihm ganz einfach eine solche Anweisung, und mein Vermieter bekommt gegen sie von der mit mir arbeitenden Bank die 800 M. Vermittelt **Cheqs** kann ich mir meine Zahlungen also ungemein vereinfachen und erleichtern. Ich brauche weder auf der Reise noch sonst im Leben ein großes gepacktes Portemonnaie, es genügt mir mein kleines **Cheq.** Buch. Bei größeren Beträgen denkt man gar nicht mehr an Baarzahlung, da geht alles durch **Cheqs**. In Amerika ist es sogar schon Sitte, daß die Arbeiter den Kaufmann, den Schlächter, den Bäcker nicht mehr mit baarem Geld, sondern auch mit solchen Anweisungen bezahlen.

Es ist leicht ersichtlich, daß durch diese Ausdehnung des **Cheq.** Verkehrs eine Menge baaren Geldes erspart wird. Das tritt namentlich dann zu Tage, wenn die Zahl derjenigen, die bei den Banken Konten (Guthaben) besitzen, größer wird und Zahlungen zwischen verschiedenen Konten-Inhabern erfolgen. Wenn z. B. mein Hauswirth, dem ich über 800 M. Miethen zu zahlen hatte, auch ein Konto bei meiner Bank hat, so wird er sich von der Bank die 800 M., die ich ihm zu bezahlen habe, nicht in baar auszahlen lassen, sondern er wird sie sich auf sein Konto gutschreiben lassen. Die Zahlung erfolgt dann durch einfache Umschreibung nach folgendem Schema:

Mein Guthaben bei der Bank: 1000 M.	Das Guthaben meines Wirthes bei der Bank: 1000 M.
-------------------------------------	---

Ich stelle eine Anweisung auf 800 M. aus, die meinem Wirth zu gute kommen soll. Diese Anweisung gebe ich meinem Wirth. Dieser schickt seinen Jungen damit zur Bank, und die Bank macht nun ohne jeden Pfennig Geld die Zahlung perfekt — einfach dadurch, daß sie von meinem Guthaben 800 M. abzieht und bei meines Wirthes Guthaben 800 M. zuzählt. Nach erfolgter Operation steht in den Büchern der Bank als:

Mein Guthaben bei der Bank: 700 M.	Meines Wirthes Guthaben bei der Bank: 1800 M.
------------------------------------	---

Auf diese Weise habe ich meine Rechnung an den Wirth erledigt; auf die nämliche Weise können meine Schuldner ihre Zahlungen an mich leisten, ohne daß auch nur ein Stück baaren Geldes verwandt wird. Denn da jeder Teilnehmer ebensoviele Einnahmen wie Ausgaben hat, die sich im Laufe des Jahres mehr oder weniger ausgleichen, so kann vermittelt bloßer Umschreibung jede Zahlung an mich oder von mir erfolgen. Alle größeren Zahlungen werden durch Umschreibungen gemacht, kleinere durch **Cheqs**.

Man stelle sich nun vor, daß nicht nur der reiche Mann, sondern alle Welt auf diese Weise seine Zahlungen vollzieht, so ist leicht ersichtlich, daß der Bedarf baaren Geldes ungemein eingespart wird und gewissermaßen nur noch die solide Grundlage bildet, auf der sich die Kreditzahlung ohne Geld abwickelt. Die Wirthschaften, die der Kleinverkehr an baarem Geld erfordert, werden entbehrt, sie liegen auf den Banken, und nur in näher zu bezeichnenden Fällen, dort, wo Einnahmen und Ausgaben einander nicht das Gleichgewicht halten, tritt das baare Geld bei der Abrechnung der Bank mit den einzelnen Teilnehmern im Clearingverkehr wieder in Geltung. Sonst aber baut sich der gesamte Zahlungsprozess auf der ungemein weit entwickelten Organisation des Credits auf und wird durch **Cheq.** und **Ausgleichsverfahren** in flotten Gänge erhalten. Millionen und Milliarden von Rechnungen und Zahlungen, die heute noch in baar zu erledigen sind, werden einfach buchmäßig dadurch erledigt, daß die einzelnen Summen einem Theil als Schuld, dem andern als Guthaben gutgeschrieben werden. Nur dort, wo das Konto zur Begleichung nicht hinreicht, wo also die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, ist von den einzelnen Teilnehmern am Abrechnungverkehr noch baares Geld, aber in verschwindendem Maße nötig, um die entstehenden Differenzen auszugleichen.

Welche Zukunft diese Umwandlung im Zahlungswesen hat, das zeigt uns heute schon Amerika. Dort haben zu wiederholten Malen eingehende und mühselige Untersuchungen über die Struktur des Zahlungsprozesses stattgefunden und ergeben, daß der **Cheq.** sich auch in den breiten Massen des Volkes mehr und mehr schon eingebürgert hat. Die erste Erhebung hat feinerzeit Präsident Garfield veranlaßt. In seiner früheren Stellung als Vorsitzender des Ausschusses für Bank- und Geldwesen richtete er 1871 an den Comptroller of the Currency das Ansuchen, die Kasseneingänge von 52 typischen Banken durch sechs Tage hindurch analysiren zu lassen. Es wurden zu diesem Zwecke Banken an verschiedenen Plätzen und verschiedenen Charakteren ausgewählt, um den Ergebnissen so weit als möglich den Charakter allgemeiner Gültigkeit zu geben. Die letzte Erhebung hat am 1. Juli 1896 stattgefunden, die zeigt, welchen Umfang die Bezahlung mittels **Cheqs** im Zahlungsprozess heute schon einnimmt. Die Frage nach der Zusammenfassung der Konten ist diesmal nicht nur an die Nationalbanken, sondern auch an die Staats- und Privatbanken gerichtet worden. Es waren nicht nur bestimmte Handelszweige, sondern der gesammte Groß- und Detailhandel in Betracht zu ziehen. Nach dieser Untersuchung wurden am Stichtage der Erhebung eingezahlt:

	bei den Nationalbanken	bei den sonstigen Banken	im Ganzen
auf Konten aus dem Kleinhandel			
in Baargeld	994	420	1 414
in Papiergeld	5 084	1 433	7 117
in Cheqs	14 136	3 867	17 003
Zusammen	20 814	5 720	25 534
auf Konten aus dem Großhandel			
in Baargeld	276	99	375
in Papiergeld	2 198	876	2 574
in Cheqs	58 876	6 120	65 096
Zusammen	59 450	6 495	65 945

Daraus lassen sich folgende Prozentsätze über den Antheil der einzelnen Zahlungsformen an den gesammten Einzahlungen ableiten:

	Nationalbanken	sonstige Banken	im Ganzen
Kleinhandel:			
in Baargeld	4,8	7,4	5,6
in Papiergeld	27,3	25,0	26,7
in Cheqs	67,9	67,6	67,7
Großhandel:			
in Baargeld	0,5	1,7	0,7
in Papiergeld	3,9	5,5	4,0
in Cheqs	95,6	92,8	95,3

Nach dieser Erhebung ist der **Cheq.**gebrauch weit ausgedehnter als nach den Erhebungen von 1890 und 1894. Er beherrscht den Großhandel fast ausschließlich und vermittelt den größeren Theil des Detailhandels. Am ausgedehntesten ist der Gebrauch der **Cheqs** im Staate New-York, am geringsten in Kalifornien. Hier wurden 99,4, dort 98,4 pCt. aller Zahlungen durch **Cheqs** bewirkt. Was zu diesem Umlage hat sich also in den Vereinigten Staaten der **Cheq.** schon den ersten Platz im Zahlungsprozess erworben.

Darüber nun, daß in Deutschland die **Reichspost** und jede einzelne Postanstalt als Bank funktionieren soll, ist für die Ausbreitung des **Cheq.**verkehrs in Deutschland eine zahnreiche Grundlage geschaffen, vorausgesetzt, daß nicht durch bürokratische und unannehmliche Bestimmungen die Vortheile, welche die Reichspost-Organisation für die Umwandlung des Zahlungsprozesses bietet, illusorisch gemacht werden.

Das österreichische Muster.

Bisher war es in Deutschland, wie wir eingangs erwähnt haben, nur einem verhältnismäßig kleinen Kreise, den kapitalträchtigsten Geschäften und Unternehmungen möglich, sich an dem seit 1876 bei der Reichspost eingerichteten Clearingverkehr zu betheiligen. Ausgedehnter und mehr in das Publikum eindringend, war schon der **Cheq.**verkehr bei einzelnen Bankhäusern. Aber auch hier konnte von einer Massenbetheiligung nicht die Rede sein. Krummer will man aber dadurch, daß man die Reichspost mit ihren an 30 000 Orten befindlichen Anstalten zu einer allgemeinen öffentlichen Bankrichtung macht, den **Cheq.** und **Ausgleichsverkehr** dem Publikum überhaupt, namentlich dem sogenannten Mittelstande zugänglich machen. Nicht ganz ohne Einwirkung auf die rasche Einbringung dieser Vorlage dürfte der derzeitige Geldstand in Deutschland gewesen sein. Denn die gewaltige Ersparnis von baarem Gelde infolge des **Cheq.** und **Clearing**verkehrs dürfte den Bedarf an Geld für Zirkulationszwecke unter allen Umständen stark einschränken. Die gleiche Geldmenge bleibt auch gesteigerten Ansprüchen gewachsen. Mit einem geringeren Antheil von **Bargeld** und **Banknoten** können die riesenhaften Umläufe des Zahlungsverkehrs abgewickelt werden. Dabei ist beabsichtigt, das österreichische Muster zum Vorbild zu nehmen.

Die Oesterreicher kamen zu ihrem **Cheq.** und **Ausgleichsverfahren** gleichsam wie das blinde Schwein zur Gabel. Oesterreich führte im Jahre 1888 die Postparaffinen ein, die anfänglich garnicht reüssiren wollten. Zwar hatte das Gesetz eine große Anzahl von Sparanlagen zur Folge, doch war deren durchschnittlicher Betrag so klein und die Unkosten, die sie verursachten, so groß, daß die Unkosten das Erträgniß der zinstragenden angelegten Kapitalien fast vollständig verschlangen. Mit die Unkosten über eine größere Kapitalmasse zu vertheilen und ein größeres Einkommen zu erzielen, um die Kaufleute und Industriellen für die Sparsache zu interessieren und größere Sparanlagen zu erhalten, erließ der österreichische Handelsminister am 29. Oktober 1888 eine Verordnung, welche die Inhaber von Einlagen über 100 Gulden autorisirte, über ihr Guthaben vermittelt **Cheqs** auf das Postparaffinenkonto in Wien zu verfügen. Anfangs konnte der Einleger sein Sparparaffinenkonto noch behalten, vom 1. Dezember 1888 ab wuchsen jedoch alle Teilnehmer am **Cheq.**verkehr ihre Bücher an der eingangs Centralstelle zu Wien hinterlegen. Durch diese Verordnung wuchsen die Einlagen, der **Cheq.**verkehr blühte sich ein. Er gestattete einerseits jedermann, unter den gesetzlichen Bedingungen bei allen Postämtern des Reiches Einzahlungen auf das Konto oder zu Gunsten der Teilnehmer dieses Verkehrs zu machen. Andererseits gestattete er jedem Teilnehmer, vermittelt eines **Cheqs** einen Theil seines Guthabens jeder beliebigen, wirklichen oder juristischen Person anzuweisen oder vermittelt eines Anweisungsbefehls einen solchen auf das Konto eines anderen Teilnehmers übertragen zu lassen. Teilnehmer kann man entweder nur beim **Cheq.**verkehr oder aber beim **Cheq.** und **Clearing**verkehr zugleich sein. Die Stammeinlage, die im Oesterreich 100 Gulden beträgt, darf niemals gekürzt werden und wird wie alle weiteren Einlagen mit 2 pCt. verzinst.

In Oesterreich herrscht das System der Centralisation, während in Deutschland 9 **Cheq.**ämter vorgeordnet sind. Die Stammeinlage soll nur 100 M. betragen, diese 100 M. sind bei einem der 9 **Post-Cheq.**ämter zu machen und werden nicht verzinst. Ist die Einlage einmal vollzogen, so kann der Konto-Inhaber durch jede beliebige Postanstalt, am häufigsten wohl durch die seiner Wohnung nächstgelegene, Einzahlungen auf sein Konto selbst oder durch andere machen lassen. Sammtliche eingehende Postanweisungen werden einfach auf sein Konto gutgeschrieben, worüber er fortgesetzt und umgehend auf dem Laufenden erhalten wird. Er kann selbst mittelst besonderer Aufschreibekarte sein Konto vermerken, indem er die auf der Aufschreibekarte vermerkte Summe bei irgend einem Postamte einzahlt. Außerdem aber kann er durch Abrechnungsbefehl sein Konto durch Dritte vermerken lassen. Kehlich erfolgen Einzahlungen auf das Konto. Mittels Aufschreibekarte, die ich beim nächstliegenden Postamte einreiche, kann ich mein **Post-Cheq.**amt anweisen, entweder mir selbst Geld zukommen zu lassen oder mittelst Postanweisung an irgend einen Gläubiger von mir Geld zu senden, oder aber kann im gegenseitigen Abrechnungverkehr mein Guthaben durch Anweisungsbefehl vermindert werden.

Außerdem sollen die Zahlungen zwischen den verschiedenen Teilnehmern am **Cheq.**verkehr durch einfache Abrechnung erfolgen. Da voranzusehen ist, daß, wie in Oesterreich, gerade die Zahl der Teilnehmer am Abrechnungverkehr ungemein rasch wächst, so dürfte gerade dieser Seite der Reform des Zahlungsprozesses eine mächtige Entwicklung vorausgesetzt werden.

Kein Laden!



Das Allerneueste.
 Welche Herrenhüte, elegante Formen mit fantasievollen Ornamenten per Stück 2,50—2,75. Cylinders, eleg. Form, à 7,50. **Velourhüte**, Reubert, à 7,00. **Amerikaner**, „Stells Neuholt“, farbige Herrenhüte, seit von 1 Pfd. an, 3,00 M. per Stück. **do.**, weiß, von 1,50 M. an.
 Zu jedem Hut ein veredeltes Monogramm gratis. Gedruckt Sonntag bis 8 Uhr abends.
Alwin Sussmann, Hut-Engros-Geschäft,
 Holzmarktstrasse 38, parterre.

Jahreskarten!
 Billigste und direkte Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer. Scherzkarten in 50 verschiedenen recht orig. Mustern, à 100 St. 35 Pf. Humoristische Postkarten, à 100 St. 40. 65 u. 90 Pf. Jahreszahlkarten mit u. ohne Wimmern. Profit Neujahr 1899! à 100 St. 2 M. 3.—, 3 M., 4 M. Neujahr Postkarte, Profit Neujahr 1899! 100 St. 4 M. Neujahr Gratulationskarten - Sortimente, enthaltend 100 Stück sortirte Karten zum beliebigen billigen Verleihen von 3 u. 5 M. pro Sortiment.
S. & G. Saulsohn, Berlin C. 25, Kaiser Wilhelmstr. 19a.
 (am weit der Ringstraße). 4392*

Werkwaren
 und Herrenhüte eigener Fabrik in großer Auswahl.
P. Grund
 1. Geschäft: Brunnenstr. 180.
 2. Geschäft: Dreudenstr. 134, am Rothbuser Thor. [2009*

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, 17. Dezember.
Opernhaus. Das goldene Kreuz.
Santafan im Bremer Rathaus.
Theater. Der dunkle Erdtheil.
Sonnabend, 17. Dezember.
Opernhaus. Das goldene Kreuz.
Santafan im Bremer Rathaus.
Theater. Der dunkle Erdtheil.
Sonnabend, 17. Dezember.
Opernhaus. Das goldene Kreuz.
Santafan im Bremer Rathaus.
Theater. Der dunkle Erdtheil.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabend 8 Uhr:
Ehrliche Arbeit.
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Wallenstein's Tod.
Sonntag Abend 8 Uhr:
Mauerblümchen.
Montag 8 Uhr:
Das vierte Gebot.

Metropol-Theater.
Behrestr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Zum 20. Male:
Die Blumen-Mary
Operette in 3 Akten von G. Weinberger.
Gleichzeit (um 10 1/2 Uhr):
Die Sünden der Frauen.
Großes Ballet-Operettentext.
Morgen und folgende Tage: Die
selbe Vorstellung.
Am 1., 2. u. 3. Weihnachtsternstag,
nachm. 3 Uhr: **Großes Militärs-
Promenaden-Konzert.**

Central-Theater
Direktion: Joad Ferenczy.
Zum 250. Male:
Die Geisha
oder: Eine japanische Ehehänd-
Geschichte.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Geisha.
Sonntag, 18. Dezember, nachm. 3 Uhr,
zu halben Preisen:
Der Obersteiger.
Operette in 3 Akten von Carl Keller.

**Feen-Palast-
Theater**
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Sonntag, den 18. Dezember:
Letzte
Vorstellung vor Weihnachten.
Auftreten des gesamten
Künstler-Personals
in den besten
Glanznummern.
Um 8 1/2 Uhr:
Rich. Winkler und Wih. Fröbel
in dem aktuellen Stoffstück
Das Blumennädchen
vom
Gasthofen Markt.
Anfang 7 1/2, Sonntag 6 Uhr.
Sonderverkauf Vorm. 11-1 Uhr.

**Moabiter
Gesellschaftshaus,**
Alt-Moabit 80-81.
Empfehle meinen neuen Saal, 1600
Quadratfuß, zu Versammlungen u. Ball.
Sonntag: **Großer Ball.**
C. Peters.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Der dunkle Erdtheil.
Im Hörsaal:
**Dr. Spies: Wechselstrom und
Drehstrom.**
Invalldenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.
Geföffnet
von 9 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Von 6 bis 10 Uhr:
**Théâtre
variété.**
Um 8 Uhr: **Das
Flammen-
weib.**
Um 9 Uhr: Der
Verwandlungs-
Schauspieler
Ugo Paladini.
Heute 25 Pf. Entree.

**Castan's
Panopticum.**
Die
**SIoux-
INDIANER**
sind da!

Opéra-Carl Weijl-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Don Carlos,
Infant von Spanien.
Reuenspiel in 5 Akten von Schiller.
Anfang 8 Uhr.
Sonderbillets haben Gültigkeit.
Im Tunnel von 7 Uhr an Freil-
konzert. - Sonntag: **Die Grille.**
Montag: **Antel Jonas.** - In Vor-
bereitung: **Der Brandstifter.** Sen-
sationelles Lustspiel mit Ge-
sang und Tanz in 12 Bildern von
G. Skanlowitz. Musik von E. Hall.

Luisen-Theater
31. Neidenbergstr. 31.
Abends 8 Uhr:
Fröhliche Weihnacht!
Weihnachtsspiel mit Musik in 5 Bildern,
frei nach Charles Dickens' „Christmas
Carol“ von E. Ottomeyer. Musik
von Fritz Kranz.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Sonder-Vorstellung zu kleinen Preisen:
Kean oder Genie u. Leidenschaft
Vollspiel in 5 Aufzügen frei nach dem
Frühstück des Alex. Dumas (Vater)
von Ludwig Barnay.
Abends 8 Uhr:
Fröhliche Weihnacht.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
**Gastspiel Helmerding-
Der Eva-Äpfel.**
Poffe in 3 Aufzügen von S. Jacobson.
In freier Umarbeitung des Stückes
„La Calotte“ von Solvante u. Arzud.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Olympia-Theater
Karlsru. (Circus Renz) Karlsru.
Heute Nachmittag 3 1/2 Uhr:
Dornröschen.
Halbe Preise. 1 Kind frei.
Abends 8 Uhr: Zum 80. Male:
Mene Tekel.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hütt.
Täglich: **Grosses Konzert**
der Bandskapelle unter Leitung des
Musikdirektors Herrn Otto Görner und
Extra
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebtesten Humoristen
Gustav Kluck.
Das vorzügliche neue Weihnacht-
Programm.
Ernst und Scherz.
Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Samst. 5 Uhr.
Entree Wochent. 10 Pf., Samst. 30 Pf.

**A. Frankl's
Théâtre Variété**
Königlicher Fischmarkt 6.
**Grosse
Spezialitäten-Vorstellung.**
Neues
Dezember-Programm.
Auftreten der russ. Fürstin
von Dragomann.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 5 Uhr.

Mähr's Theater
Oranienstr. 24.
Täglich
**Spezialitäten- und Theater-
Vorstellung.**
A mor!
Bestes mit Gesang und Tanz.
**Brothers Alexander, Gulda
Lucas, Grete Gaitani** etc.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
Sonntag 6 Uhr.
Sonderbillets Wochentags Gültigkeit.

**Reichshallen.
Stettiner Sänger**
(Meißel,
Pietro, Britton,
Steidl, Krone,
Köhl, Schneider
und Schröder.)
Zum Schluss:
Depita vor Gericht.
Ensemble von Meysel.
Anfang 8 Uhr.
Entree: Parquet durchweg 50 Pf.
(Sonderverkauf 40 Pf.) Rum. Balkon
75 Pf. Balkon-Voge 1.- Marx.
Orchesterloge 1.50 M. Fremden-
loge 2 M. Tageskasse 11-1 Uhr.

Apollo-Theater.
Carmenita
5 Sisters Lorrison
Henry Bender
Erna Koschel
La Foy
u. s. w. u. s. w.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Anfang der
Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und **Humoristen.**
**Landwehrmanns
Weihnacht**
und Jacques Offenbach's Operette
Anfel Tulipatan
Sonderbillets Wochentags gültig.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute Sonnabend, den 17. Dezember:
Ein Traum in der Weihnachtsnacht
oder:
Der Wäcker und sein Kind.
Sonderbillets in 5 Akten v. Haupt.
Nach der
Vorstellung: **Lanzkränzen.**

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53, City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Am Weihnachtsabend.
Lebensbild von D. Richter.
Zum Schluss:
Seemannsglück.
Liederspiel von D. Victor-Hoeder.
Gesamtauftritt
des neu engagierten Künstler-
und Spezialitäten-Personals.
Wochent. 7 1/2 Uhr.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf.
Sonntag 40 Pf.
Sonntag, den 18. Dezember:
Letzte Vorstellung
vor den Weihnachtstagen.

Circus Busch
Sonnabend, den 17. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung
PERSIEN.
Gr. Manège-Schauspiel in 5 Akten,
inszeniert vom Dir. Paul Busch.
Besonders hervorzuheben: Ritt des
Prinzen Mirza Schaffy über die hundert
Fuß hohe Burgmauer. Außerdem:
Zum 1. Male: Gebr. Constantin, fcm.
Reckhändler. Zum 1. Male: Der Apfel
des Paris, geritten v. 4 Damen. Auf-
treten der Akrobaten-Truppe Manzoni.
Bal masqué. Auftritten des berühmten
Schwimmlers Burkhardt-Footitt. Die
neuen Freizeitschiffen des Direktor
Busch. Auftritten des Wäcker-Glows
Alfred Daniels mit i. Diemer Jonty.
Morgen Sonntag: 2 gr. brillante
Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr: Komiker-
Vorstellung. Abends 7 1/2 Uhr: Persien.

Grosse Weihnachts-Ausstellung
Alexandrinenhof Alexandrinenstr. 93,
an der Oranienstrasse.
Grossartige Weihnachtsgruppen, Weihnachtsmärchen, Schaustellungen u. A.
Neu! Concert Afrikanischer Völkerrassen in Originalkostümen, Neu!
Athleten, Jongleure, Akrobaten etc.
Volks- und Kinderbelustigungen aller Art. 1339*
**Täglich: Grosses Konzert einer Damen-Virtuosin-Kapelle in spanischer
Nationaltracht. (Direction: Frl. Hartmann.)**

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
Dresdener-Strasse 97.
Dir.: A. Kollg. Art. Leiter: A. Runge
Täglich:
**Gr. Theater u. Spezialitäten-
Novität! Vorstellung. Novität!**
Der Oberförster.
Lebensbild mit Gesang von D. Richter.
In Szene gesetzt von August Hunge.
Friede auf Erden.
Weihnachtsspiel mit Gesang.
Reu! Hochdeutsch! Neu!
Paul Uding
als **Rekrut Schnase.**
Neu! Otto Richter, Neu!
der beste Liebling der Berliner.

3 Jahre Garantie.
Echt Schweizer Fabrikat.
Gold. Damen-Uhren
von 16 M. an.
Silb. Herren-Uhren
von 9 M. an.
Goldene Ringe von 2 M. an.
Gold. Brochen von 6 M. an.
Wenn Sie gut Goldwaaren
u. Uhren kaufen wollen, so
besichtigen Sie
mein Schaufenster mit Original-Preis-
notierung, da jed. Gegenstand mit Zahlen
ausgezeichnet ist. Solide Leuten
Theilzahlung gestattet. 3812*
M. Tomechna, Brückenstrasse 16a.

Kaffee
war noch nie so
billig wie jetzt!
Sie erhalten bei
mir Kaffee, nach
neuestem patentirt.
Verfahren geröstet,
zu 70, 80 und
90 Pf. pro Pfund.
Keine Ausschungen zu 1.00, 1.20
und 1.40 Mark finden in allen
Haushaltungen Anklang, was der
stets wachsende Konsum beweist.
E. L. Hertzsch,
Rixdorf,
Bergstrasse 10.

Columbus-Silber
ist der beste Ersatz für echtes
Silber. Bleibt stets weiss; Halt-
barkeit unverwundlich.
58 Gegenstände für nur M. 14
und zwar:
6 Speisem. mit Stahlk.
12 Gabeln a. einem Stück
12 Speiselöffel,
12 Kaffeelöffel,
6 Dessertm. m. Stahlk.
2 Aufschnittgabeln,
6 Dessertg. a. ein. Stck.
1 Suppenspöfper,
1 Gemüselöffel,
6 Messerhaken oder
2 Leuchter.
(Im Etui 4,50 mehr.)
Franko-Versand gegen Voraus-
zahlung o. Nachnahme nur durch
Berlin,
Max C. Radecke, Krausnickstr. 24.
Für Nichtkonvenirendes zahlen
Gold zurück. 370L*

**Weihnachts-
Geschenke!**
Elegante Kravatten,
Strumpfwaren,
Weisswaren,
Wäsche,
Sweater für Knaben
u. Herren.
Carl Braun,
5 Kottbuser Damm 5.

Jede Uhr
reparieren und reinigen
folgt bei mir unter
Garantie d. Gutgehens
nur 1 Mark 50 Pf.
außer Brand, keine Reparaturen
billiger. Größtes Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regu-
latoren und Werk, alle Arten
Reifen, sowie Brillen u. Brillengläser.
Carl Lux, Uhrmacher,
35 Schansee-Strasse 35.

Weihnachts-Ausstellung
An der Stadtbahn 43-44, zwischen Bahnhof „Börse“
und Alexanderplatz
ist eröffnet.
Täglich: Grosse Konzerte,
Weihnachtsmänner, Chinesen, Türken und andere
Kapellen.
Großartige Schaustellungen.
Staubenwerthe Abnormitäten, Vorführung der größten
Erfindungen der Neuzeit, Verkaufstände aller Branchen.
Volks- und Kinderbelustigungen jeder Art.
Entree 10 Pf. 4462*
Kinder unter 10 Jahren in Begleitung Erwachsener frei.

Möbel und **Polsterwaaren.** Reelle Arbeit.
Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 662*
Franz Tutzauer, Brunnenstrasse 152.

Arbeiter, passt auf!
Kauft nicht auf Abzahlung! Kauft nur zu festen
Preisen! Kauft nur gute Qualitäten!
Sie sind die billigsten!
Winterpaletots 8, 12, 18, 24 bis 60 Mk.
Anzüge, Joppen, Knabensachen, Pelerinenmäntel,
einzelne Hosen, Sonntagshosen, Arbeitshosen.
Der billigste in Berlin!
Hermann Schlesinger, Pücklerstr. 39.
Streng feste Preise! Maassanfertigung!
Grosses Stofflager! Beste Zuthaten! Gute Schneider!

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben,
nur neue moderne Sachen. 61589*
Prima Qualität 1,50 und 2.-
Die besten **Arbeitshüte** immer 65 Pf.
noch
Hutfabrik-Komptoir Barmistr. 4 u. 5.

J. Brünn,
(Bahnhof Börse) **Gartefcher Markt 4**
In
meinem **Weihnachts-Ausverkauf**
gelangen große Lagerbestände meiner
Teppiche
Gardinen! Portiären!
Steppdecken! Tischdecken!
zu sehr billigen Preisen zum
Ausverkauf!! 4302*

Musik-Instrumenten-Fabrik H. Howe & Co.,
empfehle ich meine Instrumente, mechanische Werke, Pianoforte,
Gegenstände, Bestandtheile etc., Seiten zu rechten Preisen. 3263*

**Reinhold Wankel, Berlin N.,
Brunnenstr. 163**
nahe d. Anklamstr.
ältestes Geschäft der Brunnenstrasse,
empfehle sein reichhaltiges Lager
**Brillanten, Uhren, Gold-,
Silber- und Alfenide-Waaren.**
Silb. Herren-Uhren, gute
Werke,
von 12 M. an.
Gold. Damen-Uhren, starke
Gehäuse,
von 20 M. an.
Gold. Herren-Uhren,
von 35 M. an
bis zu den feinsten Stücken,
unter 3jähr. schriftlicher
Garantie.
**Grossartige schöne
Schmucks**
in Opalen, Smaragden, Tür-
kisen u. Perlen.
Gold. massive Ringe,
gest. 333, v. 1,50 M. an.



Vortheilhafteste Bezugsquelle.

Praktische Weihnachtsgeschenke.

Melierte Roden- und Cheviotkleider	ca. 6 Meter lang, das Kleid Mk. 3,25—9,75
Einfarbige u. schwarze Kleider	ca. 6 Meter lang, das Kleid Mk. 3,60—10,—
Gemusterte u. karierte Kleider	ca. 6 Meter lang, das Kleid Mk. 3,50—8,—
Dichtfarbige Gesellschaftskleider	ca. 6 Meter lang, das Kleid Mk. 4,50—7,50
Halbwollene Hauskleider	ca. 6 Meter lang, das Kleid Mk. 1,60—6,—
Baumwollene Hauskleider	ca. 6—7 Meter lang, das Kleid Mk. 2,10—3,70
Bedruckte Wäschekleider	ca. 6—8 Meter lang, das Kleid Mk. 1,60—3,60
Bedruckte Morgenröde	ca. 6—7 Meter lang, das Kleid Mk. 2,15—4,20

S. Weissenberg Gr. Frankfurterstr. 125
 gegenüber dem Bürger-Hospital.
 Spezial-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe. 2702*

Auer-Glühkörper

Echte Auerbrenner tragen die Umschrift: **GASGLÜHLICHT PATENT Dr. AUER v. WELSCH** oder: „Auerlicht“.

50 Pf. Echte Auerbrenner mit Glühkörper und Cylinder, **3** Mark gebrauchsfertig.

Jewel-Glühkörper 40 Pf.

Zu beziehen durch:
Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft
 und alle besseren Installationsgeschäfte.

Gasselbstzündler „Fiat Lux“ zündet * feuer- und explosionsicher * durch einfaches Öffnen des Gashahns * schont die Glühkörper * funktioniert jahrelang * Reparaturen, äusserst selten, kosten nur wenige Pfennige.

Preis inkl. Anbringung **3,50** Mark.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Thallzahl wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Kein Laden! Empfehle mein reichhaltiges Lager in **Filz- und Seidenhüten, Schirmen** in den neuesten Façons und Farben, äusserst billige Preise.
Richard Klose, Auflamerstr. 41, zweites Haus von der Brunnenstrasse. Eingang vom Hausflur. Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Für nur 7 Mark versende ich gegen Nachnahme eines grossen, hochfeinen **Concert-Accord-Zither** mit 6 Manoulen, 20 Saiten, fein poliert und elegant ausgestattet, mit Stimmgabelvorrichtung, wundervoll im Ton und in seiner Stärke zu erlernen. Versand complet mit neuester Schule, Notenständer, Schlüssel, Ring und Carton. Früherer Preis dieser Zither 14 Mark. Ein solches Prachtinstrument dürfte in keiner Familie fehlen. 3 monatlich zu 3 Mark. Täglich lobende Anerkennungen und Nachbestellungen. Man bestelle bei **Heinr. Suhr, Musik-Instrumenten-Fabrik, Neuenrade I. W.**

Das Teppich-Engros-Haus Hermann Bursch
 Königstr. 50 - I. Etage -
 (gegenüber dem Rathhause)
 verkauft bis **Weihnachten** auch einzelne Teppiche, Tischdecken, Gardinen, Portièren etc. zu aussergewöhnlich billigen Engros-Preisen.

Dem geehrten Publikum wird dadurch die seltene Gelegenheit geboten, für wenig Geld die praktischsten und schönsten — den **dreifachen Werth** repräsentirenden — Weihnachts-Geschenke zu kaufen. 40/18*
 Gemalte und gestickte Gobelins in künstlerischer Ausführung zu Wanddekorationen von 1,50 M. an.
 Sonntags geöffnet von 8-10 und 12-8 Uhr.

Bonbons, Confitüren, Marzipan, Baumbehang
F. Reinsch, Elsasserstr. 22 (Gde Gartenstrasse).

M. Schulmeister

Schneidermeister
 Berlin **Dresdenerstr. 4,** Am Kottbuser Thor.
 empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:
Hohenjollern-Mäntel mit einer 5 Meter weiten Pelserie in schwarz, grau, blau u. modischer, vor aus Götting, Floconné- und Krimmer-Stoffen, schwarz, blau, braun und modischer, 1 u. 2 u. Preis, mit Lama gefüttert. **Mk. 25 an.**
Winter-Paletots wasserdicke Stoffe in allen modernen Farben. **Mk. 5-15**
Jaquet-Anzüge in gebiegten voll. Swirn-Hoffen, Covercoats u. **Mk. 16-34**
Rock-Anzüge in guten, wollenen, schwarzen Samungarn u. Satinstoffen, moderne Façons. **Mk. 25-38**
Sehrort-Anzüge von feinen Satin, Tuch u. Samungarn-Stoffen, Preis. **Mk. 30-45**
Schlafrocke in großer Auswahl von **Mk. 10 an.**
Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedensten Farben, Samungarn und Cheviot von **Mk. 5-10**
Knaben-Paletots u. Anzüge feinst. Façons in gr. Ausw. **Mk. 5 an.**
Schul-Anzüge in Cheviot, Belour u. dauerhaften Swirn-Stoffen, 1 u. 2 u. Preis **Mk. 5 an.**
 Arbeitsachen für sämtliche Gewerke zu den billigsten Preisen. Bestellungen nach Maß von englischen, französischen u. deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig angefertigt.

Begründung des Geschäfts 1878.

3 Jahre Garantie. Echt schweizer Fabrikat. Wenn Sie gut und billig Goldwaaren u. Uhren kaufen wollen, so besichtigen Sie unsere permanent. **Muster-Ausstellung** mit Original-Preisnotrung (jeder Gegenstand ist deutlich mit Zahlen ausgezeichnet) vor dem Hause der Gumpert'schen Konditorei **Königstrasse No. 22-24.** Kein Laden, daher keinen Aufschlag für Ladenmiete.

Goldwaaren-Industrie
 Berlin C., **Königstr. 22-24.**
 Fabrikation moderner Schmuckgegenstände. mit elektrischem Kraftbetrieb.

Belmonte & Co., Berlin C., Königstr. 22-24. Fabrikation moderner Schmuckgegenstände. mit elektrischem Kraftbetrieb.

Engros-Export nach allen Ländern. Einzelverkauf nur gegen Cassa zu festen Preisen. Hof part. Fabrik-Aufgang B. Abtheilung f. Versand-Export Aufgang C. Versand nur gegen vorherige Einsendung des Betrages oder Nachnahme. — Bruchgold und Silber wird zu Kurspreis gekauft und in Zahlung genommen. — **Kataloge gratis und franko.** Zur **geh. Beachtung!** Um Verwechslungen zu vermeiden, bemerken wir, dass wir keine offenen Ladengeschäfte unterhalten, sondern der Detailverkauf zu festen Preisen nur im **Hof part. stattfindet.** Lagerbesuch höchst lohnend, kein Kaufzwang, jedes Stück wird bereitwillig gezeigt. Überzeugen Sie sich daher, bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Realität und Billigkeit, denn wir suchen nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden, da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates keinen Maassstab für den Werth desselben abgeben kann. Pferdebahngold wird, da wir die Unkosten für die Unterhaltung offener Ladengeschäfte ersparen, jedem Käufer vergütet. Jeder von uns hergestellte Gegenstand trägt unseren Fabrikstempel B. & C. und einen Kopf. 388L*

Weihnachts-Ausverkauf

bis 31. Dezember.

Filzschuhe.
Gummischuhe.

Otto Wetzels & Co. Schuh-Fabrik. BERLIN 1/2

Seitang, den 11. und 18. ds. Mts., sind unsere Geschäftsräume von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Günstige Kaufgelegenheit!!!

10 % Rabatt geben wir auf sämtliche **Schuhwaaren** in unseren Filialen **32. Landsberger-Strasse 32. 6. Dresdenerstr. 6. 114. Wrangel-Strasse 114.**
Otto Wetzels & Co. Mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb.

Unsinn ist Viel Geld

für Hüte anzugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Hüte, wenn man die richtige Bezugscarte feinst. Knabenhüte 0,6 75/82 an Herrenhüte 1,25 Cylinderrhüte 4,— Einsegnungshüte 1,— Plüschhüte 6,— Chapeaux claqueus zu 8,— 9,— u. 10,— **Mk.** im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert** Gut-Engros-Geschäft Waldemarstr. 44, pt. kein Laden.

D. Wurzel & Co., 17. Wrangelstrasse 17. Wäschefabrik und Strumpfstrickerei, Arbeiter-Berufskleidung, Normalhemden, Hosen und Jacken, Damen-, Herren- und Kinderwäsche. 292L*
D. Wurzel & Co., 17. Wrangelstrasse 17.

